

Magistrat der Stadt Offenbach [Hrsg.] **Erziehung und Bildung in Offenbach. Bericht 2015**

Offenbach : Stadt Offenbach 2016, 86 S.



Quellenangabe/ Reference:

Magistrat der Stadt Offenbach [Hrsg.]: Erziehung und Bildung in Offenbach. Bericht 2015. Offenbach : Stadt Offenbach 2016, 86 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-120318 - DOI: 10.25656/01:12031

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-120318>

<https://doi.org/10.25656/01:12031>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Bericht 2015

Erziehung und Bildung in Offenbach



Offenbach
am Main

OF

Bildung ist Zukunft

Η κατανόηση σε κάνει άνθρωπο

nd igung

L'istruzione ci rend

人人都需要理解

يتخطى التعليم كل الحدود

образование создает гражд ан

Eğitim

Zum Lernen ist es nie zu spät!

ko želi učiti,

Educația

već je naučio nešto

Impressum

Herausgeber

Magistrat der Stadt Offenbach am Main

Beteiligte Ämter in der Fachgruppe Bildungsmonitoring

Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration; Jugendamt; Stadtbibliothek Offenbach; Stadtschulamt;
Volkshochschule Offenbach

Autor/-in

Beatrice Ploch, Kai Seibel, Dr. Michael Franger (B 1 bis B 3, C 1.2 und in C 2)

Beiträge von

Astrid Braun-Hubert (C 5.1), Anke Hittinger (D 3), Dr. Michael Koch (C 3.3, C 4), Nicole Köster (E 2), Roberto Priore (C 3.1, C 3.2)

Redaktion Fachstelle Bildungskordinierung und Beratung

Lektorat Angelika Hefner

Layout (Umschlag) Agnes Stockmann, JA-ART, Offenbach

Layout (Innenteil) Hans O. Berninger, offdesign

Bildnachweise

Titel (Bilder von links oben nach rechts unten): © vhs Stadt Offenbach, Pixelio © Joachim Zimmermann,
Pixelio © Dirk Schröder, Pixelio © Michael Meßmann, © Vermessungsamt Stadt Offenbach, Pixelio © S. Hofschläger,
Pixelio © Rainer Sturm, Pixelio © Rainer Sturm, Pixelio © Regina Kaute, Pixelio © Tim Reckmann, Pixelio © Regina Kaute,
Pixelio © Salih Ucar;
S. 2: © Agnes Stockmann; S. 10, S. 13, S. 56, S. 69, S. 87: © Stadt Offenbach;
hintere Umschlagseite: © Vermessungsamt Stadt Offenbach

Druck Berthold Druck GmbH, Offenbach

Auflage 500

Februar 2016

Inhaltsverzeichnis

Impressum	3
Vorwort	6
Ergebnisse im Überblick	8
A Rahmenbedingungen von Bildung	12
B Frühkindliche Bildung	14
1. Tageseinrichtungen für Kinder	15
1.1 Krippen	16
1.2 Kindergärten	17
1.3 Sozialindex für Kindertagesstätten	17
2. Besondere Förder- und Unterstützungsangebote	18
2.1 Integration von Kindern mit (drohender) Behinderung in Regelkindergärten	19
2.2 Sprachförderung in Kindergärten	19
2.3 Kinder aus einkommensschwachen Familien in der Kita	20
3. Qualifizierungsangebote in Kindertagesstätten (EKO) und Tagespflege 2014	22
4. Übergang Kita–Grundschule	22
4.1 Vorlaufkurse	22
4.2 Vorklassen	23
4.3 Einschulungen	23
4.4 Sprachbezogene Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung	24
C Bildung im Schulalter	27
1. Bildung an allgemeinbildenden Schulen	27
1.1 Schülerschaft an allgemeinbildenden Schulen	28
1.2 Index bildungsrelevanter sozialer Belastung	30
1.3 Bildungsübergänge	39
1.4 Klassenwiederholungen	41
1.5 Schulartwechsel	42
1.6 Seiteneinsteiger/-innen in Offenbacher Schulen in der Sekundarstufe I	43
1.7 Inklusive Bildung an Schulen	44
1.8 Mathematikwettbewerb, zentrale Abschlussprüfungen und Schulabschlüsse	46
1.9 Exkurs: Schülerschaft nach Migrationshintergrund und Geschlecht	49
2. Ganztagsbetreuung in Schule und Hort	52
2.1 Ganztägige Arbeit an Grund- und Förderschulen und Hortbetreuung	54
2.2 Ganztägige Arbeit an weiterführenden Schulen	55
3. Schulsozialarbeit – Jugendhilfe an Schulen	56
3.1 Finanzierung und Verteilung	56
3.2 Inhaltliche Schwerpunkte	57
3.3 Außerschulische Jugendarbeit an bzw. in Kooperation mit Schulen	59

4.	Außerschulische Bildungs- und Förderangebote in städtischen Jugendeinrichtungen	60
4.1	Schulorientierte Angebote	60
4.2	Lebensweltbezogene Angebote	60
5.	Schüler/-innen an beruflichen Schulen	61
5.1	Ergebnisse der Schulabgangsbefragung 2014	61
5.2	Schülerschaft an beruflichen Schulen	61
5.3	Neuzugänge an beruflichen Schulen	63
5.4	Schüler/-innen nach den Bereichen des beruflichen Ausbildungssystems	64
5.5	Exkurs: Daten der integrierten Ausbildungsberichterstattung	66

D	Hochschule und hochschulnahe Bildung	68
1.	Studierende am Studienort Offenbach	68
2.	Studierende mit Wohnort Offenbach	68
3.	Hochschulnahe Bildung	68

E	Weiterbildung	70
1.	Bildungsangebote und Teilnahmestruktur der Volkshochschule	70
1.1	Das pädagogische Angebot der Volkshochschule	70
	Exkurs: Deutsch als Fremdsprache	71
1.2	Teilnehmer und Teilnehmerinnen der vhs Offenbach	72
1.3	Beratungsangebote in der vhs Offenbach	73
2.	Bildungsangebote der Stadtbibliothek	74
2.1	Medienbestand und Ausleihe	74
2.2	Bibliotheksnutzung	74
2.3	Leseförderung	74
2.4	Ausblick	75
3.	Teilnahme an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	75

	Anhang	77
--	---------------	-----------

Vorwort

Mit dem Erziehungs- und Bildungsbericht Offenbach (EBO) legte die Stadt Offenbach 2005 als eine der ersten Kommunen einen Bericht über die Bildung vor Ort vor. Mit dem EBO 2015 blickt die Stadt auf zehn Jahre Bildungsberichterstattung zurück. Neun EBO und zwei Datenberichte wurden in dieser Zeit veröffentlicht. Zeit für eine Zwischenbilanz.

Dem EBO lag ein Magistratsbeschluss aus dem Jahr 2004 zu Grunde, der folgende Ziele formulierte: Die wichtigsten erziehungs- und bildungsbiografischen Daten im Alter bis 16 Jahre sollen erfasst, steuerungsrelevante Indikatoren generiert und eine Standortbestimmung vorgenommen werden. Der Bericht sollte Voraussetzungen für Zielvereinbarungen mit Erziehungs- und Bildungsinstitutionen schaffen. Ein Augenmerk sollte auf die Übergänge gelegt und Vorschläge zur Prozess- und Erfolgs-evaluation gemacht werden.

Rückblickend hat die damalige „EBO-Projekt- und Redaktionsgruppe“ Pionierarbeit geleistet. Die PISA-Ergebnisse von 2001, die Deutschland aufrüttelten („PISA-Schock“), lagen zwar bereits drei Jahre zurück, Bildungsberichterstattung in Kommunen steckte aber noch in den Kinderschuhen. Es gab keine umfangreichen Indikatoren-Kataloge, sie mussten selbst vor Ort entwickelt werden.

Wie erwähnt, nahm der erste EBO die Altersgruppe von 0 bis 16 Jahren in den Fokus. Das Format wurde aber bald erweitert, Stadtbibliothek, Volkshochschule und berufliche Schulen kamen hinzu. Berichtet wurde jährlich. Mit dem EBO 2011 änderte sich auch das: Der Bericht erscheint seitdem im zweijährigen Turnus im Wechsel mit einem Tabellenband, dem Datenbericht Bildung. Betrachtet man die Inhaltsverzeichnisse der frühen EBO, mag man einen „Rechenschaftscharakter“ erkennen: „Was wir leisten“ und „Wir fördern und fordern“ lauteten damals noch die zentralen Kapitelüberschriften.

Der EBO hat aber schon früh den Blick auf die Problembereiche gelenkt und Diskussionen angestoßen. Erinnert sei an den EBO 2006 und die dort publizierte Zahl von 26 Prozent Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss. Daraus resultierten eine Anfrage der Stadtverordnetenversammlung und u. a. die Gründung einer Arbeitsgruppe, die sich fortan mit der Kita- und Schulentwicklung in Offenbach beschäftigte (AG Bildungsregion, 2007–2012) und wichtige Impulse für politische Entscheidungen gab.

Der EBO hat sich über die Jahre zu einem Bericht entwickelt, der die Bildung im gesamten Lebenslauf in den Blick nimmt, analysiert und interpretiert. Einen maßgeblichen Anteil daran hatte das Bildungsprojekt „Lernen vor Ort“, das in den Jahren 2009–2014 den Bericht verantwortete. Auch der von der Jugendhilfeplanung entwickelte „Index bildungsrelevanter sozialer Belastung“ gab dem Bericht wichtige Impulse.

Die Entwicklung geht weiter. Im vorliegenden EBO wurden erstmals Daten der integrierten Ausbildungsberichterstattung für Hessen (iABE) ausgewertet. Damit können Übergänge von Schüler/-innen (mit Wohnort Offenbach) nach der weiterführenden Schule sichtbar gemacht werden. Um langfristige Entwicklungen erfassen zu können, werden in diesem EBO vermehrt Zeitreihenvergleiche durchgeführt, zur eigenen Standortbestimmung gibt es mehr interkommunale Vergleiche. Neu ist im Kapitel Schulabschlüsse die Darstellung eines Hauptschulprojektes („Abschluss mit Anschluss“), das maßgeblich vom Bündnis für Bildung initiiert wurde.

Der Bericht zeigt eine Reihe positiver Entwicklungen auf: Auch Schüler/-innen mit Migrationshintergrund wählen nach der Grundschule am häufigsten das Gymnasium. Die Quote der Wiederholer/-innen ist gesunken. Es gibt weniger Schulartwechsel in den Klassen 7–9. Die schulische Inklusion macht Fortschritte, sichtbar am Anteil von Schüler/-innen im gemeinsamen Unterricht, der sich verdoppelt hat. Ganztägige Angebote an Schulen werden ausgebaut, und – ebenfalls positiv – Offenbach wird als Wohnort für Studierende interessanter.

Auf der anderen Seite wird sichtbar, dass der Anteil der verspäteten Einschulungen zunimmt – besonders Jungen sind hier betroffen – und dass in der Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund die Mädchen beim Übergang ins Gymnasium schlechter abschneiden als die Jungen. Betrachtet man die Gruppe der Schulentlassenen ohne Abschluss genauer, können Mädchen mit Migrationshintergrund als eine neue „Risikogruppe“ identifiziert werden.

Die Herausforderungen für das Erziehungs- und Bildungssystem in Offenbach nehmen zu. Im Kapitel „Rahmenbedingungen“ wird gezeigt, dass in Offenbach mittlerweile 80 Prozent der Kinder im Alter von bis zu drei Jahren einen Migrationshintergrund haben. Das Merkmal Migrationshintergrund allein ist natürlich zu unscharf, um Aussagen über eine mögliche Bildungsbenachteiligung machen zu können. Aber in Kombination, z. B. mit Armutsgefährdung, steigt die Wahrscheinlichkeit einer Bildungsbenachteiligung.

Der Bericht zeigt, dass das Thema Sprachförderung in allen Bildungsbereichen eine herausragende Rolle spielt. Das Handlungsfeld Sprachförderung zieht sich wie ein roter Faden durch den Bericht. Der Bedarf wird durch Zuwanderung sicherlich weiter steigen.

Aufgrund dieser Herausforderungen benötigt Offenbach zusätzliche Unterstützung. Im letzten EBO wurden erstmals Forderungen abgeleitet. Gegenüber dem Land Hessen wurde gefordert, die Zuweisung von Lehrerstellen nach Sozialstrukturindex auszubauen. Auch die Verteilung der Ganztagsmittel des Landes sollte nach Sozialraumdaten erfolgen. Hessen setzt seit 2013 einen Sozialindex zur Verteilung von Lehrerstellen ein. Eine Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration zeigt, dass Hessen eines von neun Bundesländern ist, die Sozialraumdaten zur Verteilung von Lehrerstellen nutzen. Hessen verteilt aber nur einen sehr geringen Teil der Lehrerstellen (1 Prozent) nach Sozialstrukturindex. Hier gibt es weiterhin Entwicklungsbedarf. Für eine Ausweitung in Offenbach liefert der EBO sehr stichhaltige Argumente.

Auch für die Verteilung städtischer Ressourcen sollten sozialstrukturelle Bedingungen stärker bedacht werden. Das Jugendamt (Kitaentwicklungsplanung) und das Stadtschulamt (Verteilung von Mitteln für Sprachförderung) setzen dies um. Die Stadtverordneten haben im letzten Jahr beschlossen, einen Zuschuss für Fördervereine an Grundschulen nach Maßgabe von Sozialraumdaten zu verteilen. Dies zeigt, dass der EBO nicht folgenlos bleibt, sondern konkrete Maßnahmen nach sich zieht.

Ich danke allen Mitwirkenden, die sich in zehn Jahren der Aufgabe gestellt haben, Erziehungs- und Bildungsdaten zu erfassen, aufzubereiten und zu publizieren. Dank gilt insbesondere der Fachgruppe Bildungsmonitoring, die den EBO vorbereitet, hier besonders Herrn Dr. Franger für sein langjähriges Engagement und sein Expertenwissen. Mein Dank gilt auch der Fachstelle Bildungskordinierung und Beratung, die seit 2014 die Bildungsberichterstattung in Offenbach engagiert weiterführt.

Ich bin zuversichtlich, dass der EBO auch diesmal die große Beachtung findet, die er verdient. Die Politik und alle im Bildungsbereich vernetzten Kooperationspartner haben mit diesem Bericht die Grundlage für ihre Entscheidungen im Bereich Bildung und Erziehung, dem aus meiner Sicht wichtigsten Bereich kommunalen Handelns.



Peter Schneider
Bürgermeister

Ergebnisse im Überblick

Roter Faden Sprachförderung

Für eine gelingende Bildung kommt in der Stadt Offenbach der Sprachförderung eine herausragende Bedeutung zu. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch den Erziehungs- und Bildungsbericht.

Bundesprojekt „Frühe Chancen“: Fünf städtische Kindertagesstätten mit Krippenbereich bieten im Berichtsjahr sprachliche Förderung für *Kinder unter drei Jahren* an. Sie werden beobachtet und mit sprachanregenden Elementen gezielt gefördert. Externe Dozenten und Dozentinnen unterstützen die Erzieher/-innen dabei kontinuierlich und bilden sie fort.

Von 2010 bis 2014 steigt die Zahl der *Kindergartenkinder*, die im Rahmen des Landesprogramms „Sprachförderung im Kindergartenalter“ gefördert werden, von 1.809 auf 2.961 Kinder – das ist eine Steigerung um fast 64 Prozent. Darüber hinaus erhalten Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, Sprachförderung in *Vorlaufkursen* an Grundschulen.

Die allgemeinbildenden Schulen in Offenbach verzeichnen zum 1. Dezember 2014 insgesamt 604 *Seiteneinsteiger/-innen* (zugewanderte Schüler/-innen, die zuvor nicht im deutschen Bildungssystem beschult wurden). Sie erhalten Sprachförderung in Intensivkursen und Intensivklassen. Darüber hinaus fördern Schulen alle *Schüler/-innen* mit Förderbedarf mit spezifischen Sprachfördermaßnahmen (von der Hausaufgabenbetreuung bis hin zur Leseförderung), Unterstützung erhalten sie dabei u. a. von Stadtschulamt, Jugendamt, Stadtbibliothek, ehrenamtlichen Kräften.

Weiterbildung für *Erwachsene*: An der Volkshochschule steigt kontinuierlich der Bedarf im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“. Dazu zählen Beratung, Kurse (z. B. Integrationskurse, „Mama lernt Deutsch“) und Zertifikate (z. B. Einbürgerungstest, Nachweise von Deutschkenntnissen). Von 2005 bis 2014 ist die Zahl der Kursbelegungen in diesem Bereich um 153 Prozent gestiegen und die Zuschüsse des Bundesamtes für Migration haben um 290 Prozent zugenommen.

Frühkindliche Bildung und Betreuung

Betreuung 0- bis unter Dreijährige: Ende 2014 gibt es 1.491 Plätze (Tageseinrichtungen und Tagespflegepersonen), das entspricht einem Zuwachs von 254 Plätzen seit 2012. Die Stadt Offenbach erhöhte 2013 die Bedarfsdefinition auf 45 Prozent der unter Dreijährigen (bundesweit 35 Prozent). Dieser Bedarf ist im Berichtsjahr zu 82,6 Prozent gedeckt. Um ein bedarfsdeckendes Angebot von 45 Prozent vorzuhalten, werden weitere 315 Krippenplätze benötigt.

Kindergartenalter: Im Dezember 2014 werden 4.222 Kindergartenplätze in insgesamt 60 Kindertageseinrichtungen vorgehalten, das sind 82 Plätze mehr als im Dezember 2012. Gemessen an einer Bedarfsdefinition von 98 Prozent der Altersgruppe (zwischen vollendetem dritten Lebensjahr und Einschulung) ist im Vergleich zu 2012 der Deckungsgrad um 1,7 Prozentpunkte auf 91,1 Prozent zurückgegangen. Grund ist ein kräftiges Bevölkerungswachstum, das die Nachfrage nach Kindertagesbetreuung erhöht. Um zukünftig ein bedarfsdeckendes Angebot vorhalten zu können, müssen, bei gleichbleibender Kinderzahl, 414 zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen werden.

Sozialindex für Kindertagesstätten: Gegenüber 2012 ist der Sozialindex für das Quartier Innenstadt Nord nochmals (auf 202 Indexpunkte) gestiegen. Diese Region weist mit großem Abstand auf dem zweiten Rang Innenstadt Süd mit 163 Punkten die höchste soziale Belastung auf.

Integration von beeinträchtigten Kindern: Alle behinderten oder von Behinderung bedrohten Kinder, für die Kindertagesbetreuung nachgefragt wird, erhalten einen Kindergarten- oder Hortplatz, in der Regel mit nichtbehinderten Kindern in integrativen Kindergruppen. Im Jahr 2014 hatten 177 behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder einen Kitaplatz, davon 108 Kinder in städtischen Kitas, 55 bei freien Trägern in Offenbach und 14 außerhalb der Stadt.

Sprachförderung in Kindergärten: Sprachförderung in Kindergärten erhalten überwiegend die Kinder mit Migrationshintergrund, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. 2.961 Kindergartenkinder wurden 2014 nach dem Landesprogramm „Sprachförderung im Kindergartenalter“ gefördert,

das sind 849 Kinder mehr als im Jahr 2012. Davon erhielten 326 (11 Prozent) der Kinder Sprachförderung in Einrichtungen freier Träger.

Kinder aus einkommensschwachen Familien: Von den Eltern, deren Kinder im Jahr 2014 Einrichtungen des EKO besuchten, haben 41,3 Prozent die Kindergartengebühren voll gezahlt, 1,2 Prozent waren Teilzahlende und 57,7 Prozent wurden voll bezuschusst. Gegenüber 2013 sank der Anteil der Vollbezuschussten (–4 Prozentpunkte). Komplementär dazu stieg der Anteil der Vollzahler (+3,9 Prozentpunkte) und der Anteil der Teilbezuschussten (+0,1 Prozentpunkte).

Übergang Kita–Grundschule: Zunehmend häufiger werden Kinder verspätet eingeschult, im Schuljahr 2013/14 trifft dies auf 14,4 Prozent der eingeschulten Kinder zu – überdurchschnittlich oft auf Jungen. Die Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass Sprachauffälligkeiten im Vergleich zu den Vorjahren leicht zugenommen haben. In Bezug auf die Sprachkompetenz der Kinder mit Migrationshintergrund bestätigen sich die Ergebnisse der Vorjahre: Je länger Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, desto besser sind ihre Deutschkenntnisse. Ihre Sprachkompetenz wächst ebenfalls mit den Deutschkenntnissen der Mütter.

Schulische Bildung

Schülerschaft gesamt: Im Schuljahr 2013/14 befinden sich 13.220 Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in Offenbach. Seit 2005/06 hat die Zahl der Schüler/-innen um 1 Prozent zugenommen. Die Grundschule verzeichnet moderat wachsende Schülerzahlen und die Integrierten Gesamtschulen (IGS) einen Zuwachs um 143 Prozent seit 2005/06.

Sozialindex der Grundschulbezirke: Der Mittelwert des Index bildungsrelevanter sozialer Belastung ist im Vergleich zum Vorjahr um 10 Indexpunkte gesunken. Es zeigt sich, dass die Anne-Frank-Schule stärker belastet ist als der für den Grundschulbezirk ermittelte Sozialindex vermuten lässt (Grund: Seiteneinsteiger/-innen und Schüler/-innen aus dem Überschneidungsbezirk). Wie 2011/12 besteht ein negativer Zusammenhang zwischen Gymnasialüberweisungsquote und sozialer Belastung des Grundschulbezirks. Auffällig ist die geschlechtsspezifische Quotendifferenz bei den Gymnasialübergängern und -übergängerinnen mit Migrationshintergrund.

Schulische Bildungsübergänge: Annähernd die Hälfte der Grundschüler/-innen geht an Gymnasien über, 36,3 Prozent an IGS und 14,5 Prozent an eine Förderstufe. Seit 2005/06 ist der Anteil an Gymnasialübergängen um 6 Prozentpunkte und der an IGS um 22 Prozentpunkte gestiegen. Aus den Abschlussklassen der Sekundarstufe I an Realschulen, IGS und Gymnasium gehen 56,5 Prozent der Schüler/-innen an die gymnasiale Oberstufe über. Auf gleichem Niveau rangieren die Übergangsquoten in Frankfurt und Wiesbaden.

Klassenwiederholungen: Die Wiederholerquote 2013/14 liegt bei 2,8 Prozent und damit sowohl unter dem Hessenschnitt als auch unter dem Quotenwert von 2011/12. Wie im Vergleichsjahr weisen Gymnasien und Hauptschulen die höchsten Wiederholerquoten auf.

Schulartwechsel: Gegenüber 2011/12 ist die Zahl der Schulartwechsel in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 insgesamt stark gesunken (von 116 auf 70); Abwärtswechsel übersteigen Aufwärtswechsel um ein Mehrfaches. Im interkommunalen Vergleich weist Offenbach die geringsten Werte bei den Abwärtswechseln „Real- zur Hauptschule“ und „Gymnasium zur Realschule“ auf.

Seiteneinsteiger/-innen: Ende 2014 verzeichnen die allgemeinbildenden Schulen 604 Seiteneinsteiger/-innen. Im Vergleich zu 2012 hat sich die Anzahl der Intensivklassen fast verdoppelt (auf 17) und die Teilnahmen sind um 60 Prozent gestiegen. Intensivkurse besuchen 363 Seiteneinsteiger/-innen (davon 66 Prozent in Grundschulen).

Inklusive Bildung an Schulen: Der Anteil der Förderschüler/-innen an der Gesamtschülerschaft liegt bei 4,8 Prozent (2011/12: 4,6 Prozent). Der Anteil der Schüler/-innen, die am „Gemeinsamen Unterricht“ teilnehmen, liegt bei 1,1 Prozent (2011/12: 0,6 Prozent). Die höchsten Anteile für „Gemeinsamen Unterricht“ weisen Hauptschulen und IGS auf. 2013/14 wechseln 23 Förderschüler/-innen an allgemeinbildende Schulen und 42 Schüler/-innen an eine Förderschule.

Schulabschlüsse und -abgänge: Im Sommer 2014 verlassen 1.206 Schüler/-innen die allgemeinbildenden Schulen in der Stadt Offenbach, am häufigsten mit dem Abitur. 37,6 Prozent beträgt die Abgangsquote für die Allgemeine Hochschulreife (2011/12: 30,3 Prozent). 96 Schüler/-innen (inkl. 33 Absolventen mit Förderschulabschluss) gehen ohne einen Hauptschulabschluss ab, das entspricht einer Quote von 8,7 Prozent. Die Quote ist im Vergleich zu 2011/12 um 2 Prozentpunkte gesunken. Im interkommunalen Vergleich zeigt sich, dass in den kreisfreien Städten die Abgangsquoten „ohne und mit



Hauptschulabschluss“ sinken. Allerdings liegt der Anteil der 15- bis 17-Jährigen, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss verlassen, in Offenbach mit 25,9 Prozent weit über den Quoten der anderen Städte.

Schullaufbahn betrachtet nach Geschlecht und Migrationshintergrund: Trotz niedrigerer Übergangsquote von der Grundschule ans Gymnasium beenden Schülerinnen mit Migrationshintergrund häufiger die gymnasiale Laufbahn mit dem Abitur als Jungen mit Migrationshintergrund.

Ganztagsbetreuung in Schule und Hort

Ganztagsschulen: Alle allgemeinbildenden Schulen in städtischer Trägerschaft – mit Ausnahme der Anne-Frank-Schule – sind 2013/14 als ganztägig arbeitende Schulen gemäß der Richtlinie des Hessischen Kultusministeriums anerkannt: allein 3.413 Schüler/-innen werden mit dem Profil 1 erreicht.

Ganztagsklassen: Darüber hinaus besuchen 572 Kinder Ganztagsklassen (31.12.2011: 460), die fünf Grundschulen in Kooperation mit dem EKO anbieten. Ausblick: Die Stadt Offenbach hat sich 2015 erfolgreich mit dem Ganztagsklassen-Projekt als Modell für eine Teilnahme am „Pakt für den Nachmittag“ beim Land Hessen beworben. Beginn ist das Schuljahr 2016/17.

Hortplätze: 1.426 Hortplätze stehen im Dezember 2014 zur Verfügung (inkl. Ganztagsklassen). Das Angebot wurde seit 2012 um 23,5 Prozent ausgebaut. Gemessen an der Bedarfsdefinition von 35 Prozent der Grundschulkin- der wird damit ein Bedarfsdeckungsgrad von 78,5 Prozent erreicht. Ein erheblicher und stetig zunehmender Teil der Hortbetreuung wird an die Schulen in Gestalt von schuli- scher Ganztagsbetreuung verlagert.

Schulsozialarbeit – Jugendhilfe an Schulen

2014 hat das Jugendamt insgesamt 14,5 Stellen für pädagogische Fachkräfte in der Zusammenarbeit mit Offenbacher Schulen eingesetzt: vier Stellen, die vom Land bezuschusst werden, für **Schulsozialarbeit** an zwei Grundschulen; jeweils 2,75 Stellen für die drei Haupt- und Realschulen mit Förderstufe; jeweils 0,75 Stellen für die drei IGS.

Nachdem das Bundesprojekt „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ Ende 2013 ausgelaufen ist, hat sich das Jugendamt erfolgreich für das Nachfolgeprogramm „**JUGEND STÄRKEN im Quartier**“ beworben. Für den Zeitraum von 2015 bis 2018 erhält es aufgrund seines prämierten Antrags die höchstmöglichen Fördermittel.

Außerschulische Jugendarbeit an bzw. in Kooperation mit Schulen: Mitarbeiter/-innen der Jugendeinrichtungen haben 2014 an 14 Schulen insgesamt 57 Angebote für 1.578 Schüler/-innen durchgeführt. Zudem verzeichneten die zahlreichen Angebote zur Gewaltprävention ca. 2.000 Teilnehmende. Hinzu kommt eine große Vielfalt an schulorientierten Bildungs- und Förderangeboten.

Schüler/-innen am Übergang Schule–Beruf

Schulabgangsbefragung: 880 Schüler/-innen nahmen an der Befragung teil. Nur 15 Prozent von ihnen streben eine Ausbildung an. Das ist der niedrigste Stand seit Beginn der Erhebungen. Die wichtigste Rolle zur Unterstützung bei der Berufswahl spielt weiterhin die Familie, insbesondere die Mütter.

Berufliche Schulen: Seit dem Schuljahr 2009/10 hat die Zahl der Schüler/-innen insgesamt an beruflichen Schulen in Offenbach um 5 Prozent (321 Schüler/-innen) abgenommen. Unter den Neuzugängen steigt der Anteil derjenigen mit einem Hauptschulabschluss. *Bereiche des beruflichen Ausbildungssystems:* Seit 2005/06 hat der Anteil der Schüler/-innen im Übergang Schule–Beruf um 4 Prozentpunkte abgenommen und in der dualen Ausbildung um 2 Prozentpunkte. Das Schulberufssystem hat einen Zuwachs von 6 Prozentpunkten zu verzeichnen. Zwei Drittel der deutschen Schüler/-innen an beruflichen Schulen gehen einer dualen Ausbildung nach. Das trifft nur auf 44 Prozent der nichtdeutschen Schüler/-innen zu.

Integrierte Ausbildungsberichtserstattung: Der interkommunale Vergleich zeigt, dass in Offenbach und Kassel der Anteil der Anfänger/-innen im Zielbereich „betriebliche Ausbildung“ (Wohnortprinzip) mit 29,5 Prozent im Mittelfeld liegt. Darüber liegt der Anteil in Wiesbaden (31,9 Prozent), darunter in Frankfurt (27,8 Prozent). Anders verhält es sich mit dem Anteil der Anfänger/-innen mit dem Ziel „Übergangsbereich“. Dieser liegt seit 2010 in der Stadt Offenbach über den Anteilen in anderen kreisfreien Städten.

Hochschule und hochschulnahe Bildung

Im Wintersemester 2013/14 sind 683 Studierende in Studiengängen der Hochschule für Gestaltung eingeschrieben. Sie kommen überwiegend aus Hessen.

Offenbach ist in den vergangenen Jahren als Wohnort für Studierende attraktiver geworden: Im Wintersemester 2013/14 wohnen in Offenbach 5.530 Studierende (2011/12: 3.619). Zu 72,2 Prozent studieren sie an anderen Hochschulen in Hessen. 26,3 Prozent sind an Hochschulen in anderen Bundesländern eingeschrieben.

Weiterbildung

Volkshochschule: Die Volkshochschule hat 2014 insgesamt 14.402 Teilnehmende erreicht – 43 Prozent sind unter 35 Jahre alt. Die Mehrzahl sind Kursteilnehmer/-innen. Einzelveranstaltungen und die Studienreisen/-fahrten weisen im Vergleich zu 2012 weniger Teilnehmende auf. Der Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ verzeichnet einen stetigen Zuwachs.

Stadtbibliothek: Trotz wachsendem Umfang des Gesamtbestands und der neuen Medien verzeichnet die Stadtbibliothek einen leichten Rückgang bei der Gesamtausleihe wie auch bei den aktiven Entleihern. Die Stadtbibliothek hat 2014 insgesamt 97 Veranstaltungen für 1.906 Teilnehmende angeboten, die meisten im Rahmen der Leseförderung für Kinder. Seit 2013 sind die Bibliotheken der Offenbacher Studienseminare in den Bestand der Stadtbibliothek integriert. Und seit 2015 bildet die Stadtbibliothek mit den Grundschulen einen Bibliotheksverbund.

Eintritte in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen

Weiterbildung: Die Eintritte in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss haben sich im Rechtskreis des SGB III seit dem Berichtsjahr 2012 mehr als verdoppelt, die Eintritte in kürzere Maßnahmen haben leicht abgenommen. Im SGB II-Bereich ist bei den Eintritten in Maßnahmen an einer beruflichen Weiterbildung mit Abschluss ein leichter und bei den Eintritten in kürzere Maßnahmen ein starker Rückgang (60 Prozent) zu verzeichnen.

A Rahmenbedingungen von Bildung

Die Bedingungen, unter denen Bildung stattfindet, strukturieren die Möglichkeiten der Bildungsteilhabe. Im Folgenden wird auf demografische, soziale, wirtschaftliche und fiskalische Bedingungen in der Stadt Offenbach eingegangen, die die Bildung vor Ort beeinflussen.¹

Offenbach ist eine Großstadt im Zentrum der wirtschaftlich dynamischen Rhein-Main-Region. Im Westen grenzt die Stadt Frankfurt direkt an das Stadtgebiet. Der Frankfurter Flughafen befindet sich in unmittelbarer Nähe. Neben einem innerstädtischen Kern gehören auch die Stadtteile Bieber, Bürgel, Rumpenheim zur Stadt Offenbach.

Tabelle A 1: Bevölkerung nach Altersgruppen
(bis 18 Jahre, Stichtag: 31. 12. 2014)

im Alter von ... bis unter ...	insgesamt	davon mit Migrations- hintergrund	in %
< 3	3.883	3.156	81,3
3–6	3.930	3.178	80,9
6–10	5.043	4.038	80,1
10–15	6.059	4.675	77,2
15–18	3.575	2.623	73,4
< 18	22.490	17.670	78,6
insgesamt	128.974	75.271	58,4

Quelle: Kommunale Statistikstelle, Einwohnermelderegister

Bevölkerungsentwicklung

In Offenbach wohnen Ende 2014 nach der Statistik des Melderegisters 128.974 Menschen (2012: 124.261). Offenbach ist eine „junge Stadt“. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt bei 40,5 Jahren. 75.271 Menschen (sowohl deutscher als auch nichtdeutscher Nationalität) besitzen einen Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 58,4 Prozent der Bevölkerung. Dieser Anteil ist seit 2012 um 2,7 Prozentpunkte gestiegen.

Betrachtet man die Altersgruppe „bis 18 Jahre“, liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei 78,6 Prozent. Im Vergleich der jüngeren Altersgruppen ist der Anteil in der Altersgruppe „bis drei Jahre“ mit 81,3 Prozent am höchsten.

Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Offenbach ist auf 45.249 gestiegen (+3,2 Prozent im Vergleich zu 2012). Fast 70 Prozent dieser sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pendeln nach Offenbach ein.² Bis März 2015 hat sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf knapp 46.000 erhöht, damit wurde der Beschäftigtenstand des Jahres 2011 wieder erreicht.³

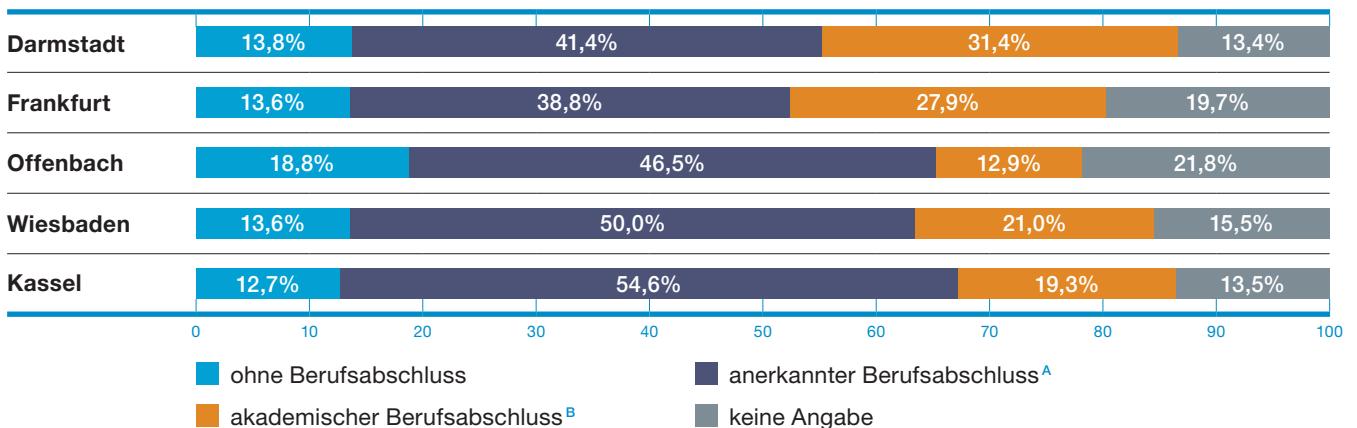
Berufsabschlüsse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Fast die Hälfte der 43.941 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort Offenbach verfügt über einen anerkannten Berufsabschluss. Rund 20 Prozent verfügen über keinen Berufsabschluss, was im Vergleich hessischer Großstädte den höchsten Wert darstellt. Im Gegenzug ist der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit akademischem Berufsabschluss in Offenbach am geringsten.

¹ Die Daten stammen, sofern nicht anders angegeben, von der kommunalen Statistikstelle (Stichtag 31. 12. 2014). Eine Übersicht zur Entwicklung der Kennzahlen seit 2012 findet sich im Anhang, Tabelle A 2.

² Vgl. Agentur für Arbeit Offenbach, Pressemitteilung, Nr. 55/2015, 10. Juni 2015, S. 2.

³ Vgl. Stadt Offenbach, Wirtschaftsförderung, Jahresbericht 2015, S. 6.

Abbildung A 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach beruflicher Qualifikation in Prozent

^A „Anerkannter Berufsabschluss“ ist die Summe aus „mit anerkanntem Berufsabschluss“ und „Meister-/Techniker-/gleichwertiger Fachschulabschluss“.

^B „Akademischer Berufsabschluss“ ist die Summe aus „Bachelor“, „Diplom/Magister/Master/Staatsexamen“ und „Promotion“.

Quelle: Kommunale Statistikstelle, Einwohnermelderegister

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

1.679 Personen erhalten Arbeitslosengeld I, was einem Rückgang von 2,3 Prozent im Vergleich zu 2012 entspricht. Insgesamt 19.682 Personen beziehen Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (2012: 18.683). Die SGB II-Quote ist aber nur geringfügig auf 18,3 Prozent gestiegen (2012: 18,1 Prozent). Die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen liegt im Jahresdurchschnitt 2014 bei 7,4 Prozent und damit um 0,8 Prozentpunkte niedriger als 2012.

Finanzielle Situation der Stadt Offenbach

Die finanzielle Situation der Stadt bleibt weiterhin angespannt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind im Berichtsjahr 2014 auf 58,8 Mio. Euro angestiegen (2012: 57,4 Mio. Euro). Als Schlüsselzuweisung erhielt die Stadt 85,4 Mio. Euro (+3 Mio. im Vergleich zu 2012). Das vorläufige Jahresergebnis der Stadt liegt im Jahr 2014 bei –1,4 Mio. Euro.



1. Tageseinrichtungen für Kinder

Die Kindertagesbetreuung steht seit vielen Jahren im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Einführung des Rechtsanspruchs, zunächst auf einen Kindergartenplatz (1996) und danach, ab dem vollendeten ersten Lebensjahr, auf einen Krippenplatz (August 2013), hat die Vorhaltung eines bedarfsdeckenden Betreuungsangebots erforderlich gemacht. Dazu war und ist eine signifikante Erhöhung des Platzangebotes in Kindertagesbetreuungseinrichtungen, aber auch bei Tagespflegepersonen erforderlich. In der qualitativen Dimension hat die Umorientierung der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege von der Betreuung hin zur frühkindlichen Bildung stattgefunden, was sich beispielsweise auch in der flächendeckenden Etablierung der Sprachförderung manifestiert. Die Integration von Kindern mit Behinderungen bzw. drohenden Behinderungen in Kindergartengruppen wurde in der Kindertagesbetreuung schon lange vor dem Aufkommen der Inklusion praktiziert. Mit Inkrafttreten der „Vereinbarung zur Integration von Kindern mit Behinderung vom vollendeten 1. Lebensjahr bis Schuleintritt in Tageseinrichtungen für Kinder“⁴ im Juli 2014 wurde auch die Integration in Krippengruppen verbindlich vorgegeben. Zu Beginn des Jahres 2014 trat das neue Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) in Kraft, das neben einer Flexibilisierung der Angebotsgestaltung mittels Festlegung einer „Rahmenkapazität“ auch neue Gruppengrößen bei entsprechender Personalanpassung vorsieht: für Krippen maximal zwölf anstelle von bisher zehn Kindern und Horte maximal 25 anstelle von bisher 20 Kindern. Bis September 2015 konnten die Träger von Kindertageseinrichtungen wählen, ob sie nach der alten „Mindestverordnung“ kleinere oder nach dem KiföG größere Kindergruppen bilden.

Die nachfolgende Darstellung der Entwicklung von Angebot, Nachfrage und Bedarfsdeckung in der Kindertagesbetreuung ist Kernstück der in Offenbach betriebenen Kindertagesstättenentwicklungsplanung. Sie unterscheidet sich in einigen Aspekten von der üblichen, in den offiziellen Statistiken verwendeten Darstellungsweise. Zuvorderst ist diese Planung seit vielen Jahren, entsprechend ihrer oben genannten qualitativen Neuausrichtung, in die kommunale Bildungsberichterstattung der Stadt Offenbach integriert. Ein wichtiger Unterschied betrifft die Bestimmung der (potenziellen) Nachfrage und auch die Berechnung des Deckungsgrades in der Kindergartenbetreuung, der am besten ausgebauten Betreuungsform innerhalb der Kindertagesbetreuung. Diese

Betreuungsform bietet Plätze für Kinder zwischen vollendetem dritten Lebensjahr und Schulpflichtigkeit. In Hessen beginnt die Schulpflicht für Kinder, wenn sie bis zum 30. Juni eines Jahres das sechste Lebensjahr vollendet haben, mit dem Beginn eben dieses Schuljahrs. Die jüngeren Kinder dieses Jahrgangs, die ihr sechstes Lebensjahr erst in der zweiten Jahreshälfte vollenden, werden erst im Folgejahr schulpflichtig und besuchen deshalb bis dahin, also weit über die Vollendung ihres sechsten Lebensjahres hinaus, weiter den Kindergarten.

Aus diesem Grund greift die offizielle Statistik, die bei der Bestimmung von Nachfrage und Deckungsgrad in der Kindertagesbetreuung von lediglich drei Jahrgängen ausgeht, zu kurz, denn sie lässt einen halben Jahrgang von potenziellen Kindergartenkindern außer Betracht. In der Offenbacher Kindertagesstättenentwicklungsplanung, genauer der Kindergartenplanung, werden erstens diese Kinder, die über ihr vollendetes sechstes Lebensjahr hinaus den Kindergarten besuchen, mitgezählt. Zweitens wird versucht, die tatsächliche Nachfrage präziser abzubilden als es in der offiziellen Statistik üblich ist.⁵ Auch das vorgehaltene Platzangebot wird abweichend von der offiziellen Statistik, die hierfür die faktische Belegung jeweils zum 1. März eines Jahres verwendet, anhand der vorgehaltenen Platzkapazität, die in der Betriebslaubnis für Kindertageseinrichtungen und in der Pflegeerlaubnis für Tagespflegepersonen als maximale Gruppengrößen festgelegt sind, bestimmt.

Die Entwicklung und der aktuelle Ausbaustand der Kindertagesbetreuung in der Stadt Offenbach wird als Gegenüberstellung von Angebot an und Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und/oder bei Tagespflegepersonen dargestellt. Die Bedarfsberechnung für Kindertagesbetreuung basiert auf der Erstwohnsitzbevölkerung der entsprechenden Altersgruppen. Nicht die tatsächlich nachgefragten Plätze, sondern die jeweils als Bedarf definierten Anteile von Kindern im Krippen-, Kindergarten- oder Hortalter werden als Nachfragegrößen zugrunde gelegt. Den so bestimmten Bedarfen werden die per Betriebs- bzw. Pflegeerlaubnis festgelegten Betreuungsplatzkapazitäten als Angebote gegenübergestellt. Angebote und Nachfragen sowie die daraus sich ergebenden Deckungsgrade werden differenziert nach den fünf Planungsregionen dargestellt (siehe Karte zu Beginn dieses Abschnitts).

⁴ Sie löst die „Rahmenvereinbarung Integrationsplatz“ aus dem Jahr 1999 ab.

⁵ Während allgemein die (potenzielle) Nachfrage als Zahl der Kinder zwischen drei und unter sechs Jahren zu einem Stichtag bestimmt wird, berücksichtigt die Kindergartenplanung der Stadt Offenbach dagegen auch die starke unterjährige Nachfrageschwankung, die einerseits aus den Zuwächsen der allmonatlich ihr drittes Lebensjahr vollendenden Kinder resultiert und andererseits aus dem Abgang der schulpflichtig gewordenen Kinder zu Beginn eines neuen Schuljahrs. Deshalb werden zunächst die zwölf monatlichen Kindergartenpopulationen ermittelt und diese anschließend übers Jahr gemittelt.

Tageseinrichtungen für Kinder sind nach Altersgruppen in Krippen (bis unter drei Jahre alte Kleinkinder), Kindergärten (Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt) und Horte (Schulkinder bis zum zehnten Lebensjahr) differenziert. Die Plätze in altersübergreifenden Kindergruppen werden für die Angebotsdarstellung jeweils der entsprechenden Einrichtungsform zugeordnet. Der Förderauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung. Zudem sollen Kindertageseinrichtungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Entsprechend dem chronologischen Aufbau des vorliegenden Bildungs- und Erziehungsberichts wird über die Hortbetreuung im nachfolgenden Kapitel C Schulische Bildung berichtet.

Die dargestellten Daten zu den Angeboten entstammen der Verwaltung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten Offenbach (EKO), den Nachfrageberechnungen liegen die vom kommunalen Gebietsrechenzentrum (ekom21) bezogenen Einwohnermeldedaten zum Stichtag 31.12.2014 zugrunde. Die Bestimmung der Nachfrage bzw. die Bedarfsdefinition erfolgt durch den Bundesgesetzgeber bzw. die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung. In den Grundsatzbeschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom November 2011 und Februar 2013 wurden neue, erweiterte Bedarfsdefinitionen für Krippen, Kindergärten und Horte, die ab 2013 in Kraft getreten sind, beschlossen. Auf diesen neuen Zielvorgaben basieren alle in diesem Bericht verwendeten Angebotsberechnungen. Die Vergleichbarkeit mit entsprechenden Berechnungen vor-

heriger Bildungs- und Erziehungsberichte ist deshalb nur sehr eingeschränkt möglich. Die Datenaufbereitung und -berechnung wurde von der Jugendhilfeplanung durchgeführt.

1.1 Krippen

Das Angebot an Krippenplätzen setzt sich aus Plätzen in Kindertageseinrichtungen und bei Tagespflegepersonen (Tagesmüttern) zusammen. Seitens der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung wurde per Grundsatzbeschluss der Bedarf an Krippenplätzen ab 2013 mit 45 Prozent der Altersgruppe festgelegt.

Die Tabelle unten zeigt die Angebots-Nachfrage-Verhältnisse in den fünf Stadtregionen für Dezember 2013 und Dezember 2014. Zum Stichtag 31.12.2014 ergibt sich eine Nachfrage in Höhe von 1.806 Krippenplätzen. Dem stehen zu eben diesem Stichtag 1.491 angebotene Plätze gegenüber, davon 1.093 Betriebserlaubnisplätze in Kindertageseinrichtungen und 398 Pflegeerlaubnisplätze in Tagespflegestellen.⁶ Gegenüber 2013 (insgesamt 1.330 Plätze, davon 422 in Tagespflege) wurden 161 Plätze geschaffen, das entspricht einer anteiligen Zunahme von 12,1 Prozent. Der Deckungsgrad von 82,6 Prozent im Jahr 2014 (gegenüber 76,2 Prozent 2013) gibt den Anteil der – mit 45 Prozent der Altersspanne definierten – Nachfrage an, der durch die vorgehaltene Platzkapazität abgedeckt werden kann. Allerdings zeigt die raumdifferenzierte Betrachtung erhebliche regionale Differenzen in der Bedarfsdeckung.

Tabelle B 1.1.1: Angebot* und Nachfrage (gleich 45% der Kinder bis unter 3 Jahre) nach Krippenplätzen im Dezember 2013 und 2014

Stadtregion	Dezember 2013			Dezember 2014		
	Nachfrage	Angebot	Deckungsgrad	Nachfrage	Angebot	Deckungsgrad
Innenstadt Nord	626	553	88,3%	647	571	88,3%
Innenstadt Süd	369	300	81,3%	382	345	90,3%
Süden	298	205	68,8%	311	209	67,2%
Südosten	231	181	78,4%	228	248	108,8%
Nordosten	221	91	41,2%	238	118	49,6%
OF gesamt	1.745	1.330	76,2%	1.806	1.491	82,6%

Quelle: EKO, Einwohnermelderegister

*Das Angebot setzt sich zusammen aus 1.093 Betriebserlaubnisplätzen in Einrichtungen (2013: 908) und 398 Pflegeerlaubnisplätzen (2013: 422 Plätze) bei Tagespflegepersonen.⁶

⁶ Die Ermittlung der Betriebserlaubnisplätze für U3-Einrichtungen im Jahr 2014 gestaltete sich deshalb schwierig, weil mit Einführung des Hessischen Kinderförderungsgesetzes (KiföG) am 1. 1. 2014 den Trägern – für eine bis zum 1. 9. 2015 währende Übergangszeit – freistand, nach dieser neuen Bestimmung Gruppengrößen von bis zu zwölf Kindern oder noch nach der bis dahin geltenden Mindestverordnung Gruppengrößen von bis zu zehn Kindern vorzuhalten.

Trotz deutlicher Erhöhung des Gesamtdeckungsgrades gegenüber 2013 bleiben auch im Jahr 2014 in der Stadtregion „Süden“, insbesondere aber in der Region „Nordosten“ noch erhebliche Deckungslücken in der Kleinkinderbetreuung.

Gemessen an der erweiterten Bedarfsdefinition können mit der Ende 2014 vorgehaltenen Betreuungskapazität bereits 82,6 Prozent des Bedarfs an Tagesbetreuung für Kinder bis unter drei Jahren abgedeckt werden. Die Bereitstellung eines – im Sinne der Bedarfsdefinition der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung – bedarfsdeckenden Angebots erfordert, unter gleichbleibenden Nachfragebedingungen, die Schaffung von 315 zusätzlichen Plätzen.

1.2 Kindergärten

Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung haben einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung.

Schuljahresbeginn im August desselben Jahres nur noch 4.206 Kinder. In der folgenden Tabelle bilden deshalb jeweils die Jahresmittelwerte für 2013 und 2014 die Basis für die Berechnung der Nachfrage. Dieser Nachfrage werden die jeweils zum Jahresende nach Betriebserlaubnis vorgehaltenen Plätze – basierend auf den aktuell gültigen Gruppengrößen von 25 Kindern – als Angebot gegenübergestellt.

Das Kindergarten-Platzangebot hat sich von Dezember 2013 bis Dezember 2014 um 59 Plätze erhöht. Die Nachfrage ist demgegenüber um 187 Plätze gestiegen. Deshalb ist der gesamtstädtische Angebotsdeckungsgrad um 2,5 Prozentpunkte auf 91,1 Prozent zurückgegangen. Im Betrachtungszeitraum bleibt der Südosten die Planungsregion mit der niedrigsten Deckungsquote. Für die Vorhaltung eines bedarfsgerechten Platzangebots fehlen Ende 2014 insgesamt noch 414 Kindergartenplätze.

Tabelle B 1.2.1: Angebot und Nachfrage (gleich 98 Prozent der Alterspopulation) an Kindergartenplätzen in den Stadtregionen

Stadtregion	Nachfrage Mittel 2013	Angebot Dez. 2013	Deckung 2013	Nachfrage Mittel 2014	Angebot Dez. 2014	Deckung 2014
Innenstadt Nord	1.560	1.466	94,0%	1.587	1.490	93,9%
Innenstadt Süd	919	895	97,4%	980	895	91,3%
Süden	808	800	99,0%	804	822	102,2%
Südosten	612	490	80,1%	671	491	73,2%
Nordosten	550	512	93,1%	594	524	88,2%
OF gesamt	4.449	4.163	93,6%	4.636	4.222	91,1%

Quelle: EKO, Einwohnermelderegister

Laut Offenbacher Stadtverordnetenbeschluss aus dem Jahr 2010⁷ sollen für 98 Prozent dieser Altersgruppe Kindergartenplätze vorgehalten werden. Somit fungiert dieser Prozentanteil – und nicht die Gesamtheit der Kinder zwischen vollendetem dritten Lebensjahr und Einschulung – hier als Bedarfs- bzw. Nachfragegröße.

Innerhalb eines Jahres schwankt die Nachfrage nach Kindergartenplätzen erheblich. So betrug beispielsweise im Juli 2014 der Umfang dieser Population 5.293 Kinder, nach

1.3 Sozialindex für Kindertagesstätten

Anfang 2013 forderte die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung die Landesregierung zur Einführung eines Sozialindex im Rahmen der Landesförderung für Kindertagesstätten auf.⁸ Von der Landesebene auf die kommunale Ebene heruntergebrochen bedeutet das, auch den innerstädtischen Ausbau der Kindertagesstätten in Offenbach nach Maßgabe der unterschiedlichen sozialen Belastung bzw. der unterschiedlich hohen Anteile von bildungsfernen Haushalten in den fünf

⁷ Stadtverordnetenbeschluss DS I (A) 591 vom 6. 5. 2010.

⁸ Beschluss der Stadtverordnetenversammlung DS I (A) 0349 20 vom 20. 3. 2013.

Planungsregionen zu steuern. Zu diesem Zweck wird der für die Grundschulen entwickelte Index bildungsrelevanter sozialer Belastung, der neben der Bildungsbenachteiligung auch die Armutsbedrohung und die damit einhergehenden Defizite familialer Sozialisation erfasst⁹, in der Kindertagesstättenentwicklungsplanung eingesetzt bzw. für die fünf Kita-planungsbezirke berechnet.

haltezahlen) ist unklar, ob die Tendenz zu sozialer Polarisierung der Planungsregionen seit 2012 zugenommen hat oder ob diese Tendenz durch die Modifikation des Wohndichteindikators 2014 lediglich sichtbar geworden ist.

Die höchste soziale Belastung weist die Planungsregion Nördliche Innenstadt auf. Deren Indexwert ist praktisch doppelt so

Tabelle B 1.3.1: Sozialindex nach Kindertagesstätten-Planungsregionen 2014

Kita-Planungsregion	Anteil der Mehrgeschosswohnhäuser (%)	Anteil von Haushalten mit drei oder mehr Kindern (%)	Anteil von Haushalten mit Migrationshintergrund (%)	Anteil von Ein-Eltern-Haushalten (%)	Sozialindex
Innenstadt Nord	86,3	16,3	75,8	23,7	202
Innenstadt Süd	57,2	14,4	65,5	25,7	163
Süden	33,0	18,4	60,2	24,0	136
Südosten	38,5	16,0	46,0	25,5	126
Nordosten	32,2	10,3	38,5	23,3	104
OF gesamt	66,8	15,2	58,3	25,1	165

Quelle der Einzelindikatoren: Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

Die Planungsregionen unterscheiden sich bezüglich des Grades sozialer Belastung erheblich voneinander. Zwar sind die Mittelwerte der Einzelindikatoren ebenso wie der Mittelwert des Sozialindex der fünf Planungsbezirke (letzte Zeile der Tabelle) gegenüber 2012 gleich geblieben, aber die Unterschiede der Planungsregionen bezüglich ihres Sozialindexwertes sind größer geworden: Lag 2012 der Sozialindex der Innenstadt Nord (196) noch 23 Indexpunkte über dem Indexwert der Innenstadt Süd (173), weist 2014 die Innenstadt Nord mit 202 Indexpunkten einen um 39 Indexpunkte höheren Wert als die Innenstadt Süd (163) auf. Die Sozialindexdifferenz zwischen Innenstadt und Peripherie hat, wie die entsprechenden Mittelwertvergleiche zeigen, ebenfalls deutlich zugenommen: Ausgehend vom Indexmittelwert der drei peripheren Regionen Süden, Südosten und Nordosten im Jahr 2012 (136) war der mittlere Indexwert der beiden innerstädtischen Regionen (184) um gut ein Drittel (35,3 Prozent) höher. 2014 liegt der Indexwert der beiden innerstädtischen Regionen (182) um fast die Hälfte (49,2 Prozent) über dem Mittelwert der drei peripheren Regionen (122). Aufgrund einer gegenüber 2012 vorgenommenen Modifikation des Wohndichteindikators (Umstellung von Haushaltezahlungen pro Wohnadresse auf die Zählung von Wohnadressen mit unterschiedlichen Haus-

hoch wie derjenige der Region Nordosten. Die Region Südliche Innenstadt weist den nächsthöheren Indexwert auf. Zwar ist die Versorgung der beiden innerstädtischen Regionen mit Kindergartenplätzen mit Deckungsgraden von 94 Prozent bzw. 91 Prozent relativ gut, zur Kompensation von Bildungsbenachteiligung sollte aber prioritär in der Innenstadt ein bedarfsdeckendes Angebot angestrebt werden. Neben dem quantitativen Ausbau sollte deshalb auch erwogen werden, innerstädtisch zusätzliche bildungsrelevante pädagogische Ressourcen anzusiedeln.

2. Besondere Förder- und Unterstützungsangebote

In den folgenden drei Unterkapiteln werden zunächst Angebote, Maßnahmen und Aufwendungen in der Kindertagesbetreuung dargestellt, die gesellschaftliche Teilhabe und Integration für verschiedene Gruppen mit besonderem Förderbedarf ermöglichen oder befördern. Zu diesen Gruppen zählen behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder, Kinder aus einkommensschwachen Elternhäusern und Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache und ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse.

⁹ Vgl. Kapitel C 1.2.

2.1 Integration von Kindern mit (drohender) Behinderung in Regelkindergärten

Soweit Art und Schwere der Behinderung es erlauben, erhalten alle nach SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) anerkannten, behinderten oder von Behinderung bedrohten Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und alle Grundschulkinder, deren Eltern Kindertagesbetreuung nachfragen, in Offenbach einen Kindergarten- oder Hortplatz und zwar ausnahmslos in Kinderbetreuungsgruppen zusammen mit nichtbehinderten Kindern.

Tabelle B 2.1.1: Integrationsplätze für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder in Kindergärten/Horten nach Regionen 2014

	EKO	freie Träger	insgesamt
Innenstadt Nord	42	41	83
Innenstadt Süd	23	6	29
Süden	22	1	23
Südosten	11	1	12
Nordosten	10	6	16
OF gesamt	108	55	163
außerhalb		14	177

Quelle: EKO

Weil es keine Informationen über den potenziellen Bedarf gibt und alle behinderten oder von Behinderung bedrohten Kinder auf Wunsch der Eltern einen Kindergarten- oder Hortplatz bekommen, enthält diese Tabelle keine Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage. Ein Drittel der dem EKO bekannten Integrationsplätze wird 2014 in Einrichtungen freier Träger angeboten – überwiegend von der Behindertenhilfe Stadt und Kreis Offenbach, zwei Drittel von Einrichtungen des EKO. Über die 163 Integrationsplätze hinaus werden vom Sozialamt noch 14 behinderte Kinder gefördert, die in Offenbach zwar ihren Wohnsitz, ihren Integrationsplatz aber in einer Kindertageseinrichtung außerhalb Offenbachs haben.

Entsprechend den erhöhten pädagogischen, Betreuungs- und pflegerischen Anforderungen werden die Ressourcen für diese integrativen Kindergartengruppen erhöht, indem die Gruppen von 25 Kindern bei Aufnahme von ein oder zwei behinderten Kindern um fünf, bei drei Kindern um sechs, bei

vier Kindern um acht und bei fünf Kindern um zehn Kinder reduziert wird. Bei integrativen Krippengruppen wird die Gruppengröße von zwölf bei einem behinderten Kind auf elf, bei zweien auf zehn Kinder reduziert.

Weiterhin werden je behindertem Kind 15 zusätzliche Fachkraftwochenstunden – gegebenenfalls auch mehr – für die betreffende Gruppe bereitgestellt. Um den behinderungsspezifischen, den pädagogischen und den mit der Integration verbundenen organisatorischen Anforderungen angemessen begegnen zu können, werden zusätzliche fach- und themenspezifische Fortbildungs- und Supervisionsangebote bereitgestellt. Anders als in den vorangegangenen Jahren sind diese behindertenspezifischen Angebote in ein ab 2009 im EKO installiertes Fortbildungskonzept „Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität“ integriert. Von den insgesamt zehn zur Wahl stehenden Qualifizierungsbausteinen sind für die Integrationsgruppen besonders der obligatorische Fachbaustein „Dialogische Entwicklungsförderung“ (Baustein 1) sowie der Baustein „Vorurteilsbewusste Erziehung“ (Baustein 5) relevant. Zusätzlich werden für alle Erzieherinnen aus Integrationsgruppen Fallsupervisionen angeboten. Die aufgeführten zusätzlichen Leistungen und Ressourcen werden aus Mitteln der Eingliederungshilfe nach § 74 in Verbindung mit § 53 SGB XII (Sozialhilfe) und aus Landesmitteln kofinanziert. Im Jahr 2014 wurden 1,76 Mio. Euro (2012: 1,39 Mio.) an Eingliederungshilfe vom zuständigen Sozialhilfeträger an den EKO überwiesen. Seitens des EKO wurden für die beschriebenen Integrationsleistungen 2014 Mittel in Höhe von 2,36 Mio. Euro aufgewandt. Diese resultieren vor allem aus zusätzlichen Personalkosten sowie Verlusten aus Betriebskostenzuschüssen und Elternbeiträgen aufgrund der Platzreduktion.

2.2 Sprachförderung in Kindergärten

Bei der Sprachförderung in Kindergärten stehen die Fördermaßnahmen für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache und ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse zahlenmäßig im Vordergrund. Diese Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund setzt sich zusammen aus Kindern mit ausländischem Pass, zu einem erheblichen Teil aber auch aus Kindern mit einem deutschen Pass. Bei den Letzteren handelt es sich um in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die wegen ihres Geburtslandes Deutschland (ius solis) und wenn ihre Eltern bestimmte Bedingungen bezüglich Aufenthaltsstatus und -dauer erfüllen, ab dem Jahr 2000 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

Nachfolgend werden nur die sprachgeförderten Kindergartenkinder aufgeführt, die nach dem Landesprogramm „Förderung der Sprachkompetenz von Kindern im Kindergartenalter ohne ausreichende Sprachkenntnisse“ im Haushaltsjahr 2014 gefördert wurden.

Die Zahl der sprachgeförderten Kinder hat sich 2014 gegenüber 2012 um 40,2 Prozent (849 Kinder) auf 2.961 Kinder erhöht. Die dem EKO bekannten Sprachförderplätze in den Einrichtungen freier Träger machen 11 Prozent der geförderten Kinder aus.

Bei der Sprachförderung im EKO wurde ab 2005 komplett auf das vom Schweizer Sprachwissenschaftler Zvi Penner für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache entwickelte Sprachförderprogramm „Kon-Lab“ umgestellt, das noch 2004 lediglich bei 119 Kindern begleitend eingesetzt wurde. Kon-Lab zielt auf eine bereichsspezifische, an entwicklungspsychologischen und hirnrorganischen Entwicklungsprinzipien des Erstspracherwerbs orientierte Sprachförderung ab. Es wurde zuvor bereits in Zürich, Berlin und Ravensburg gemäß den Evaluationsergebnissen sehr erfolgreich eingesetzt.

2.3 Kinder aus einkommensschwachen Familien in der Kita

Um Kindern aus Haushalten mit niedrigem Einkommen den Besuch von Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen, werden die diesen Haushalten entstehenden Kosten für Kindertagesbetreuung teilweise oder auch vollständig von der Stadt Offenbach übernommen.¹⁰ Diese Kostenübernahme wird nach dem entsprechenden Paragraphen 90 des Sozialgesetzbuchs VIII (Pauschalierte Kostenbeteiligung) als „90er-Entlastung“ bezeichnet. Wie die beiden nachfolgenden Tabellen zeigen, wurden 2013 und 2014 für mehr als die Hälfte der Eltern, deren Kinder Offenbacher Kindertagesstätten besuchen, die Gebührenbeiträge teilweise oder in voller Höhe übernommen.

2014 stieg der Anteil der Vollzahler gegenüber dem Vorjahr an, und zwar um 3,9 Prozentpunkte auf 41,3 Prozent. Komplementär dazu sank der Anteil der Vollbezuschussten gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozentpunkte auf 57,5 Prozent. Der Anteil der Teilbezuschussten stieg minimal um 0,1 Prozentpunkte auf 1,2 Prozent.

Tabelle B 2.2.1: Kindergartenkinder im Landesprogramm „Förderung der Sprachkompetenz“ 2012 und 2014 nach Kita-Planungsregionen

Planungsbezirk	Sprachförderung 2012			Sprachförderung 2014		
	EKO	freie Träger	gesamt	EKO	freie Träger*	gesamt
Innenstadt Nord	579	77	656	831	146	977
Innenstadt Süd	533	45	578	700	31	731
Süden	471	10	481	657	56	713
Südosten	174	38	212	262	93	355
Nordosten	131	54	185	185	0	185
insgesamt	1.888	224	2.112	2.635	326	2.961

Quelle: EKO

* Die sprachgeförderten Kinder in der Tageseinrichtung der Behindertenhilfe erhalten eine eigene Förderung und sind in dieser Tabelle nicht enthalten.

¹⁰ Auch für Kinder, die Tagespflegestellen besuchen, können die Kosten entsprechend übernommen werden. Diese Kinder sind in den nachfolgend präsentierten Zahlen nicht enthalten.

Tabelle B 2.3.1: Struktur der KITA-Beitragszahlungen 2013¹¹

Stadtregion	Vollzahlende		Teilbezuschusste		Vollbezuschusste		Summe
Innenstadt Nord	290	29,7%	10	1,0%	676	69,3%	976
Innenstadt Süd	374	45,7%	11	1,3%	433	52,9%	818
Süden	269	36,4%	10	1,4%	461	62,3%	740
Südosten	99	34,3%	0	0,0%	190	65,7%	289
Nordosten	123	45,9%	4	1,5%	141	52,6%	268
OF gesamt	1.155	37,4%	35	1,1%	1.901	61,5%	3.091

Quelle: EKO

Tabelle B 2.3.2: Struktur der KITA-Beitragszahlungen 2014

Stadtregion	Vollzahlende		Teilbezuschusste		Vollbezuschusste		Summe
Innenstadt Nord	340	32,5%	12	1,1%	694	66,3%	1.046
Innenstadt Süd	471	59,2%	10	1,3%	315	39,6%	796
Süden	247	38,8%	9	1,4%	381	59,8%	637
Südosten	90	30,1%	1	0,3%	208	69,6%	299
Nordosten	152	53,7%	4	1,4%	127	44,9%	283
OF gesamt	1.148	41,3%	32	1,2%	1.598	57,5%	2.778

Quelle: EKO

Auch 2014 wird für die Mehrheit (57,5 Prozent) der Familien, deren Kinder die Einrichtungen des EKO besuchen, der Kita-Beitrag zur Gänze übernommen. Demgegenüber wird von 1.148 Haushalten (41,3 Prozent), deren Kinder die Einrichtungen des EKO besuchen, der volle Beitrag entrichtet. Für lediglich 32 Haushalte (1,2 Prozent) wird der Kita-Beitrag zum Teil übernommen. Die raumdifferenzierte Betrachtung zeigt lediglich für die Region Südosten eine Zunahme des Anteils der Vollbezuschussten. In den übrigen Planungsregionen nimmt deren Anteil ab, am stärksten in der Region Südliche Innenstadt.

Das 2007 vom Land Hessen aufgelegte sogenannte Bambini-Förderprogramm wurde ab 2014 in das Hessische Kinderfördergesetz integriert und in § 32c des Hessischen Kinder- und Jugendgesetzbuchs (HKJGB) überführt. Damit ist weiterhin der Halbtagsplatz im letzten Kindergartenjahr beitragsfrei. Folglich sind seit Inkrafttreten dieses Programms die Kinder im letzten Kindergartenjahr, die lediglich halbtags betreut werden, nicht mehr in der vorliegenden Beitragsstatistik enthalten.¹² Im EKO betrifft dies 2014 insgesamt 701 Kinder. Kinder im letzten Kindergartenjahr, die mehr als eine halbtägige Betreuung erhalten, verbleiben mit dem reduzierten Beitrag in der vorliegenden Beitragsstatistik.

¹¹ Seit 2012 kann die Beitragsstruktur nur noch für die Einrichtungen des EKO dargestellt werden, weil die Beitragsförderung der freien Träger nicht mehr über die Verwaltung des EKO abgewickelt wird.

¹² Die Beitragsstatistik soll, wie eingangs beschrieben, Auskunft darüber geben, wie vielen Kindern aus einkommensschwachen Elternhäusern der Besuch von Kindertageseinrichtungen durch Übernahme der KITA-Beiträge seitens der Kommune ermöglicht wird. Die „Bambini-Entlastung“ wird im Gegensatz dazu einkommensunabhängig gewährt und bleibt deshalb hier außer Betracht.

3. Qualifizierungsangebote in Kindertagesstätten (EKO) und Tagespflege 2014

Kindertagesstätten

Das 2009 begonnene dreijährige Qualifizierungsangebot in den Teams der Kindertagesstätten ist abgeschlossen und in die Phase der Nachhaltigkeit eingetreten. Demzufolge arbeiten die Referenten an vier Fortbildungstagen mit den einzelnen Kita-Teams an der Implementierung der in den einzelnen Bausteinen der Qualifizierung festgelegten fachlichen Inhalte in die Alltagspraxis. Dabei geht es unter anderem um die konzeptionelle Festlegung sowie fachliche Begründung einzelner Abläufe in der Tages-, Wochen- und Jahresstruktur.

Fünf Kitas haben in Fortbildungen zum Thema „naturwissenschaftliches Wahrnehmen und Denken, mit den Kindern im Dialog zu naturwissenschaftlichen Bereichen aus dem Kita- und Lebensalltag“ ihre Kenntnisse vertieft. Dazu wurden zunächst die Leitungskräfte der beteiligten Kitas und im Anschluss die Teams mehrere Tage geschult. Für 2015 sind weitere vier Fortbildungstage pro Kita zur Reflexion vorgesehen.

Zehn Kitas haben an dem neu entwickelten Projekt „Sprachliche Bildung“ teilgenommen. Ziel dieses praxisorientierten Projekts ist es, ein praktikables neues Konzept zur alltagsintegrierten Sprachförderung für jede Kita zu entwickeln. Pro Kita wurden zusätzliche Stunden für eine Sprachbeauftragte zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden wöchentliche einstündige Fachbesprechungen mit der Dozentin in jeder Kita installiert. Fachlicher Input und Reflexion der Erfahrungen der Erzieherinnen stehen im Zentrum dieser Besprechungen, die zukünftig ohne Dozentin weitergeführt werden. Expertinnen begleiten die Kitas an einem Tag pro Woche. Dadurch ist die Verknüpfung mit dem Alltag gewährleistet und wertvolle Tipps können in die Praxis integriert werden. Darüber hinaus sind zwei Fortbildungstage mit dem gesamten Team geplant. Themen sind das eigene sprachliche Verhalten, die eigene Vorbildfunktion, Sprachanlässe im Alltag, Grundlagen sprachlicher Entwicklung bei Kindern, Sprachauffälligkeiten und Möglichkeiten der Intervention.

Fünf Kindertagesstätten nahmen am Projekt „Frühe Chancen“ zur sprachlichen Förderung von Krippenkindern teil. Ziel ist es, sprachanregende Elemente im Alltag zu erkennen und aufzugreifen (z. B. beim Wickeln, Essen, Spielen), das eigene Sprachverhalten zu reflektieren, Kinder gezielt zu beobachten und daraus Förder- und Spielangebote abzuleiten. Auch die-

se Einrichtungen werden wöchentlich an einem Tag von einer Dozentin im Alltag begleitet. Hinzu kommen elf vierstündige Fortbildungsveranstaltungen in einem Jahr, an denen möglichst viele Erzieherinnen aus der Krippe teilnehmen sollen.

Tagespflege

Seit 2012 werden die Tagespflegepersonen, die noch nicht nach dem vom Deutschen Jugendinstitut entwickelten neuen Curriculum geschult wurden, mit 160 Stunden nachqualifiziert. 2014 schlossen 14 Tagespflegepersonen den dritten Kurs mit einer Prüfung ab. Diejenigen mit Hauptschulabschluss haben das Bundeszertifikat „Qualifizierte Kindertagespflegeperson“ erhalten. Im Anschluss nahmen die Tagespflegepersonen an einer Praxisreflexion (zehn Sitzungen je 2,5 Zeitstunden) teil. 2015 wird der letzte Nachqualifizierungskurs durchgeführt, dann sind alle Tagespflegepersonen, die für das Jugendamt aktiv sind, mit 160 Stunden qualifiziert. Die Qualifizierungen führte die vhs Offenbach durch, die das Gütesiegel für Bildungsträger zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen erhalten hat.

Außerdem wurde 2014 mit der Erstellung eines Handbuchs für die Tagespflege begonnen. Ein umfassendes Fortbildungsangebot, konzipiert vom Sachgebiet Tagespflege, dient der weiteren Qualifizierung der Tagespflegepersonen. Supervision und Austausch in sogenannten Qualitätsinseln (Kitas, die Austauschmöglichkeiten anbieten) tragen ebenfalls zu einer guten fachlichen Weiterentwicklung bei.

4. Übergang Kita-Grundschule

Der Übergang von Kindertageseinrichtungen/Tagespflege in die Grundschule stellt für viele Kinder den ersten Übergang von einem pädagogisch ausgerichteten System in ein anderes dar. Die Schuleingangsuntersuchung ermittelt hierfür die Unterstützungsbedarfe. Vor der eigentlichen Einschulung besuchen einige Kinder bereits Vorklassen und Vorlaufkurse.

4.1 Vorlaufkurse

Vorlaufkurse sind ein Angebot für noch nicht schulpflichtige Kinder im letzten Kindergartenjahr, die noch kein Deutsch sprechen oder deren Deutschkenntnisse bis zur Einschulung verbessert werden müssen. Die Kurse finden mit mindestens zehn Wochenstunden in einer Grundschule oder in einer Kindertagesstätte statt. Vier Grundschulen haben im Schuljahr 2013/14 jeweils einen Vorlaufkurs¹³ eingerichtet: Wilhelmschule, Eichendorffschule, Goetheschule und Mathildenschule.

4.2 Vorklassen

Kinder, die schon schulpflichtig sind, aber aufgrund eines körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklungsbedarfs als noch nicht schulfähig eingestuft werden, können für ein Jahr zurückgestellt werden, um eine Vorklasse zu besuchen. Die Vorklassen werden von Sozialpädagogen und -pädagoginnen geleitet. Für jedes Kind wird ein individueller Förderplan erarbeitet. Ziel ist es, dass die Kinder im Anschluss an die Vorklasse die erste Jahrgangsstufe erfolgreich bewältigen. Es gibt im Schuljahr 2013/14 an neun Grundschulen Vorklassen mit 135 Schüler/-innen (2011/12: 130). Davon sind 43 Prozent Mädchen (58).

4.3 Einschulungen

1.232 Kinder wurden im Schuljahr 2013/14 eingeschult. Über drei Viertel der Schüler/-innen wurden regulär eingeschult (Offenbach: 77 Prozent; Hessen: 80 Prozent). In Offenbach wurden 8,4 Prozent und in Hessen knapp 11 Prozent der Schüler/-innen vorzeitig eingeschult. Bereits im Schuljahr 2012/13 schulpflichtig¹⁴, aber erst zum Schuljahr 2013/14 eingeschult wurden in Offenbach mehr Kinder (14,4 Prozent) als in Hessen (9,5 Prozent).

Im Vergleich wird deutlich, dass der Anteil der verspätet eingeschulten Kinder in Offenbach fast 5 Prozentpunkte über dem Hessenwert und fast 6 Prozentpunkte über der entsprechenden Quote für Wiesbaden liegt.

Abbildung B 4.3.1: Einschulungen in Offenbach, Wiesbaden und Hessen im Schuljahr 2013/14 im Vergleich

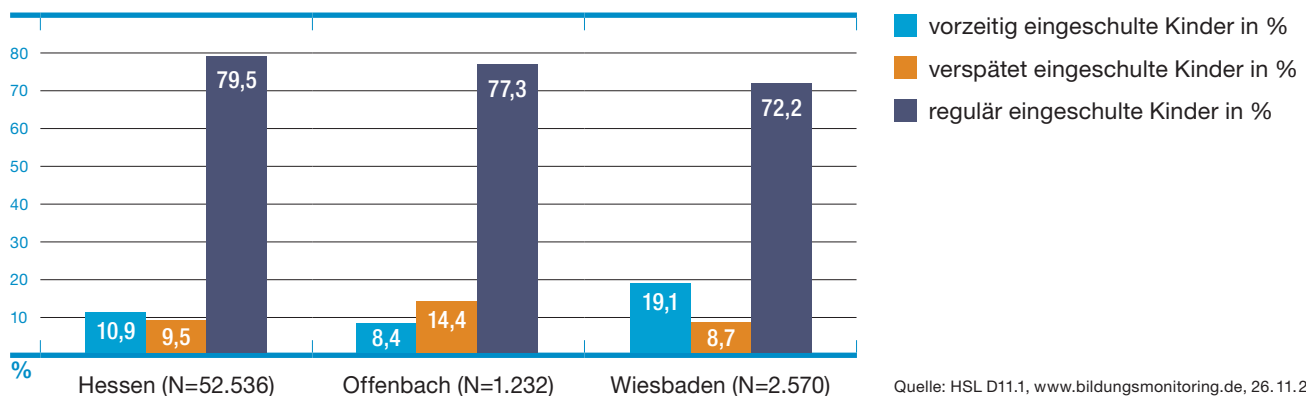
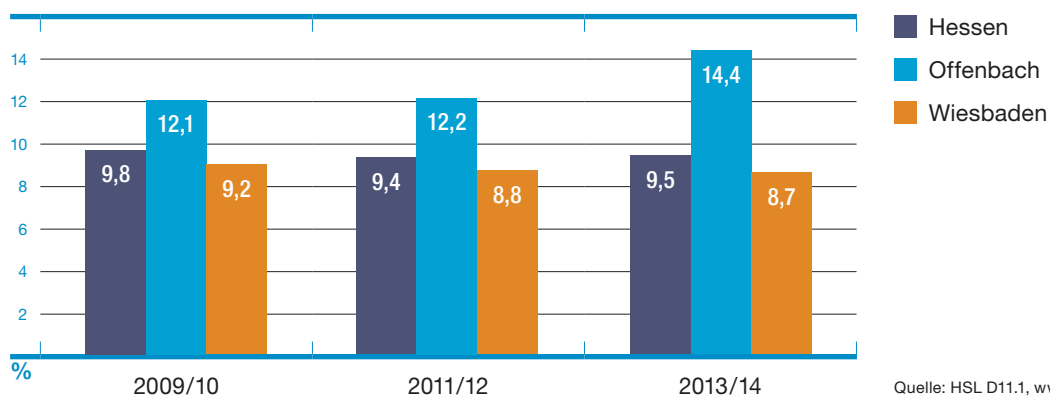


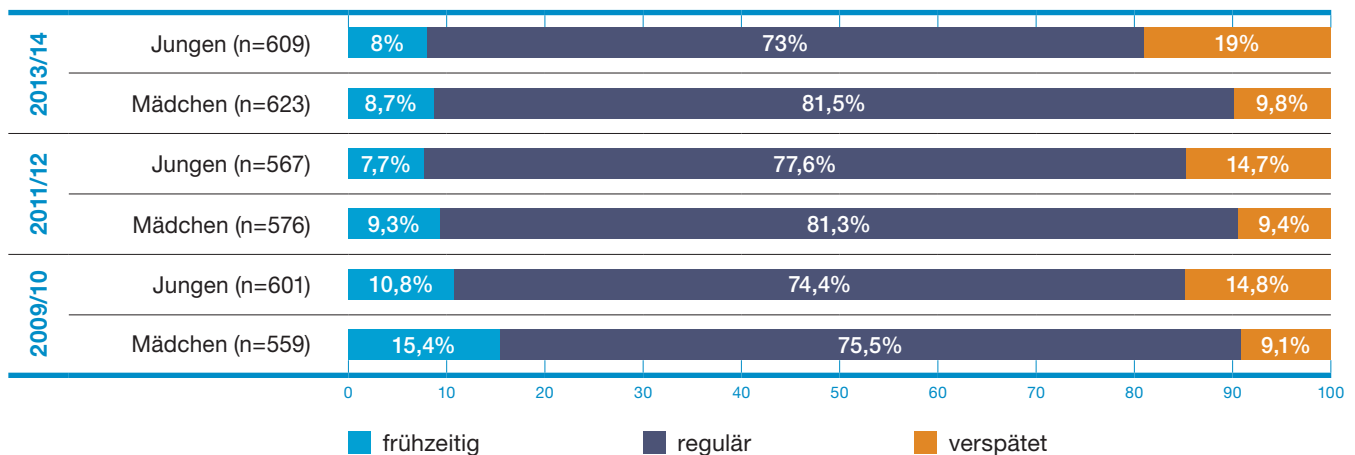
Abbildung B 4.3.2: Anteil der verspäteten Einschulungen in Offenbach, Wiesbaden und Hessen im Vergleich, 2009/10 bis 2013/14



¹³ Zwischen 6 und 15 Teilnehmende pro Kurs verzeichnen die Grundschulen.

¹⁴ Kinder, die bis zum 30. Juni das sechste Lebensjahr vollenden, sind nach dem Gesetz in diesem Jahr schulpflichtig. Vgl. Hessisches Schulgesetz (zuletzt geändert 18. Dezember 2012) zur Vollzeitschulpflicht (Paragraphen 58 bis 61).

Abbildung B 4.3.3: Anteil der frühzeitigen, regulären und verspäteten Einschulungen in Offenbach nach Geschlecht – 2009/10 bis 2013/14



Quelle: HSL D11.1, www.bildungsmonitoring.de, 26.11.2015

Der Zeitverlauf zeigt, dass der Anteil der verspätet eingeschulten Kinder in Offenbach über dem Hessenwert und dem Wert der Stadt Wiesbaden liegt. Zu beobachten ist außerdem, dass in den vergangenen Jahren in Offenbach der Anteil der verspätet eingeschulten Kinder gestiegen ist (am stärksten von 2011/12 bis 2013/14: +2,2 Prozentpunkte), während er in Hessen und Wiesbaden gesunken ist.

Insgesamt nimmt im betrachteten Zeitraum der Anteil der frühzeitig eingeschulten Kinder in Offenbach ab und der Anteil der verspätet eingeschulten Kinder zu. Dabei lassen sich unterschiedliche geschlechtsspezifische Entwicklungen feststellen:

- Der Anteil der frühzeitig eingeschulten Mädchen ist um 6,7 Prozentpunkte gesunken. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der verspätet eingeschulten Mädchen nur um 0,7 Prozentpunkte gestiegen. Vier von fünf Mädchen werden regulär eingeschult.
- Hingegen ist der Anteil der frühzeitig eingeschulten Jungen nur um 2,8 Prozentpunkte gesunken. Aber im gleichen Zeitraum ist der Anteil der verspätet eingeschulten Jungen um fast 10 Prozentpunkte gestiegen. Nicht einmal drei von vier Jungen werden regulär eingeschult.
- Im Bereich der regulären Einschulungen wachsen die Anteile der Mädchen, während die der Jungen sinken. Anteilig werden 2013/14 fast doppelt so viele Jungen wie Mädchen verspätet eingeschult.

4.4 Sprachbezogene Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung

Die Schuleingangsuntersuchung (SEU) wird jährlich vom Stadtgesundheitsamt durchgeführt. Die rechtliche Grundlage ist das Hessische Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD vom 28.9.2007). Untersucht werden Kinder, die schulpflichtig werden oder auf Antrag der Eltern vorzeitig eingeschult werden sollen. Ziel der Untersuchung ist es, festzustellen, ob die Kinder körperlich, geistig und emotional in der Lage sind, die Schule zu besuchen. Bei der Feststellung von Entwicklungsauffälligkeiten oder Erkrankungen werden Schritte zur Förderung der betreffenden Kinder eingeleitet. Seit 2006 wird die Untersuchung auf der Grundlage des Screenings des Entwicklungsstandes (S-ENS) durchgeführt. S-ENS umfasst die Entwicklungsbereiche Körperkoordination, Visuomotorik, visuelles Wahrnehmen und Informationsverarbeitung sowie Artikulation. Außerdem wird eine Anamnese, ein Sinnesscreening mit Seh- und Hörtest und ein Körpercheck vorgenommen. Das Geschlecht und der Migrationshintergrund¹⁵ der Kinder werden erfasst. In der Regel stehen pro Kind für alle Untersuchungseinheiten 40 Minuten zur Verfügung. Die Untersuchungsergebnisse werden vom Stadtgesundheitsamt zur Verfügung gestellt und betreffen den Zeitraum vom 1. August 2013 bis zum 31. Juli 2014. Untersucht wurden insgesamt 1.260 Kinder, die im Schuljahr 2014/15 eingeschult werden sollten.

¹⁵ Migrationshintergrund wird laut Stadtgesundheitsamt festgestellt, wenn beide Elternteile oder der allein erziehende Elternteil einer anderen Ethnie angehören. Bei Mischehen wird ein Migrationshintergrund dokumentiert, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt.

Sprachauffälligkeiten

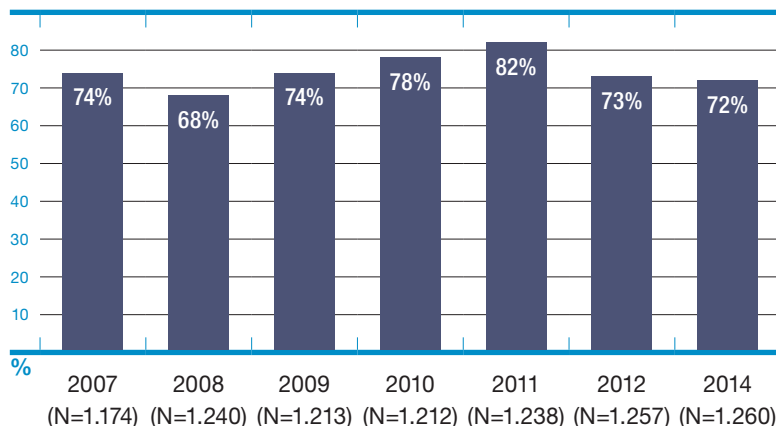
Bei einem sprachauffälligen Befund ist medizinischer Abklärungsbedarf gegeben und unter Umständen werden beispielsweise logopädische Maßnahmen erforderlich.

Bereits im EBO 2013 wurde festgestellt, dass der Anteil von untersuchten Kindern ohne Sprachauffälligkeiten von 2008 bis 2011 gestiegen ist und von 2011 bis 2012 um 9 Prozentpunkte gesunken ist.¹⁶ Auch von 2012 bis 2014 ist dieser Anteil gesunken, um 1 Prozentpunkt auf 72 Prozent. Das Stadtgesundheitsamt stellt somit bei 27 Prozent¹⁷ der untersuchten Kinder einen sprachauffälligen Befund fest.

Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund

918 von den 1.260 untersuchten Kindern haben einen Migrationshintergrund, das sind 73 Prozent. Bei diesen Kindern werden auch die Deutschkenntnisse dokumentiert. 68 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund sprechen demnach fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch, das sind 3 Prozentpunkte weniger als noch 2012 (2011 traf dies noch auf 78 Prozent der untersuchten Kinder zu).¹⁸

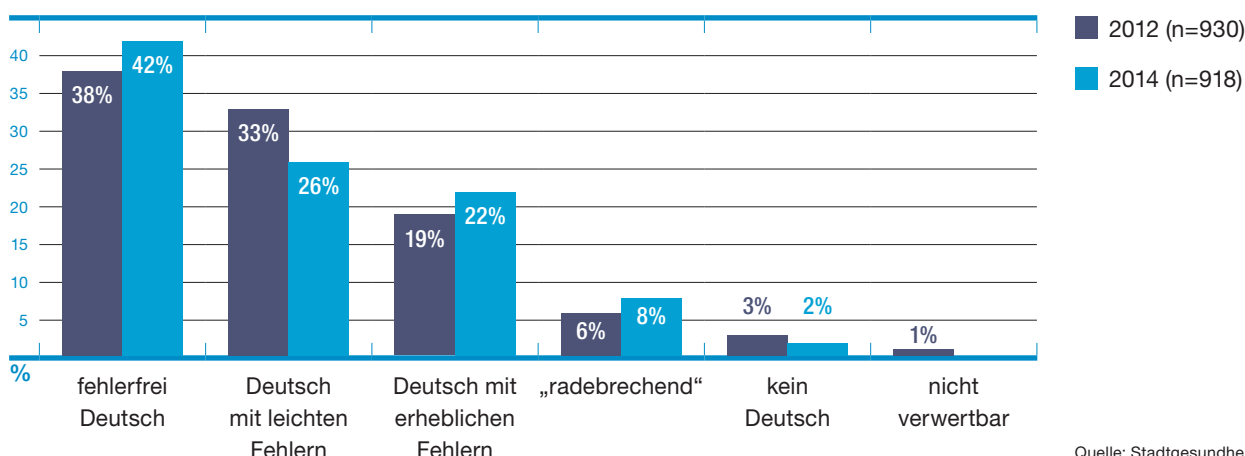
Abbildung B 4.4.1: Anteil der Kinder ohne Sprachauffälligkeiten im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung 2014



Quelle: Stadtgesundheitsamt

Im Vergleich zu 2012 ist der Anteil der untersuchten Kinder mit Migrationshintergrund, die fehlerfrei Deutsch sprechen, um 4 Prozentpunkte gestiegen; aber die Gruppe, die Deutsch mit leichten Fehlern spricht, ist um 7 Prozentpunkte kleiner geworden. Die Anteile der Kategorien „spricht flüssig Deutsch mit erheblichen Fehlern“ und „radebrechend“ sind gegenüber 2012 gestiegen.

Abbildung B 4.4.2: Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund 2012 und 2014



Quelle: Stadtgesundheitsamt

¹⁶ Vgl. EBO 2013, S. 26: Für die starke Zunahme an Kindern mit sprachauffälligem Befund könne u. a. die vermehrte Zuwanderung als Erklärung dienen.

¹⁷ Bei einem Prozent der einzuschulenden Kinder ist der Befund unbekannt.

¹⁸ Vgl. Stadtgesundheitsamt, Bericht zur Schuleingangsuntersuchung 2012 in Offenbach, S. 152.

Wie die Abbildung 4.4.3 zeigt, nimmt der Anteil derjenigen, die Deutsch „fehlerfrei“ sprechen, mit der Verweildauer in der Kindertageseinrichtung sprunghaft zu, dies belegen bereits die Ergebnisse des EBO 2013.¹⁹ Kinder mit Migrationshintergrund, die weniger als 18 Monate eine Kita besuchen, sprechen zu 31 Prozent fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch, bei einem Kita-Besuch zwischen 18 und 36 Monaten, steigt dieser Anteil um 39 Prozentpunkte auf 70 Prozent. Bei einem Kita-Besuch von über drei Jahren steigt dieser Anteil nochmals um 14 Prozentpunkte auf 84 Prozent (gleicher Wert im Vergleich zum Berichtsjahr 2011/12).

Abbildung 4.4.4 stellt den Zusammenhang zwischen den Deutschkenntnissen der Kinder und den Deutschkenntnissen der Mütter dar.²⁰ Das heißt, je besser die Deutschkenntnisse der Mutter bewertet werden, desto besser sind in der Regel auch die Deutschkenntnisse des Kindes.

Sprechen die Mütter fehlerfrei Deutsch, so sprechen auch die Kinder vorwiegend fehlerfrei oder mit leichten Fehlern (89 Prozent von 341 untersuchten Kindern) deutsch. Das trifft nur auf 37 Prozent der untersuchten Kinder zu, deren Mütter „rudimentär“ Deutsch sprechen.

Abbildung B 4.4.3: Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von der Kita-Besuchsdauer 2014

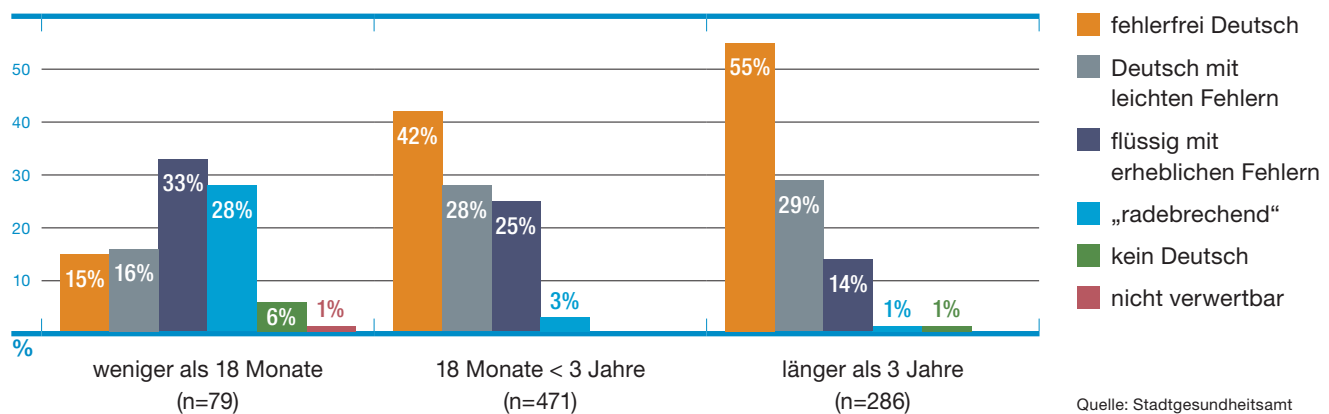
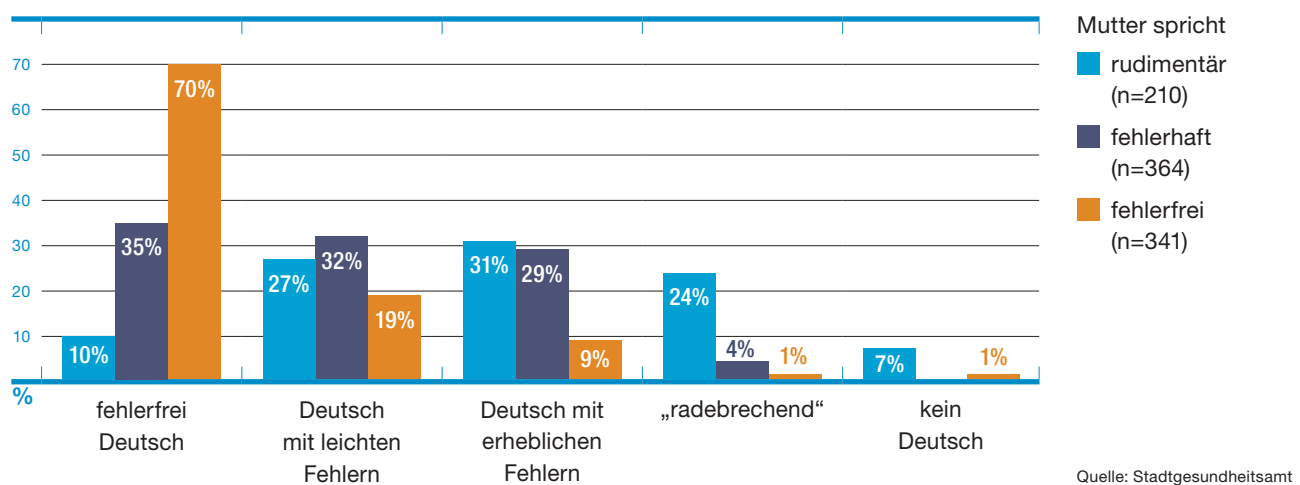


Abbildung B 4.4.4: Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von den Deutschkenntnissen ihrer Mütter 2014



¹⁹ Vgl. EBO 2013, S. 27, und Stadtgesundheitsamt: Bericht zur Schuleingangsuntersuchung 2013 in Offenbach am Main (Juni 2014).

²⁰ Die Deutschkenntnisse der Mütter können deshalb erfasst werden, weil diese in der Regel das Kind zur Schuleingangsuntersuchung begleiten.

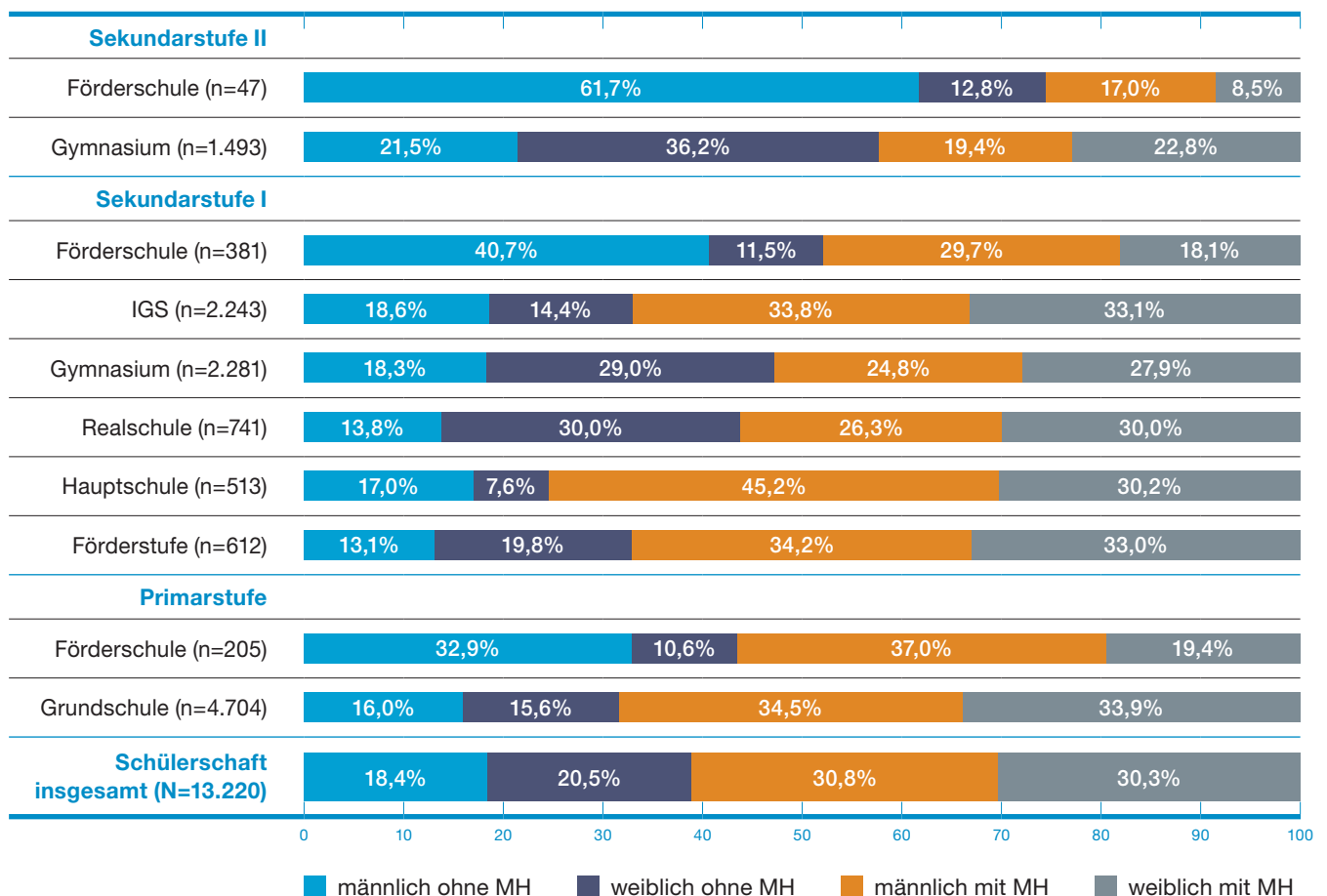
C Bildung im Schulalter

1. Bildung an allgemeinbildenden Schulen

Die Schule nimmt in der Bildungsbiografie eine zentrale Stellung ein. Für Kommunen sind gelingende Schulabschlüsse der Jugendlichen als Basis für gute Erwerbschancen von Bedeutung. Das Land Hessen entscheidet über die sog. „inneren Schulangelegenheiten“, u. a. über die Lehrerversorgung, Unterrichtsinhalte, über die Zulassung von Schulformen, Schulversuchen oder Ganztagschul-Profilen. Als Schulträger sind

Kommunen verantwortlich für die sog. „äußeren Schulangelegenheiten“, d. h. für die Schulgebäude, deren zeitgemäße Ausstattung, für die Schulsekretariate und Gebäudeunterhaltung – wichtige Bedingungen für eine gut funktionierende Schule. Direkt beeinflussbar sind vom Schulträger Offenbach auch Kooperationsbereiche, wie z. B. die ganztägige Arbeit, in denen Jugendamt und Eigenbetrieb Kindertagesstätten mit den Schulen, ihren Leitungskräften und dem Staatlichen Schulamt zusammenarbeiten.

Abbildung C 1.1.1: Schüler/-innen nach Schulform, Migrationshintergrund²¹ (MH) und Geschlecht im Schuljahr 2013/14



Quelle: HSL/Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach, Stichtag 1.11.2013

²¹ Nach der hessischen Lehrer- und Schülerdatenbank (LUSD) liegt ein „Migrationshintergrund“ vor, wenn mindestens eines der nachfolgenden Kriterien erfüllt ist: nur ausländische Staatsangehörigkeit oder deutsche und ausländische Staatsangehörigkeit und/oder Geburtsort im Ausland und/oder nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie; vgl. EBO (2013), S. 30.

Die Stadt Offenbach ist Schulträger von 24 allgemeinbildenden Schulen (12 Grundschulen; zwei Grund-, Haupt-, Realschulen mit Förderstufe; eine Haupt- und Realschule mit Förderstufe; drei Förderschulen; drei Integrierte Gesamtschulen [IGS] und drei Gymnasien) und drei beruflichen Schulen. Darüber hinaus ist Offenbach Standort von vier Schulen in privater Trägerschaft und einer beruflichen Schule, die sich in Trägerschaft des Kreises Offenbach befindet.

1.1 Schülerschaft an allgemeinbildenden Schulen

Die Ausführungen in diesem Kapitel beziehen sich überwiegend²² auf allgemeinbildende Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft. Im Schuljahr 2013/14 befinden sich 13.220 Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in Offenbach. Die Schülerschaft ist zu 50,8 Prozent weiblich. Der Anteil der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund beträgt insgesamt 61,1 Prozent. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahren moderat gestiegen, was sich fortsetzen wird, denn in der Grundschule haben schon über 68 Prozent der Schüler/-innen einen Migrationshintergrund (2011/12: 62 Prozent).

Es lässt sich feststellen (s. Abbildung C 1.1.1):

- *Mädchen ohne Migrationshintergrund* sind an der Realschule und am Gymnasium überrepräsentiert. An Hauptschulen sind sie am stärksten unterrepräsentiert.

- An der IGS und der Förderstufe sind die Anteile von *Mädchen mit Migrationshintergrund* überdurchschnittlich hoch; unterrepräsentiert sind sie an Förderschulen.
- Wie in den Schuljahren zuvor sind *Jungen ohne Migrationshintergrund* an den Förderschulen deutlich überrepräsentiert (Offenbach bietet Schwerpunktschulen auch für das Umland). Unterdurchschnittlich fällt ihr Anteil in Realschulen und der Förderstufe aus.
- *Jungen mit Migrationshintergrund* sind an Hauptschulen, Förderstufen und IGS überrepräsentiert, an Realschulen und an Gymnasien unterrepräsentiert.

Insgesamt zählten im Berichtsjahr 2013/14 allgemeinbildende Schulen in Offenbach im Vergleich zum Vorjahr 28 Schüler/-innen mehr (+0,2 Prozent).

Tabelle C 1.1.1 verdeutlicht: In den vergangenen neun Schuljahren ist die Gesamtschülerschaft an allgemeinbildenden Schulen in Offenbach – mit Schwankungen – geringfügig gewachsen (+1 Prozent). Die Schüler(innen)zahlen der Grundschule steigen moderat. Die Zahl der Schüler/-innen an der IGS ist um 143 Prozent gestiegen. Die Zahl der Gymnasiasten/Gymnasiastinnen hat kaum zugenommen. Die Schüler(innen)zahlen an den verbleibenden Schulformen nehmen ab, am stärksten an Hauptschulen. Diese Verläufe sind Ergebnis der Schulentwicklung²³ in Offenbach. Seit dem Schuljahr 2009/10 wurde die Geschwister-Scholl-Schule sukzessive von einer

Tabelle C 1.1.1: Entwicklung der Zahl der Schüler/-innen seit dem Schuljahr 2005/06

Schulform	Schüler/-innen 2012/13	Schüler/-innen 2013/14	Entwicklung zum Vorjahr	Entwicklung seit 2005/06
Grundschule	4.624	4.704	+ 2%	+ 5%
Förderstufe	592	612	+ 3%	- 43%
Hauptschule	623	513	- 18%	- 53%
Realschule	774	741	- 4%	- 29%
Gymnasium	3.869	3.774	- 2%	+ 0,4%
IGS	2.090	2.243	+ 7%	+ 143%
Förderschule	620	633	+ 2%	- 5%
insgesamt	13.192	13.220	+ 0,2%	+ 1%

Quelle: HSL D7.1, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 4. 11. 2015

²² Der Abschnitt C 1.2 in diesem Kapitel bezieht sich nur auf die Grundschulen in öffentlicher Trägerschaft.

²³ Vgl. dazu Ziele des Schulentwicklungsplans 2013 der Stadt Offenbach: Umwandlung einer weiteren Schule in eine IGS (S. 77).

Haupt- und Realschule zur IGS umgewandelt. Der Ausbau wird sich gemäß dem Schulentwicklungsplan mit dem Schuljahr 2016/17 fortsetzen, dann geht die Ernst-Reuter-Schule als vierte IGS in Offenbach an den Start.

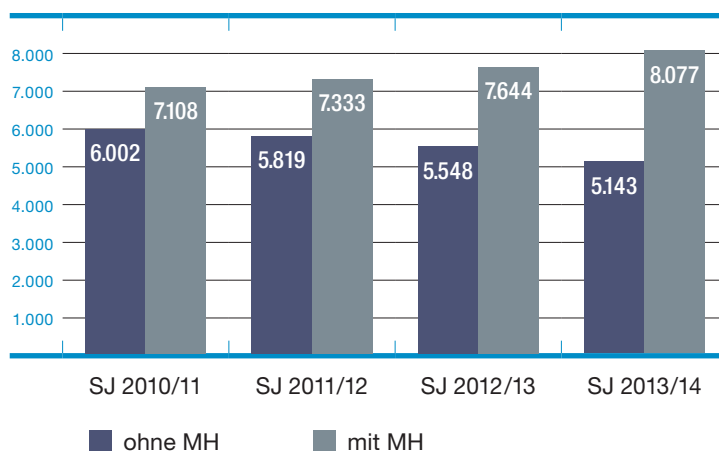
Ein- und auspendelnde Schüler/-innen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen

Im Jahr 2014 besuchten 477 Schüler/-innen mit Wohnsitz Offenbach öffentliche allgemeinbildende Schulen außerhalb des Wohnortes. Die Stadt Offenbach zahlte dafür Gastschulbeiträge an die Schulträger – vorwiegend an den Kreis Offenbach und die Stadt Frankfurt. Im Gegenzug verbuchte sie Einnahmen an Gastschulbeiträgen für 307 Schuleinpendler. Demzufolge pendeln mehr Schüler/-innen aus Offenbach aus als aus der Umgebung ein (Saldo –170), insbesondere an Förderstufe/Haupt-/Realschule und Gymnasien (vgl. Tabelle C 1.1.2 im Anhang).

Schülerschaft mit und ohne Migrationshintergrund

Seit dem Schuljahr 2010/11²⁴ ist der Anteil der Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund an der Gesamtschülerschaft stetig gesunken (46 Prozent im Jahr 2010/11; 39 Prozent im Jahr 2013/14), komplementär dazu ist der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund gestiegen.

Abbildung C 1.1.3: Schüler/-innen gesamt nach Migrationshintergrund (MH) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14

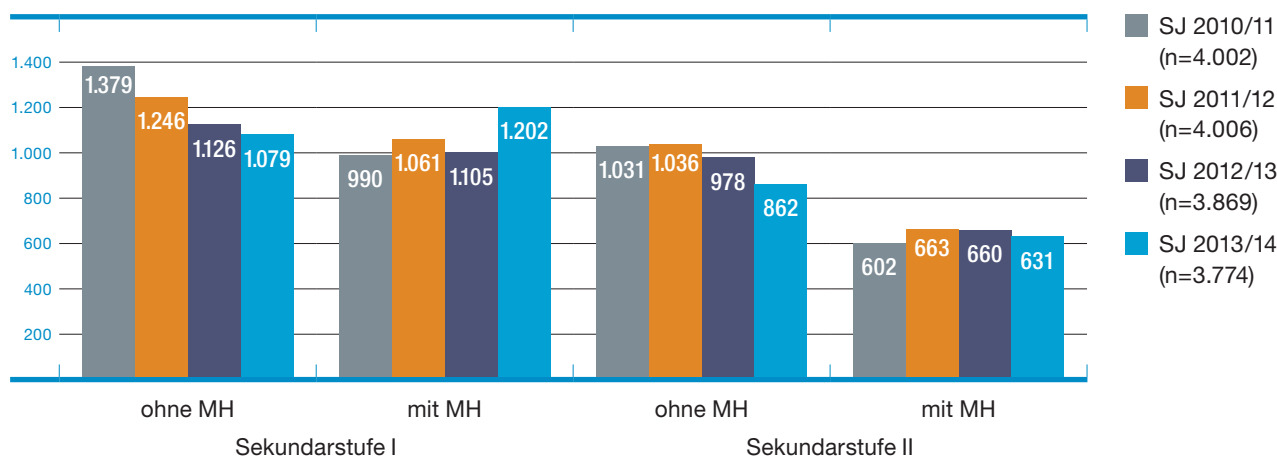


Quelle: Datenberichte 2012 und 2014, EBO 2013, HSL/Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

Diese Entwicklung fällt allerdings für die Schulformen unterschiedlich aus, wie folgend exemplarisch für Gymnasien dargestellt.

Im Berichtsjahr 2013/14 besuchten 1.941 Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund und 1.833 mit Migrationshintergrund das Gymnasium.

Abbildung C 1.1.4: Schüler/-innen in Sekundarstufe I und II an Gymnasien nach Migrationshintergrund für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14



Quelle: Datenberichte 2012 und 2014, EBO 2013, HSL/Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

²⁴ In diesem Jahr war eine Auswertung nach Migrationshintergrund erstmals möglich.

Für Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich seit 2010/11 unterschiedliche Entwicklungen darstellen:

- ▶ Die Zahl der Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund an Offenbacher Gymnasien hat in der Sekundarstufe I um 22 Prozent und der Sekundarstufe II um 16 Prozent abgenommen.
- ▶ Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund in der Sekundarstufe I um 21 Prozent und in der Sekundarstufe II um 5 Prozent gestiegen.
- ▶ In der Sekundarstufe I übersteigt erstmals im Schuljahr 2013/14 die Zahl der Gymnasiasten mit Migrationshintergrund (52,7 Prozent) die derjenigen ohne Migrationshintergrund.
- ▶ In der Sekundarstufe II überwiegt der Anteil der Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund weiterhin. Er liegt 2013/14 noch bei 58 Prozent, obwohl er seit 2010/11 um 5 Prozentpunkte gesunken ist.

Dass Schüler/-innen mit Migrationshintergrund an Gymnasien insbesondere in der Sekundarstufe II unterrepräsentiert sind, kann darin begründet sein, dass sie nach der Sekundarstufe I häufiger abgehen. Hinzu kommt, dass die Zuwächse 2013/14 in der Sekundarstufe I erst in den Folgejahren in der Sekundarstufe II ankommen.

Schülerschaft an Privatschulen in Offenbach

Vier Schulen in Offenbach befinden sich in privater Trägerschaft: Erasmus-Schule (Grundschule), Marianne-Frostig-Schule (Grund-, Haupt-, Realschule), Marienschule (Kooperative Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe für Mädchen) und Oswald-von-Nell-Breuning-Schule (Förderschule). Trotz leicht gestiegener Schüler(innen)zahlen insgesamt sind die Schüler(innen)zahlen an den privaten Schulen in Offenbach von 1.370 im Schuljahr 2012/13 auf 1.312 im Jahr 2013/14 gesunken; ihr Anteil an der Schülerschaft insgesamt beträgt noch 9,9 Prozent. Dieser Anteil hat sich seit dem Schuljahr 2005/06 kaum verändert.

Schülerschaft mit Wohnort Offenbach an Privatschulen

Im Jahr 2014 besuchen insgesamt 647 in Offenbach lebende Schüler/-innen allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft, davon 123 Schüler Schulen außerhalb Offenbachs.

1.2 Index bildungsrelevanter sozialer Belastung

Bildungsarmut und Bildungsgerechtigkeit

Zentrale und übergeordnete Zielsetzung auch kommunaler Bildungsberichterstattung ist die Herstellung – oder zumindest Verbesserung – von Bildungsgerechtigkeit durch Kompensation von Bildungsbenachteiligung. Die Verfolgung dieser Zielsetzung geht von zwei Prämissen aus:

1. Bildungsbenachteiligung ist eine Folge sozialer Benachteiligung der Herkunftsfamilien bezüglich Wohn-, Lebens- und Einkommenssituation. „Die großen internationalen Vergleichsstudien zur Bildung wie TIMSS, PIRLS/IGLU und PISA kommen alle zu dem gleichen Ergebnis: Schulleistungen und Bildungschancen hängen von der sozialen Herkunft der Schüler/-innen ab. Im öffentlichen Bildungsdiskurs wird häufig betont, dass in keinem anderen Land die soziale Herkunft einen größeren Einfluss auf die Kompetenz der Schüler habe als in Deutschland.“²⁵
2. Armut und Armutsbedrohung und allgemeine soziale Benachteiligung von Haushalten mit Kindern und deren damit einhergehende Bildungsbenachteiligung sind ungleich über den städtischen Raum verteilt.

Diese räumliche Verteilung soll mittels des **Index bildungsrelevanter sozialer Belastung**, der darauf zielt, die Anteile bildungsferner Haushalte in den Offenbacher Grundschulbezirken näherungsweise zu bestimmen, erfasst werden. So können die jeweiligen Anteile bildungsbenachteiligter Schüler/-innen an den Offenbacher Grundschulen bestimmt und damit die zusätzlichen pädagogischen Ressourcen, die zur Vermeidung oder zumindest zum Abbau von Bildungsbenachteiligung erforderlich sind, zielgenau in den Grundschulen mit den höchsten Anteilen bildungsbenachteiligter Schüler/-innen eingesetzt werden.

Sodann können die Bildungserfolge dieser Grundschulen mit den bildungsrelevanten sozialen Belastungen in ihren Einzugsbezirken abgeglichen werden. Nur so, d.h. unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Anteile bildungsbenachteiligter Schüler/-innen, sind faire Schulleistungsvergleiche möglich. Von den für diesen Abgleich erforderlichen grundschulspezifischen Schulleistungsdaten stehen lediglich die Zahlen der über die vier Grundschulklassen kumulierten Klassenwiederholer/-innen, so wie die Gymnasialüberwei-

²⁵ Debuschewitz, P. und Bujard, M.: Determinanten von Bildungsdifferenzen in Deutschland, in: *Bildungsforschung*, Ausgabe 1 (2014), 11. Jahrgang, S. 3.

sungen, differenziert nach Migrationshintergrund und Geschlecht, zur Verfügung. Beide Leistungsindikatoren sind mit Unzulänglichkeiten behaftet:

Bei den Klassenwiederholer/-innen ist es deren geringe Zahl, aus der die Gefahr von Fehlinterpretationen erwächst.

Über die Gymnasialüberweisungen entscheiden in Hessen letztlich die Eltern, die sich auch über die Empfehlungen der Grundschulen hinwegsetzen können. Die Grundschulempfehlungen sind zwar valide Leistungsindikatoren, stehen aber für diesen Bericht nicht zur Verfügung. Die Bedeutung von Grundschulempfehlungen als Leistungsindikatoren bestätigen die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zu den Ursachen des vorzeitigen Abgangs vom Gymnasium: „Die Grundschulempfehlung ist offensichtlich ein komplexer Leistungsindikator. Sie korreliert hochsignifikant mit den Zensuren der Hauptfächer und der Einschätzung der allgemeinen Leistungsdisposition sowie niedriger, aber immer noch hochsignifikant, mit der Bewertung der mündlichen und schriftlichen Mitarbeit im Unterricht und der Verhaltensdisziplin.“²⁶ Die Gymnasialempfehlung ist dieser Studie zufolge auch ein hervorragender Prädiktor des Schulerfolgs im Gymnasium: Während die Erfolgsquote aller Gymnasialschüler ohne Grundschulempfehlung bei 43 Prozent liegt, beträgt die Erfolgsquote bei den Schülern mit Gymnasialempfehlung 81 Prozent. Von den Schülern ohne Gymnasialempfehlung haben am Ende der 6. Klasse 38 Prozent das Gymnasium wieder verlassen, bei den Schülern mit Gymnasialempfehlung waren es knapp acht Prozent.²⁷ Wie diese Ergebnisse belegen, ist die Gymnasialempfehlung der Grundschule ein zuverlässiger Leistungsindikator. Problematisch ist demnach, dass für die Offenbacher Bildungsberichterstattung nicht die Gymnasialempfehlungen der Grundschulen, sondern lediglich die faktischen Gymnasialübergänge, über die die Eltern das Letztentscheidungsrecht haben, zur Verfügung stehen.

Um Bildungsgerechtigkeit verbessern zu können, und um – basierend auf der Analyse von Daten – herauszufinden, wie gut es den Grundschulen gelingt, die Bildungsbenachteiligung von Schüler/-innen zu kompensieren, sind belastbare Leistungsvergleiche von Grundschulen mit geringen und solchen mit hohen Anteilen von Schüler/innen aus bildungsfernen Elternhäusern erforderlich. Dazu ist mehr Transparenz

bezüglich der Leistungsdaten bzw. -indikatoren der Offenbacher Grundschulen erforderlich.

Die Zusammenhangsanalyse von sozialer Belastung und Schulerfolg kann aufzeigen, wo Maßnahmen zur Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit angezeigt sind. Handlungsmaxime sollte hierbei die ungleiche Verteilung (zusätzlicher) pädagogischer und sozialpädagogischer Ressourcen nach Maßgabe der festgestellten Bildungsbenachteiligung sein. Die Effekte, die durch den Einsatz solcher (zusätzlicher) pädagogischen Ressourcen erzielt werden, sollten durch Vorher-Nachher-Schulleistungsvergleiche eruiert werden.

Der Index bildungsrelevanter sozialer Belastung in Grundschulbezirken 2014

Vorbemerkungen zur Datenbasis: Für den nachfolgenden Sozialindex, wie für die leistungsbezogenen Berechnungen, stellte die Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach dankenswerterweise die Daten zur Verfügung. Die Schulleistungsdaten beziehen sich ausschließlich auf öffentliche Offenbacher Grundschulen. Bei den in den folgenden Tabellen in der letzten Zeile ausgewiesenen Gesamtquoten handelt es sich immer um die Mittelwerte der 14 Grundschulquoten.²⁸

Der von der Jugendhilfeplanung Offenbach für den Grundschulbereich entwickelte und im Bericht Erziehung und Bildung in Offenbach 2009 erstmals veröffentlichte Index bildungsrelevanter sozialer Belastung hat seither viel Zustimmung gefunden und ist zwischenzeitlich auch über den Grundschulbereich hinaus in der Kitaentwicklungsplanung sowie bei Verteilung von kommunalen Mitteln seitens des Stadtschulamts zur Anwendung gekommen. Allerdings können zwischenzeitlich eingetretene Umstände, wie die Nutzung von Überschneidungsbezirken von Grundschulen und die stark zunehmende Zahl von Seiteneinsteigern, die Zuverlässigkeit dieses Indikators verringern. Beide Faktoren könnten, so die Befürchtung einiger Grundschulen, den mittels des Sozialbelastungsindex ermittelten Grad der „Belastung“ der Grundschulen durch leistungsschwache bzw. bildungsbenachteiligte Schüler verfälschen. Diesen Einwänden wollen wir deshalb, vor Darstellung des Index, nachgehen.

Überschneidungsbezirke: Die mit den Grundschulbezirken definierten Einzugsgebiete der Grundschulen sind, abgese-

²⁶ Roeder, Peter und Schmitz, Bernhard (1995): *Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium, Materialien aus der Bildungsforschung*, Nr. 51, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, S. 107.

²⁷ Vgl. a. a. O., S. 106 f.

²⁸ Diese Durchschnittsquoten sind nur im Idealfall gleich großer Populationen in allen Grundschulen mit den Gesamtquoten, die auf der Basis aller Grundschüler/-innen berechnet werden, identisch.

hen von den wenigen Fällen von Gestattungsanträgen²⁹, verbindlich. Allerdings können sich die ermittelten bildungsrelevanten Belastungen der Grundschulen durch die Nutzung von Überschneidungsbezirken zwischen den Grundschulen verändern, wenn

1. die Zahl der Kinder aus einem Überschneidungsbezirk im Verhältnis zu der Schüler/-innenzahl aus dem „regulären“ Grundschulbezirk der aufnehmenden Schule relativ hoch ist (größer als 15 Prozent) und
2. die bildungsrelevante Sozialbelastung des Überschneidungsbezirks sich signifikant von derjenigen des Grundschulbezirks der aufnehmenden Grundschule unterscheidet.

Nach vorliegenden Informationen nehmen im Berichtsjahr 2013/14 folgende Grundschulen Schüler/-innen aus Überschneidungsbezirken mit höherer Sozialbelastung auf:

- die Anne-Frank-Schule nimmt Schüler/-innen aus dem Lauterborn auf,
- die Uhlandschule nimmt Schüler/-innen aus der Ernst-Böckler-Siedlung auf,
- die Grundschule Buchhügel nimmt Schüler/-innen aus dem Grundschulbezirk der Wilhelmschule auf.

Allerdings ist lediglich von der Anne-Frank-Schule bekannt, dass der Anteil der Grundschüler/-innen aus dem Überschneidungsbezirk mit über 20 Prozent relativ hoch ist. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass deren Anteil an lernschwachen und bildungsbenachteiligten Grundschülern/-schülerinnen höher ist, als der Sozialindexwert des Grundschuleinzugsbezirks der Anne-Frank-Schule ausweist.

Eine Berechnung des Sozialindex, die diese Überschneidungsgebiete einbezieht, ist aufgrund fehlender kleinräumiger Daten gegenwärtig nicht möglich.

Seiteneinsteiger/-innen: Zugewanderte Schüler/-innen, die zuvor nicht im deutschen Bildungssystem beschult wurden, werden als Seiteneinsteiger/-innen bezeichnet. Lediglich in der Wilhelm- und in der Anne-Frank-Schule gibt es je eine Intensivklasse, in der exklusiv Seiteneinsteiger/-

-innen beschult werden. Im Dezember 2014 werden in 12 von 14 Offenbacher Grundschulen insgesamt 274 Seiteneinsteiger/-innen beschult, 31 in Intensivklassen, 243 in begleitenden Intensivkursen. Mit 39 Schülern/-innen hat die Mathildenschule die höchste Zahl an Seiteneinsteiger/-innen. Die Seiteneinsteiger/-innenquoten sind in der Anne-Frank-Schule und der Mathildenschule mit jeweils 12 Prozent am höchsten. Die nächsthöheren Quoten weisen mit knapp 10 Prozent die Wilhelmschule und die Eichendorffschule mit 9 Prozent auf. Mit Ausnahme der Anne-Frank-Schule liegen die Einzugsgebiete dieser Schulen bereits deutlich über dem Durchschnitt der Sozialbelastung in Offenbach.

Für die Anne-Frank-Schule besteht demnach aufgrund der hohen Seiteneinsteiger/-innenquote und dem nicht unerheblichen Anteil von Grundschülern/-schülerinnen aus dem Lauterborn eine Verringerung der Zuverlässigkeit des Sozialindex.

Index bildungsrelevanter sozialer Belastung 2014

Die Entwicklung und Anwendung eines Index zur Bestimmung der Anteile bildungsbenachteiligter Grundschüler/-innen³⁰ verfolgt zwei konkrete Ziele:

- erstens die Ermöglichung fairer Schulleistungsvergleiche (Input-Output-Modell) zwischen den Grundschulen,
- zweitens die ungleiche kleinräumige Verteilung zusätzlicher pädagogischer Ressourcen entsprechend der Ungleichverteilung bildungsbenachteiligter und leistungsschwacher Schüler in den städtischen Grundschulen.

Mit dem Index bildungsrelevanter sozialer Belastung werden die Anteile bildungsferner Haushalte an allen Haushalten mit Kindern in den Grundschuleinzugsbezirken bestimmt. Konzeption und Konstruktion dieses Sozialindex gehen von zwei Prämissen aus:

- Armutsbedrohte und sozial benachteiligte Haushalte in prekären Wohnlagen sind auch bildungsbenachteiligt bzw. produzieren Bildungsbenachteiligung³¹,
- einkommens- und bildungsbenachteiligte Haushalte sind ungleich über die Stadt verteilt.

²⁹ Lediglich in den wenigen Fällen, in denen der Lebensmittelpunkt eines Schulkindes nachweislich nicht in dem Grundschulbezirk, in dem es mit Erstwohnsitz gemeldet ist, liegt, ist seine Beschulung in einer anderen Grundschule auf Antrag möglich.

³⁰ Natürlich können mit diesem Instrument auch die Anteile bildungsbenachteiligter Kinder im Vorschulalter ermittelt werden. Dementsprechend wird das Instrument auch im Kontext der Kindertagesstättenentwicklungsplanung eingesetzt.

³¹ So wird im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konstatiert, dass Kinder mit erhöhtem Armutsrisiko häufiger gesundheitliche Probleme, Verhaltens- und Sprachauffälligkeiten aufweisen. „Am deutlichsten zeigen sich die Armutsfolgen jedoch im Schulerfolg und den schulischen Leistungen“ (Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2005, S. 82).

Der Index setzt sich zusammen aus Prozentanteilen von:

- Mehrgeschosswohnhäusern,
- Haushalten mit drei oder mehr Kindern,
- Haushalten mit mindestens einem ausländischen Elternteil,
- Ein-Eltern-Haushalten.

Die vier genannten Prozentanteile werden jeweils für die 14 Offenbacher Grundschulbezirke berechnet³² und ungewichtet aufaddiert. Niedrige Indexwerte von Grundschulbezirken bedeuten niedrige, hohe Indexwerte bedeuten hohe Anteile von armutsbedrohten Haushalten mit Kindern in belasteten Wohnlagen in den entsprechenden Schulbezirken.

Tabelle C 1.2.1: Index bildungsrelevanter sozialer Belastung von Grundschulbezirken 2014

Grundschulbezirke	Mehrgeschoss- häuser ³³		Haushalte mit Kind/ern unter 18 Jahre (HHK)	davon						Index sozialer Belastung
				HHK mit drei oder mehr Kindern		HHK mit min. einem ausländ. Elternteil		HHK mit nur einem Elternteil		
		%		%		%		%		
Eichendorffschule	474	88,6	1.013	187	18,5	782	77,2	269	26,6	210,8
Mathildenschule	412	75,1	954	157	16,5	756	79,3	219	23,0	193,8
Wilhelmschule	461	75,0	821	134	16,3	618	75,3	216	26,3	192,8
Goetheschule	829	83,0	1.868	281	15,0	1.340	71,7	414	22,2	191,9
Lauterbornschule	274	52,3	1.034	257	24,9	734	71,0	230	22,2	170,4
Humboldtschule	557	55,9	1.071	143	13,4	729	68,1	290	27,1	164,4
Mittelwert des Sozialbelastungsindex 149,8										
Beethovenschule	654	48,2	1.135	167	14,7	650	57,3	282	24,9	145,1
Grundschule Buchhügel	493	43,4	897	133	14,8	540	60,2	214	23,9	142,3
Anne-Frank-Schule	216	30,0	517	76	14,7	305	59,0	131	25,3	129,0
Schule Bieber	885	39,3	1.409	205	14,6	629	44,6	349	24,8	123,3
Waldschule Tempelsee	266	29,5	666	106	15,9	328	49,3	181	27,2	121,8
Uhlandschule	614	39,9	847	87	10,3	316	37,3	219	25,9	113,4
Friedrich-Ebert-Schule	110	23,5	291	27	9,3	147	50,5	69	23,7	107,0
Ernst-Reuter-Schule	313	25,7	761	81	10,6	266	35,0	155	20,4	91,6
Summen	6.558		13.284	2.041		8.140		3.238		
Mittelwerte		50,7			15,0		59,7		24,5	149,8

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

³² Erstmals wurden die vier Belastungsindikatoren, aus denen sich der Sozialindex zusammensetzt, nicht von der Jugendhilfeplanung, sondern dankenswerterweise vom Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Offenbach berechnet und für diesen Bildungsbericht zur Verfügung gestellt.

³³ Die bisherige Berechnung (bis einschließlich Dezember 2013) des Indikators (Anteil der) „Mehrgeschosshäuser“ ging von der Zahl bzw. dem Anteil der Haushalte aus, die in Häusern wohnen, in denen mindestens noch zwei weitere Haushalte wohnen. Dieser Berechnungsmodus wird ab Dezember 2014 durch eine Berechnungsmethode ersetzt, die nicht mehr von den Haushalten, sondern von den Wohnadressen selbst ausgehend, diejenigen bestimmt, in denen drei oder mehr Haushalte mit Erstwohnsitz gemeldet sind. Damit können zwar die bei dem bis dato verwendeten Berechnungsmodus möglichen Fehlzuordnungen vermieden werden, allerdings ist der Vergleich mit den vorherigen Sozialindexwerten nur noch eingeschränkt möglich.

Die Rangfolge der Grundschulbezirke bezüglich ihrer Sozialbelastung hat sich durch die Modifikation des Indikators für Wohndichte nur geringfügig verändert.³⁴ Die auffälligste Veränderung betrifft die durchschnittliche Quote der Haushalte mit mindestens einem ausländischen Elternteil, die sich gegenüber 2012 um 4,1 Prozentpunkte auf 59,7 Prozent erhöht hat.

Sozialindex und Wiederholerquote

Insgesamt haben sich in Offenbach die Anzahl und der Anteil der Wiederholer/-innen im Schuljahr 2013/14 gegenüber dem vorherigen Schuljahr von 78 auf 50 verringert. In drei Grundschulen gibt es gar keine Wiederholer/-innen. Die Zahl der Klassenwiederholer/-innen ist aber in den einzelnen Grundschulen z. T. sehr klein, im Durchschnitt der Grundschulen liegt die Wiederholerquote bei 1,1 Prozent. Deshalb werden die über die vier Grundschuljahre kumulierten Wiederholer-

quoten in Promille ausgedrückt. Die Quoten der Grundschulen variieren von Schuljahr zu Schuljahr erheblich. Niedrige Wiederholerquoten bei starker sozialer Belastung ihrer Einzugsgebiete bzw. der Herkunftsfamilien der Grundschüler/-innen ergeben hohe positive Rangplatzdifferenzen und werden hier als gute Performance (Schülerleistung unter Berücksichtigung ausgänglicher Bildungsbenachteiligung bzw. -privilegierung) verbucht. Hier schneiden die Lauterborn- und insbesondere die Wilhelmschule gut ab. Umgekehrt ergeben hohe Wiederholerquoten bei gleichzeitig niedriger sozialer Belastung der Einzugsgebiete hohe negative Rangplatzdifferenzen. Einen negativen Differenzwert weist die Ernst-Reuter-Schule auf. Die ebenfalls negative Rangplatzdifferenz der Anne-Frank-Schule erklärt sich, zumindest teilweise, aus den relativ hohen Anteilen von Schüler/-innen aus dem sozial belasteten Überschneidungsbezirk Lauterborn und dem ebenfalls relativ hohen Anteil von Seiteneinsteiger/-innen.

Tabelle C 1.2.2: Sozialindex und kumulierte Wiederholerquoten der Grundschulen 2014

Grundschulbezirke	Index sozialer Belastung	Sozialindex Rangplatz	Wiederholerquote (%)	Rangplatz Wiederholerquote	Rangplatzdifferenz
Eichendorffschule	210,3	14	24,6	11	3
Mathildenschule	193,8	13	25,0	12	1
Wilhelmschule	192,8	12	0,0	1	11
Goetheschule	191,9	11	13,4	7	4
Lauterbornschule	170,4	10	7,8	5	5
Humboldtschule	164,4	9	20,1	9	0
Mittelwert des Sozialbelastungsindex 149,8					
Beethovensschule	145,1	8	2,3	2	6
Grundschule Buchhügel	142,3	7	9,2	6	1
Anne-Frank-Schule	129,0	6	24,4	10	-4
Schule Bieber	123,3	5	6,7	4	1
Waldschule Tempelsee	121,8	4	0,0	1	3
Uhlandschule	113,4	3	4,1	3	0
Friedrich-Ebert-Schule	107,0	2	0,0	1	1
Ernst-Reuter-Schule	91,6	1	14,4	8	-7
Mittelwerte	149,8		10,9		

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach, HSL

³⁴ Die Grundschulbezirke Lauterborn und Bieber haben sich um je zwei Rangplätze verbessert.

Tabelle C 1.2.3: Sozialindex und Gymnasialquote nach Grundschulen 2014

Grundschulbezirke	Index sozialer Belastung	Sozialindex Rangplatz	Gymnasialquote (%)	Rangplatz Gymnasialquote	Rangplatzdifferenz
Eichendorffschule	210,3	14	40,7	11	3
Mathildenschule	193,8	13	46,2	9	4
Wilhelschule	192,8	12	49,4	6	6
Goetheschule	191,9	11	48,2	7	4
Lauterbornschule	170,4	10	32,0	13	-3
Humboldtschule	164,4	9	35,1	12	-3
Mittelwert des Sozialbelastungsindex 149,8					
Beethovensschule	145,1	8	55,9	3	5
Grundschule Buchhügel	142,3	7	65,1	2	5
Anne-Frank-Schule	129,0	6	42,9	10	-4
Schule Bieber	123,3	5	51,5	5	0
Waldschule Tempelsee	121,8	4	52,6	4	0
Uhlandschule	113,4	3	47,8	8	-5
Friedrich-Ebert-Schule	107,0	2	35,1	12	-10
Ernst-Reuter-Schule	91,6	1	77,3	1	0
Mittelwerte	149,8		48,6		

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

Sozialindex und Gymnasialüberweisungsquote

Datenbasis der folgenden Analysen der Übergänge von den Grundschulen in Gymnasien sind die allgemeinbildenden Schulen in städtischer Trägerschaft, d. h., Privatschulen bzw. die Übergänge von den Grundschulen dorthin bleiben außer Betracht. Außer Betracht bleiben auch weiterhin die Grundschulempfehlungen sowie die Bildungserfolge der im Schuljahr 2013/14 auf Gymnasien übergehenden Grundschüler/-innen. Zwar stellt der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I eine entscheidende Weichenstellung in der schulischen Bildungsbiografie dar, dennoch ist es, bezogen auf den Schulerfolg in der Sekundarstufe I, lediglich eine Momentaufnahme.

Die Gymnasialüberweisungsquote der 14 Grundschulen steigt gegenüber dem vorherigen Schuljahr im Durchschnitt deutlich auf 48,6 Prozent (+7,1 Prozentpunkte). Eine der sechs Grundschulen mit überdurchschnittlicher sozialer Belastung ihrer Einzugsgebiete erzielt – gemessen an ihrem Sozialindexrangplatz – einen deutlich höheren Rangplatz bezüglich ihrer Gymnasialüberweisungsquote. Umgekehrt weisen zwei Grundschulen mit sozial eher privilegierten Einzugsgebieten hohe negative Rangplatzdifferenzen auf. Allerdings gilt für die Anne-Frank-Schule und eingeschränkt auch für die Uhlandschule, dass die im Sozialindex nicht abgebildeten bildungsbenachteiligten Schüler/-innen aus den Überschneidungsbezirken für diese Rangplatzveränderungen (mit)verantwortlich sein können.

Sozialindex und Gymnasialüberweisungsquoten nach Migrationshintergrund

Entsprechend dem Anstieg der Gymnasialüberweisungsquote gegenüber dem vorherigen Schuljahr sind auch die nach Migrationshintergrund differenzierten Quoten gestiegen. Die Tabelle weist in der dritten Spalte von rechts die Differenzen der Überweisungsquoten von Schülern und Schülerinnen ohne und mit Migrationshintergrund aus. Positive Differenzwerte bedeuten höhere Überweisungsquoten bei den Schülern ohne Migrationshintergrund, negative Differenzwerte bedeuten umgekehrt höhere Überweisungsquoten bei den Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund.

Gemäß dieser Zusammenhangsanalyse bedeuten negative Quotendifferenzen, dass es den entsprechenden Grund-

schulen gut gelingt, soziale bzw. Bildungsbenachteiligung ihrer Schüler/-innen zu kompensieren, bei Differenzwerten nahe Null gelingt es weniger und bei positiven Differenzwerten wird soziale Ungleichheit eher verstärkt. Die durchschnittliche Differenz dieser beiden Quoten hat sich von 5,6 Prozentpunkten auf 8,2 Prozentpunkte erhöht. In der vorletzten Spalte sind die diesen Quotendifferenzen entsprechenden Rangplätze aufgeführt. Lediglich von drei Grundschulen wechseln anteilig mehr Schüler/-innen mit als Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund aufs Gymnasium (dementsprechend belegen sie die oberen drei Rangplätze), im vorherigen Schuljahr waren es noch sechs Grundschulen. In der letzten Tabellenspalte stehen die Rangplatzdifferenzen von Sozialindex und dem Leistungsrang bezüglich der Kompensation von Bildungsbenachteiligung. Die zwei Grundschulen, denen die Kompensation sozialer Benachteiligung am besten gelingt und die zugleich überdurchschnittliche soziale

Tabelle C 1.2.4: Sozialindex und Gymnasialüberweisungsquoten von Grundschulen nach Migrationshintergrund (MH) 2014

Grundschulbezirke	Index sozialer Belastung	Sozialindex Rangplatz	Gymnasialquote ohne MH	Gymnasialquote mit MH	Differenz ohne/mit MH Gym.-quote	Rangplatz der Diff. MH-spez. Gym.-quoten	Rangplatzdifferenz
Eichendorffschule	210,3	14	27,3	42,9	-15,6	2	12
Mathildenschule	193,8	13	75,0	40,9	34,1	14	-1
Wilhelmschule	192,8	12	56,0	46,4	9,6	7	5
Goetheschule	191,9	11	58,1	45,5	12,6	10	1
Lauterbornschule	170,4	10	7,7	35,6	-27,9	1	9
Humboldtschule	164,4	9	50,0	29,6	20,4	11	-2
Mittelwert des Sozialbelastungsindex 149,8							
Beethovensschule	145,1	8	67,9	41,3	26,6	12	-4
Grundschule Buchhügel	142,3	7	70,4	61,1	9,3	6	1
Anne-Frank-Schule	129,0	6	61,5	31,8	29,7	13	-7
Schule Bieber	123,3	5	52,0	51,0	1,0	5	0
Waldschule Tempelsee	121,8	4	50,0	55,6	-5,6	3	1
Uhlandschule	113,4	3	53,6	43,6	10,0	8	-5
Friedrich-Ebert-Schule	107,0	2	38,5	27,3	11,2	9	-7
Ernst-Reuter-Schule	91,6	1	77,3	77,3	0,0	4	-3
Mittelwerte	149,8		53,2	45,0	8,2		

Belastungen aufweisen, erzielen entsprechend die höchsten positiven Rangplatzdifferenzwerte. Die höchsten negativen Werte bei der Rangplatzdifferenz weisen die Friedrich-Ebert- und die Anne-Frank-Schule auf. Dass an letztgenannter Grundschule der Anteil von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund, die auf Gymnasien wechseln, sehr viel niedriger ist als der entsprechende Anteil bei den Schülern und Schülerinnen ohne Migrationshintergrund, hängt höchstwahrscheinlich wiederum mit der Doppelbelastung dieser Schule zusammen (die hohe Zahl der Seiteneinsteiger/-innen und bildungsbenachteiligten Schüler/-innen aus dem Überschneidungsgebiet).

Gymnasialübergänge nach Geschlecht und Migrationshintergrund

Die Analyse des Zusammenhangs von Sozialindex und migrationsspezifischer Gymnasialüberweisungsquote soll Aufschluss darüber geben, inwieweit es den Grundschulen gelingt, soziale Ungleichheit, die sich in ungleichen Bildungschancen niederschlägt, abzubauen. In einem weiteren Analyseschritt wird nachfolgend der Frage nachgegangen, ob sich diese Differenzen der migrationshintergrundspezifischen Gymnasialüberweisungen bei Schülern wie Schülerinnen gleichermaßen finden.

In den Ergebnisspalten der Tabelle C 1.2.5 sind die Quotendifferenzen der geschlechtsspezifischen Gymnasialübergangs-

Tabelle C 1.2.5: Sozialindex und Gymnasialüberweisungsquoten von Grundschulen nach Geschlecht und Migrationshintergrund 2014

Grundschulbezirke	Sozial- index Rang- platz	Gymnasialquoten nach Geschlecht			ohne Migrationshintergrund			mit Migrationshintergrund		
		w	m	davon: Quoten- differenz	w	m	davon: Quoten- differenz	w	m	davon: Quoten- differenz
Eichendorffschule	14	44,7	37,2	7,5	42,9	0,0*	42,9	45,2	41,0	4,2
Mathildenschule	13	70,0	31,3	38,7	100,0*	50,0*	50,0	62,5	28,6	33,9
Wilhelmschule	12	58,0	35,5	22,5	75,0	38,5	36,5	52,6	33,3	19,3
Goetheschule	11	51,5	45,3	6,2	75,0	40,0	35,0	44,0	46,7	-2,7
Lauterbornschule	10	30,0	34,0	-4,0	0,0*	11,1	-11,1	32,6	38,6	-6,0
Humboldtschule	9	38,5	31,4	7,1	40,0	60,0	-20,0	37,9	20,0	17,9
Mittelwert des Sozialbelastungsindex 149,8										
Beethovensschule	8	51,9	60,0	-8,1	70,4	65,5	4,9	32,0	52,4	-20,4
Grundschule Buchhügel	7	57,1	75,0	-17,3	64,7	80,0	-15,4	50,0	72,2	-22,2
Anne-Frank-Schule	6	26,1	75,0	-48,9	62,5	60,0	2,5	6,7	85,7	-79,0
Schule Bieber	5	54,2	49,0	5,2	51,9	52,2	-0,3	57,1	46,4	10,7
Waldschule Tempelsee	4	56,0	50,0	6,0	50,0	50,0	0,0	61,5	50,0	11,5
Uhlandschule	3	48,4	47,2	1,2	58,3	50,0	8,3	42,1	45,0	-2,9
Friedrich-Ebert-Schule	2	28,6	43,8	-15,2	35,7	41,7	-6,0	14,3	50,0*	-35,7
Ernst-Reuter-Schule	1	89,5	68,0	21,5	77,8	76,9	0,9	100	58,3	41,7
Mittelwerte der Grundschulquoten		50,3	48,8	1,5	61,9	52,0	9,9	45,6	47,7	-2,1

* Übergängerpolygon kleiner fünf.

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

quoten aufgeführt. Positive Differenzwerte bedeuten, dass Schülerinnen entsprechend höhere Überweisungsquoten aufweisen, negative Differenzwerte bedeuten umgekehrt, dass Schülerinnen entsprechend niedrigere Überweisungsquoten aufweisen.

Wie die erste Quotendifferenzspalte zeigt, liegen die Gymnasialüberweisungsquoten der weiblichen über denjenigen der männlichen Grundschüler. Die durchschnittliche geschlechtsspezifische Quotendifferenz der Grundschulen beträgt allerdings nur +1,5 Prozentpunkte. Eine der Ursachen für diese niedrige Differenz liegt in dem extrem hohen negativen Quotendifferenzwert der Anne-Frank-Schule, dort wechselt lediglich rund ein Viertel der Schülerinnen aufs Gymnasium während es bei den Schülern drei Viertel sind. Der dadurch bedingte Quotendifferenzwert von -48,9 Prozentpunkten zieht den Gesamtdurchschnitt nach unten. Die überdurchschnittliche Seiteneinsteigerquote dieser Grundschule kann hier nicht zur Erklärung herangezogen werden, denn in der Mathildenschule, deren Seiteneinsteigerquote ebenso hoch ist, wechseln mehr als zwei Drittel der weiblichen, aber nur knapp ein Drittel der männlichen Schüler auf Gymnasien, dementsprechend liegt deren Quotendifferenzwert bei +38,7 Prozentpunkten. Wie diese beiden Beispiele zeigen, geben die Offenbacher Grundschulen bei der geschlechtsspezifischen Differenz der Gymnasialüberweisungsquoten ein sehr uneinheitliches Bild ab.

Von den insgesamt 1.010 Grundschulübergänger/-innen weisen 654, das entspricht einem Anteil von 64,75 Prozent, einen Migrationshintergrund auf. Neben Schülern nichtdeutscher Nationalität haben auch deutsche Schüler, sofern mindestens ein Elternteil ihrer Herkunftsfamilie nicht in Deutschland geboren wurde, einen Migrationshintergrund.³⁵ Der Blick auf die geschlechtsspezifische Mittelwertdifferenz der Gymnasialüberweisungsquoten der Grundschulen nach Migrationshintergrund (siehe zweite und dritte Tabellenspalte „Quotendifferenz“) zeigt: Die geschlechtsspezifische Quotendifferenz der Gymnasialüberweisungen beträgt bei den Schülern ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt der Grundschulen +9,9 Prozentpunkte zugunsten der weiblichen Schüler. Trotzdem weisen fünf Grundschulen negative Quotendifferenzen auf, d. h., dass dort anteilig mehr männliche als weibliche Schüler auf Gymnasien wechseln.

Die durchschnittliche geschlechtsspezifische Differenz der Gymnasialüberweisungsquoten der Grundschulen beträgt bei den Schülern mit Migrationshintergrund dagegen -2,1 Prozentpunkte zulasten der weiblichen Schüler. Die Hälfte der Offenbacher Grundschulen weist negative Quotendifferenzen – teilweise in extremer Höhe – auf, anteilig wechseln in diesen Schulen also deutlich mehr männliche als weibliche Schüler mit Migrationshintergrund auf Gymnasien.

Die Betrachtung der geschlechtsspezifischen Gymnasialüberweisungsquoten der Grundschüler ohne und mit Migrationshintergrund zeigt, dass erstens Schülerinnen in der Population ohne Migrationshintergrund deutlich erfolgreicher als Schüler sind, und dass zweitens im Gegensatz dazu in der Population mit Migrationshintergrund weibliche Schüler weniger erfolgreich als männliche Schüler sind. Dass diese relativ niedrige negative geschlechtsspezifische Quotendifferenz die Gesamtquotendifferenz so stark absenkt (auf im Durchschnitt +1,5 Prozentpunkte), liegt schlicht daran, dass zwei Drittel aller weiblichen Übergänger einen Migrationshintergrund haben. Dieser negative, die Quotendifferenz zugunsten weiblicher Schüler absenkende Effekt, den die weiblichen Schüler mit Migrationshintergrund auf die geschlechtsspezifische Quotendifferenz der Gymnasialüberweisungen haben, wird am Beispiel der Anne-Frank-Schule exemplarisch deutlich. Diese Grundschule fällt ja, wie schon gezeigt, durch eine äußerst ungünstige geschlechtsspezifische Quotendifferenz von -48,9 auf. Die Differenzierung nach Migrationshintergrund zeigt, dass die geschlechtsspezifische Quotendifferenz bei den bei den Übergängern und -gängerinnen ohne Migrationshintergrund +2,5 Prozentpunkte beträgt, dagegen beträgt sie bei den bei den Übergängern und -gängerinnen mit Migrationshintergrund -79,0 Prozentpunkte.

In der bisherigen Analyse werden die Übergänger/-innen mit und ohne Migrationshintergrund und ihre geschlechtsspezifischen Gymnasialüberweisungsquoten in den Grundschulen betrachtet. Nachfolgend werden die 1.010 Übergänger/-innen aus den Offenbacher Grundschulen insgesamt betrachtet. Sie setzen sich aus 356 Schülern ohne und 654 Schülern mit Migrationshintergrund, das entspricht einem Anteil von 64,75 Prozent, zusammen.³⁶ Vergleicht man die Gymnasialübergangsquoten innerhalb der Geschlechter nach Migrationshintergrund, wird die dramatische Bildungsbenachteiligung

³⁵ Neben dieser Definition wird die Verkehrssprache in der Herkunftsfamilie für die Bestimmung des Migrationshintergrundes verwendet.

³⁶ Die in der folgenden Tabelle dargestellten Gymnasialüberweisungsquoten aller 1.010 Übergänge stimmen nicht mit den Durchschnittsquoten der Grundschulen in der Tabelle C 1.2.5 überein. Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Übergängerzahlen aller 14 Grundschulen gleich wären. Tatsächlich schwanken sie aber zwischen 26 und 103 Schülern.

³⁷ Wie zu Beginn der Analyse der Gymnasialüberweisungsquoten ausgeführt wurde, bleiben dabei die privaten Schulen, aber auch die weiteren gymnasialen Bildungsverläufe, außer Betracht. Die Einbeziehung der Schülerinnen mit Migrationshintergrund, welche die private Marienschule (eine kooperative Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe für Mädchen) besuchen, und ebenso die vergleichende Einbeziehung der Abgänger und Wiederholer in den Gymnasien würden die Bildungsbenachteiligung der weiblichen Schüler mit Migrationshintergrund für die Sekundarstufe I insgesamt wahrscheinlich relativieren.

Tabelle C 1.2.6: Gymnasialüberweisungsquoten nach Geschlecht und Migrationshintergrund im Schuljahr 2013/14

Migrationshintergrund	Geschlecht		Quotendifferenz nach Geschlecht
	weiblich	männlich	
Übergänger/-innen ohne MH	58,8% (von 177)	52,0% (von 179)	+6,8
Übergänger/-innen mit MH	43,6% (von 330)	44,4% (von 324)	-0,8
Quotendifferenz nach Migrationshintergrund	-15,2	-7,6	

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

gung der weiblichen Übergänger mit Migrationshintergrund deutlich.³⁷

Die migrationsspezifische Quotendifferenz innerhalb der weiblichen Schülerschaft beträgt -15,2 Prozentpunkte zulasten der Schülerinnen mit Migrationshintergrund. Dagegen beträgt die migrationsspezifische Quotendifferenz innerhalb der männlichen Schülerschaft lediglich -7,6 Prozentpunkte zulasten der Schüler mit Migrationshintergrund. Die Benachteiligung der Schülerschaft mit Migrationshintergrund gegenüber derjenigen ohne Migrationshintergrund ist ergo bei den Schülerinnen exakt doppelt so stark wie bei den Schülern.

Die Analyse der Interaktion von Geschlecht und Migrationshintergrund ergibt, dass Schülerinnen mit Migrationshintergrund im Gegensatz zu Schülerinnen ohne Migrationshintergrund beim Übergang von der Grundschule an die weiterführende Schule nicht zu den Bildungsgewinnern zählen. Selbst im Vergleich zu den üblicherweise alsungsverlierer gehandelten männlichen Schülern mit Migrationshintergrund schneiden weibliche Schüler mit Migrationshintergrund bei den Gymnasialüberweisungsquoten schlechter ab. Ein überkommenes Verständnis von Geschlechterrollen in den Herkunftsfamilien mit Migrationshintergrund könnte für diese Benachteiligung von Schülerinnen ursächlich sein – eine mögliche Erklärung bzw. Hypothese, die mittels der aktuell für die Offenbacher Bildungsberichterstattung zur Verfügung stehenden Informationen nicht überprüft werden kann. Die Prüfung dieser Hypothese kann auf zwei Ebenen, den Gesamtübergängen und den grundschulspezifischen Übergängen, erfolgen:

1. Die Gymnasialempfehlungen der Grundschulen insgesamt, differenziert nach Migrationshintergrund und Geschlecht, müssten zunächst mit den faktischen Gymnasialübergängen abgeglichen werden. Falls die negativen Abweichungen für weibliche Übergänger mit Migrationshintergrund größer als bei den übrigen Übergängern sind, kann die Hypothese als verifiziert gelten. Ist dies nicht der Fall, ist damit die Hypothese noch nicht falsifiziert, ursächlich könnte auch die erhebliche Variation der Gymnasialübergangsquoten von Schülerinnen mit Migrationshintergrund zwischen den Grundschulen sein (s. Tabelle C 1.2.5).
2. Auf der Ebene der Gymnasialüberweisungsquoten der 14 Offenbacher Grundschulen müssten die Abweichungen von Gymnasialempfehlung und Gymnasialübergang bei den Schülerinnen mit Migrationshintergrund jeweils mit den Zusammensetzungen der Familien nach Herkunftsland in den einzelnen Grundschulen abgeglichen werden. Auf diesem Wege können mögliche kulturspezifische Geschlechtsrollenmuster sichtbar gemacht werden.

Das Ergebnis, dass am Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule insbesondere die Mädchen mit Migrationshintergrund benachteiligt sind, verdient eine genauere Betrachtung und Analyse der möglichen Ursachen, wie sie vorstehend skizziert wurde, möglicherweise in Gestalt einer empirischen Studie zu diesem Thema. Unabhängig davon wird auch die Offenbacher Bildungsberichterstattung die Bildungsbiografien von Schülerinnen mit Migrationshintergrund stärker in den Blick zu nehmen haben (vgl. Kapitel C, Abschnitt 1.9).

1.3 Bildungsübergänge

Bildungsübergänge stellen für alle Beteiligten Herausforderungen dar. Gelingende Übergänge sind wichtig für die individuelle Bildungsbiografie. Auf die Gestaltung hat auch die Kommune Einfluss, z. B. durch Schulentwicklungsplanung oder durch die Koordinierung von Maßnahmen der beteiligten Akteure – Schüler/-innen, Eltern und Lehrkräfte.

Übergang von der Grundschule an die weiterführende Schule

Die Übergänge basieren, wie im vorangehenden Abschnitt bereits dargestellt, auf der Entscheidung der Eltern. Eltern können allerdings nach dem Hessischen Schulgesetz nur den Bildungsgang bestimmen; die Schulform und die Schule können sie zwar wählen, aber diese Wahl ist für das Staatliche Schulamt nicht bindend, wenn bspw. zwischen Nachfrage und Angebot eine Differenz besteht.

Tabelle C 1.3.1: Übergangsquoten von der Grundschule auf weiterführende Schulen nach Migrationshintergrund im Schuljahr 2013/14

Schulform der Zielschule	gesamt (N=1.006)	ohne Migrationshintergrund (n=368)	mit Migrationshintergrund (n=638)
Förderstufen*	146	14,5%	12,2%
Gymnasien	495	49,2%	45,5%
IGS	365	36,3%	38,7%
Summe	1.006	100%	100%

* Für Schüler/-innen, die in der Stadt Offenbach nach der Grundschule an eine Haupt- und Realschule wechseln, ist eine zweijährige Förderstufe obligatorisch.

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

So wünschen sich die Eltern für die Grundschüler/-innen zu 43,2 Prozent einen Wechsel an eine IGS, zu 40,7 Prozent an ein Gymnasium und zu 16,1 Prozent an eine Förderstufe.³⁸ Aber 147 dieser Aufnahmeanträge an weiterführenden Schulen konnten im Schuljahr 2013/14 nicht positiv beschieden werden (z. B. konnten 49 Kinder keine IGS besuchen).³⁹

1.006 Schüler/-innen wechselten im Schuljahr 2013/14 an weiterführende Schulen mit folgender Verteilung: Fast die Hälfte geht an Gymnasien, ein gutes Drittel an IGS über; nur noch 14,5 Prozent wechseln an eine Förderstufe. Wie im Vorjahr⁴⁰ wird das Gymnasium auch von Schülern und Schülerinnen

mit Migrationshintergrund am häufigsten besucht. Die Differenz zu den Gymnasial-Übergängern und -Übergängerinnen ohne Migrationshintergrund hat sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls nicht verändert. Sie beträgt rund 10 Prozentpunkte.

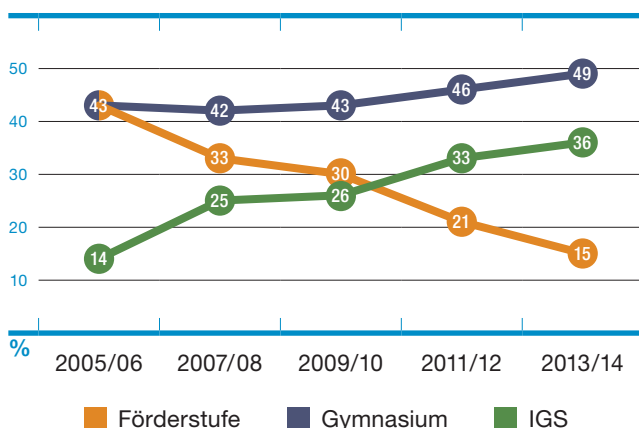
Abbildung C 1.3.1 zum Zeitverlauf gibt die Entwicklung der Offenbacher Schullandschaft der vergangenen Jahre wieder: Die schrumpfenden Anteile der Übergänge an Förderstufen sind komplementär zu den steigenden Anteilen an Übergängen an die IGS zu sehen. Die Übergangsquoten an Gymnasien sind in den vergangenen Jahren moderat gewachsen.

Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II

Aus den Abschlussklassen der Sekundarstufe I an Realschulen, IGS und Gymnasien gehen 477 Schüler/-innen an die gymnasiale Oberstufe über, das sind 56,5 Prozent. Diese Übergangsquote liegt in Offenbach 9 Prozentpunkte über der Hessenquote. Noch größer ist die Differenz beim Übergang von der Realschule: Hessenweit gehen nur 10 Prozent der Schüler/-innen nach der Realschule in die gymnasiale Oberstufe über, in Offenbach hingegen fast ein Viertel.

Bezogen auf die Übergangsquote in die gymnasiale Oberstufe insgesamt lässt sich in folgender Abbildung feststellen, dass die Hessenquoten in den ausgewählten Jahren unter denen der hessischen Großstädte liegen. Auf gleichem Niveau rangieren die Übergangsquoten in Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden. Weit höher fallen die Quotenwerte für Darmstadt aus.

Abbildung C 1.3.1: Übergangsquoten auf weiterführende Schulen von 2005/06 bis 2013/14 (in Prozent)



Quelle: EBO 2006, EBO 2008, HSL D 12.1, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 8.10.2015

³⁸ Erstwünsche der Eltern (Durchschnittswert der Schuljahre 2008/09–2013/14), vgl. Schulentwicklungsplan der Stadt Offenbach, 2013, Allgemeinbildende Schulen, S. 57 f.

³⁹ Vgl. a. a. O., S. 58 f.

⁴⁰ Vgl. Datenbericht Offenbach 2014, S. 15.

Abbildung C 1.3.2: Übergangsquoten von der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe in Hessen, Offenbach und weiteren Großstädten – seit 2009/10

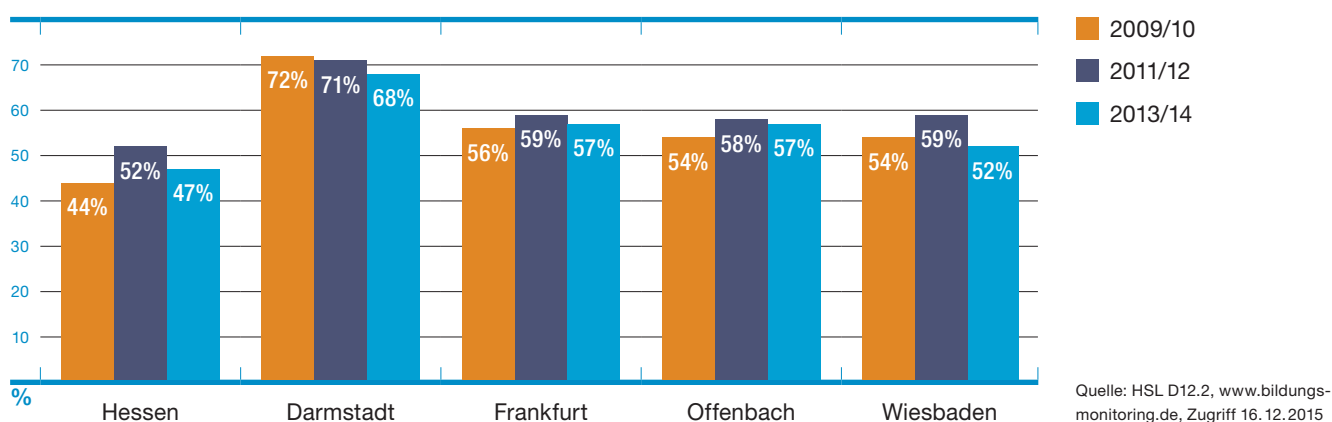


Tabelle C 1.3.2: Übergangsquote von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Gymnasien 2013/14

	Offenbach			Hessen
	Schüler/-innen in Abschlussklassen der SEK I 2012/13	Übergänge in die Oberstufe 2013/14		
		absolut	in %	in %
Realschule	220	53	24,1	10,4
IGS	206	63	30,6	27,2
Gymnasium	418	361	86,4	84,6
insgesamt	844	477	56,5	47,3

Quelle: HSL D12.2, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 17.11.2015

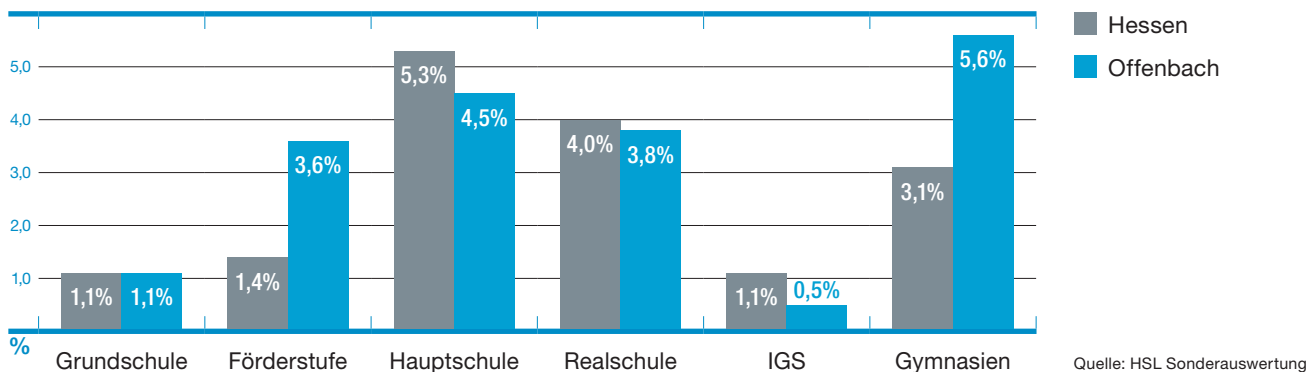
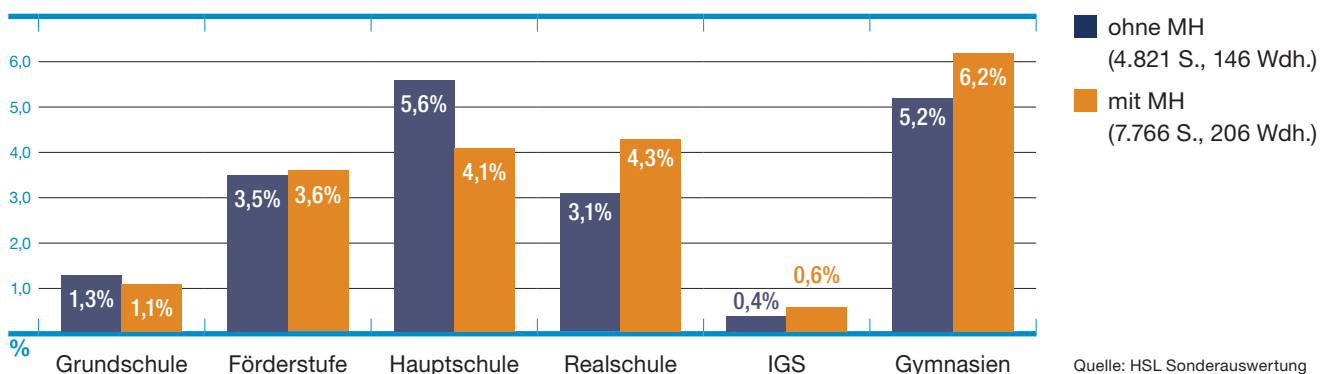
1.4 Klassenwiederholungen

Die Häufigkeit von Klassenwiederholungen gibt Hinweise auf den Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen und daraus lässt sich beispielsweise ein Förderbedarf ableiten.

Im Schuljahr 2013/14 wiederholen 352 von insgesamt 12.587 Schülern/-innen an allgemeinbildenden Schulen (ohne Eingangsstufe und Förderschule) eine Klassenstufe, das sind 2,8 Prozent. Die Wiederholerquote liegt damit 0,5 Prozentpunkte unter dem Hessenschnitt. Von den Schüler/-innen, die eine Klasse wiederholen, haben 206 einen Migrationshintergrund, das sind 59 Prozent der Wiederholungen. Dieser Anteil liegt geringfügig unter dem Anteil der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund an der Gesamtschülerschaft (61 Prozent). Gegenüber dem Schuljahr 2011/12 fallen die Wiederholerquoten in Offenbach insgesamt (2011/12: 3,2 Prozent), wie auch für die einzelnen Schulformen mit Ausnahme der Förderstufe niedriger aus.

Im Schuljahr 2013/14 findet sich der höchste Anteil an Klassenwiederholungen mit 5,6 Prozent an Gymnasien (213 Wiederholungen bei 3.774 Schüler/-innen). Es folgen die Hauptschulen mit 4,5 Prozent (23 Wiederholungen bei 513 Schüler/-innen) und die Realschulen mit 3,8 Prozent (28 Wiederholungen bei 741 Schüler/-innen). Dass die Gesamtquote trotz dieser hohen Werte für einzelne Schulformen so gering ist, erklärt sich aus den entsprechend niedrigen Wiederholerquoten an den stark frequentierten Grundschulen (1,1 Prozent) und IGS (0,5 Prozent). An Gymnasien in Offenbach ist die Wiederholerquote von 2010/11 bis 2013/14 um 0,3 Prozentpunkte und an Förderstufen um 0,9 Prozentpunkte gestiegen.

Im Vergleich zu den hessischen Wiederholerquoten (s. folgende Abbildung) ergeben sich die größten Quotendifferenzen für Gymnasien und die Förderstufe. In beiden Fällen liegt die Offenbacher Wiederholerquote mehr als 2 Prozentpunkte über der hessenweiten.

Abbildung C 1.4.1: Wiederholerquoten nach Schulformen im Schuljahr 2013/14 – Offenbach und Hessen im Vergleich**Abbildung C 1.4.2: Wiederholerquoten nach Schulformen und Migrationshintergrund im Schuljahr 2013/14**

Die Wiederholerquote für die Gruppe der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund (2,7 Prozent) ist in Offenbach im Berichtsjahr etwas niedriger als diejenige für die Gruppe der Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund (3 Prozent). Für die einzelnen Schulformen ergibt sich folgendes Bild: An Gymna-

sien und Realschulen liegen die Wiederholerquoten von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund deutlich über der Quote der Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund; an den Hauptschulen kehrt sich die Rangfolge um.

Im Vergleich zu den Vorjahren lässt sich feststellen, dass sich die Wiederholerquoten von Gymnasiasten mit und ohne Migrationshintergrund annähern.⁴¹

Tabelle C 1.5.1a: Schulartwechsel (aufwärts) in den Klassenstufen 7 bis 9 2013/14⁴²

Haupt- → Realschule:	3 Wechsel	0,6%	(2011/12: 8)
Hauptschule → IGS:	3 Wechsel	0,2%	(2011/12: 6)
Realschule → IGS*:	3 Wechsel	0,2%	(2011/12: 7)
Realschule → Gymnasium:	3 Wechsel	0,2%	(2011/12: 2)
IGS → Gymnasium:			(2011/12: 1)
gesamt	12 Wechsel		(2011/12: 24)

* Wechsel auf gleicher Ebene (weder ab- noch aufwärts).

Quelle: HSL D12.3, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 8. 10. 2015

1.5 Schulartwechsel

Daten zu individuellen Schullaufbahnen stehen nicht zur Verfügung. Aus diesem Grund werden Schulartwechsel der 7. bis 9. Klassen und ihre Quoten zu Indikatoren für Bildungsverläufe an Schulen herangezogen, die auch interkommunale Vergleiche zulassen.

Die Tabellen machen deutlich, dass bei den Schulartwechseln die Abwärtsmobilität (58 Wechsel) höher ist als die Aufwärtsmobilität (12 Wechsel). Insgesamt sind im Vergleich

⁴¹ Vgl. Datenbericht 2012, S. 19 und 2014, S. 16: In beiden Berichtsjahren beträgt die Quotendifferenz 2,5 Prozentpunkte.

⁴² Die Schüler/-innen, die die Schulform gewechselt haben, werden in der Statistik als Schülerschaft der Zielschule ausgewiesen. Sie befinden sich im Schuljahr 2013/14 bereits an der Zielschule. Deshalb bildet die Schülerschaft der Zielschule die Prozentuierungsbasis.

Tabelle C 1.5.1b: Schultartwechsel (abwärts) in den Klassenstufen 7 bis 9 2013/14

Real- → Hauptschule:	14 Wechsel	2,7%	(2011/12: 24)
IGS → Hauptschule:	6 Wechsel	0,5%	(2011/12: 6)
IGS → Realschule*:	1 Wechsel	0,1%	(2011/12: 8)
Gymnasium → Realschule:	23 Wechsel	4,4%	(2011/12: 41)
Gymnasium → IGS:	14 Wechsel	2,7%	(2011/12: 13)
gesamt	58 Wechsel		(2011/12: 92)

* Wechsel auf gleicher Ebene (weder ab- noch aufwärts).

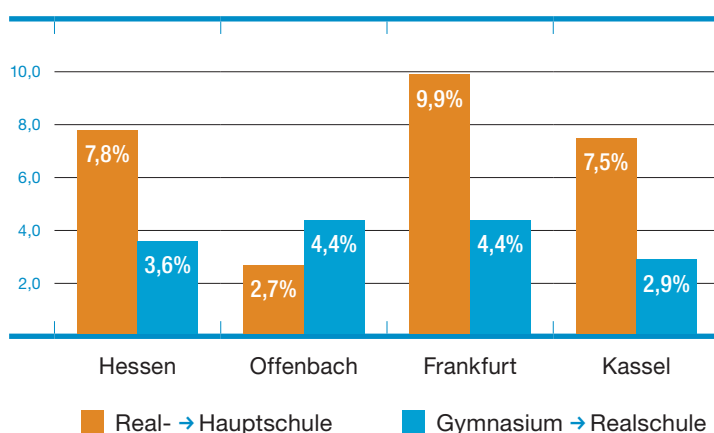
Quelle: HSL D12.3, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 8. 10. 2015

zum Schuljahr 2011/12 deutlich weniger Schultartwechsel zu verzeichnen: die Aufwärtswechsel haben sich halbiert (von 24 auf 12) und die Abwärtswechsel haben sich um 37 Prozent verringert (von 92 auf 58).

In Abbildung C 1.5.1 werden die Offenbacher Quoten der Wechsel von der Realschule zur Hauptschule und vom Gymnasium zur Realschule im Vergleich zu anderen hessischen Großstädten dargestellt.

Im Vergleich zu den hessischen Großstädten Frankfurt und Kassel, aber auch zum Hessendurchschnitt, fällt die Quote für

Abbildung C 1.5.1: Ausgewählte Quoten der Schultartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9 in hessischen Großstädten 2013/14 (Abwärtsmobilität)



Quelle: HSL D12.3, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 8. 10. 2015

Schultartwechsel von der Realschule zur Hauptschule in Offenbach auffällig niedriger aus (–4,8 bis –7,2 Prozentpunkte). Die Quoten schwanken zwischen 2,7 Prozent in Offenbach und 9,9 Prozent in Frankfurt. Die Höhe dieser Quoten ist auch begründet in den geringen Schülerzahlen in der Zielschule – in diesem Falle der Hauptschule.⁴³ Die Schultartwechsel-Quoten vom Gymnasium an die Realschule liegen mit 2,9 bis 4,4 Prozent näher beieinander. An der Spitze gleichauf liegen Offenbach und Frankfurt.

1.6 Seiteneinsteiger/-innen in Offenbacher Schulen in der Sekundarstufe I

Seiteneinsteiger/-innen sind zugewanderte Schüler/-innen, die zuvor nicht im deutschen Bildungssystem beschult worden sind. Zum 1. Dezember 2014 verzeichnen die allgemeinbildenden Schulen in Offenbach insgesamt 604 Seiteneinsteiger/-innen (2012: 174), die zu 45 Prozent in Grundschulen und zu 55 Prozent an weiterführenden Schulen in Intensivklassen oder Intensivkursen⁴⁴ beschult werden (vgl. Tabelle C 1.6.1 im Anhang).

241 Seiteneinsteiger/-innen besuchen zum Stichtag 17 **Intensivklassen** vorwiegend an weiterführenden Schulen in der Stadt Offenbach. Intensivklassen sind eigene Lerngruppen für 12 bis 16 Schülern/-innen, die mindestens 28 Wochenstunden unterrichtet werden. Ziel ist es, den Erwerb und den Gebrauch der deutschen Sprache zu fördern, so dass die Eingliederung in den Unterricht einer Regelklasse möglich wird. Eine Teilnahme der Schüler/-innen am Unterricht anderer Klassen derselben Schule ist in einzelnen Unterrichtsfächern möglich. Die Schulen entscheiden in der Regel selbst nach einem Jahr über die Klassenzuweisung und Schulform für die Schüler und Schülerinnen. Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum⁴⁵ hat sich die Anzahl der Intensivklassen fast verdoppelt. Alleine die Bachschule zählt im Dezember 2014 vier Intensivklassen für 62 Seiteneinsteiger/-innen.

Die **Intensivkurse** unterscheiden sich von den Intensivklassen: Es sind Lerngruppen mit in der Regel nicht mehr als 12 Schüler/-innen, die vorläufig einer Regelklasse zugeordnet sind. Sie bekommen mindestens 12 Wochenstunden Unterricht für den

⁴³ Vgl. Fußnote zuvor; wenn bspw. viele Realschüler/-innen an Hauptschulen wechseln, die jedoch insgesamt nur wenige Schüler/-innen zählen, führt das dazu, dass diese „Wechsler“ einen relativ großen Anteil der Hauptschüler/-innen insgesamt ausmachen.

⁴⁴ Zu Intensivklassen/Intensivkursen vgl. ausführlich <https://kultusministerium.hessen.de/schule/individuelle-foerderung/sprachfoerderung/intensivklassen-und-intensivkurse> (Zugriff: 6. 1. 2016).

⁴⁵ Vgl. EBO 2013, S. 41.

Erwerb der deutschen Sprache. Insgesamt besuchen 363 Seiteneinsteiger/-innen Ende 2014 einen Intensivkurs, zu 66 Prozent in einer Grundschule.

1.7 Inklusive Bildung an Schulen

2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) in Kraft getreten. Das Handlungsfeld „Bildung“ wird in Artikel 24 näher bestimmt. Demnach soll sichergestellt werden, dass keine Menschen mit Behinderung „vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden.“⁴⁶

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach hat im Dezember 2011 beschlossen, dass im EBO über die Fortschritte bei der schulischen Inklusion berichtet werden soll. Der Schulträger steht bei den inhaltlichen und baulichen Fragen im Austausch mit den Schulen und dem Staatlichen Schulamt. Im Oktober 2013 hat der Magistrat zudem die Erarbeitung eines Kommunalen Aktionsplans Inklusion beschlossen.

Die inklusive Beschulung wird in § 51 des Hessischen Schulgesetzes geregelt. Grundlagen für die Entwicklung des inklusiven Unterrichts bilden die Erfahrungen des „Gemeinsamen Unterrichts“ (GU) in den allgemeinbildenden Schulen sowie die Erfahrungen im Rahmen der präventiven Arbeit durch die Beratungs- und Förderzentren. Das Hessische Statistische Landesamt hält Daten zum „Gemeinsamen Unterricht“ an allgemeinbildenden Schulen sowie zur Entwicklung der Schülerschaft an den drei staatlichen und einer privaten För-

derschulen⁴⁷ in der Stadt Offenbach bereit, die folgend ausgewertet werden.

Der Anteil der Förderschüler/-innen an der Offenbacher Schülerschaft der allgemeinbildenden Schulen insgesamt lag seit dem Schuljahr 2005/06 bei über 5 Prozent; 2011/12 liegt er erstmals darunter. Vom Schuljahr 2011/12 bis 2013/14 steigt der Anteil wieder leicht um 0,2 Prozent auf 4,8 Prozent.

Zu beobachten sind ebenfalls Übergänge von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen und umgekehrt. Im Schuljahr 2013/14 wechseln 23 Förderschüler/-innen an allgemeinbildende Schulen – darunter fünf an Grundschulen, vier an Hauptschulen, zwei an Realschulen, zehn an die IGS und zwei an Gymnasien. Das entspricht einer Quote von 3,7 Prozent (von 633 Förderschüler/-innen). Im Gegenzug nimmt die Förderschule 42 Schüler/-innen von allgemeinbildenden Schulen auf: 22 besuchten Grundschulen, einer eine Hauptschule, sieben Realschulen, sechs Gymnasien und sechs IGS. Das entspricht einer Quote von 6,6 Prozent (von 633 Förderschüler/-innen).

Die beiden Abbildungen C 1.7.1/2 zeigen, dass Wechsel an die Förderschulen nicht nur in Offenbach überwiegen. Im Vergleich zu Frankfurt oder dem Hessenschnitt fallen diese Quoten aber geringer aus. Und analog dazu liegen die Übergangsquoten von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen in Offenbach höher. Das lässt eine höhere Durchlässigkeit oder bessere Überprüfungsverfahren vermuten.

Im Berichtsjahr wird an 17 allgemeinbildenden Schulen in Offenbach „Gemeinsamer Unterricht“ (GU) umgesetzt, somit an fünf Schulen mehr als 2011/12. Insgesamt nahmen 143 Schüler/-innen im Schuljahr 2013/14 am „Gemeinsamen Unterricht“ teil.⁴⁸ Ihr Anteil an der Schülerschaft (ohne Förder-

Tabelle C 1.7.1: Schüler/-innen an Förderschulen in Offenbach 2005/06 bis 2013/14

	2005/06*	2007/08	2009/10	2011/12	2013/14
Gesamtschülerschaft	11.967	12.926	13.172	13.152	13.220
Schüler/-innen an Förderschulen	634	646	664	601	633
in %	5,3%	5%	5%	4,6%	4,8%

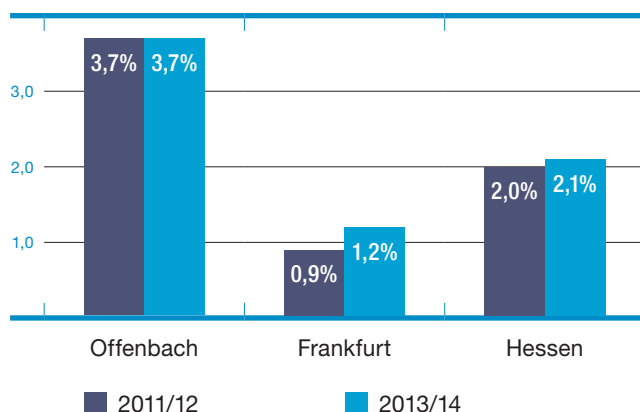
* Ohne Schülerschaft von Privatschulen.

Quelle: HSL, EBO 2008 (S. 22), EBO 2011 (S. 109f), EBO 2013 (S. 42)

⁴⁶ <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a729-un-konvention.html> (letzter Zugriff am 3. 2. 2016).

⁴⁷ Vgl. zu den Schwerpunkten der Förderschulen EBO 2013, S. 41 f.

Abbildung C 1.7.1: Übergangsquoten von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen

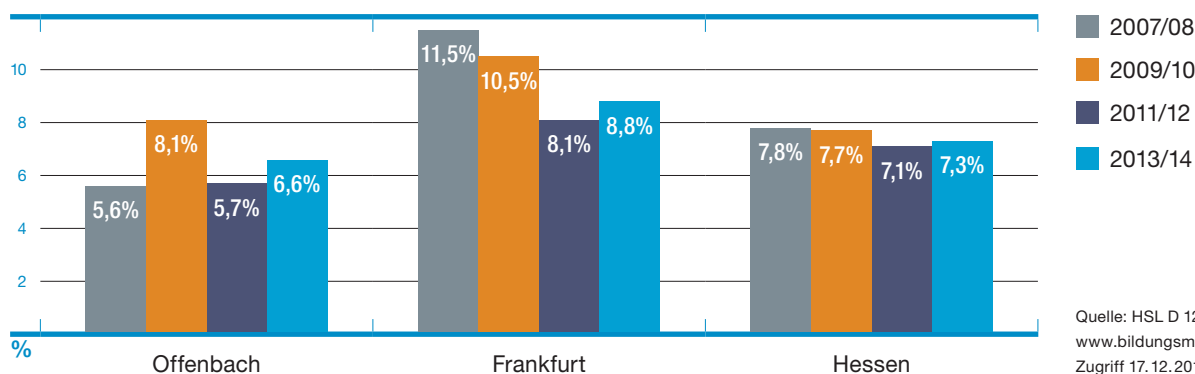


Quelle: HSL D 12.4b, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 17.12.2015

schulen) insgesamt beträgt somit 1,1 Prozent und hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die 143 Schüler/-innen im Schuljahr 2013/14 sind zu 69 Prozent männlich (Hessen: 68 Prozent). 64 Prozent verfügen über einen Migrationshintergrund (Hessen: 33 Prozent), das sind 7 Prozent mehr als im Schuljahr 2011/12.

Im Vergleich zum Schuljahr 2011/12 ist der Anteil der Schüler/-innen im „Gemeinsamen Unterricht“ fast doppelt so groß. Insgesamt liegt die Quote bei 1,1 Prozent, darüber liegen die Quoten an Hauptschulen, IGS und Förderstufen; darunter die Quoten an Grundschulen und Realschulen. An Offenbacher Gymnasien wird „Gemeinsamer Unterricht“ im Berichtsjahr nicht angeboten.

Abbildung C 1.7.2: Übergangsquoten von allgemeinbildenden Schulen an Förderschulen



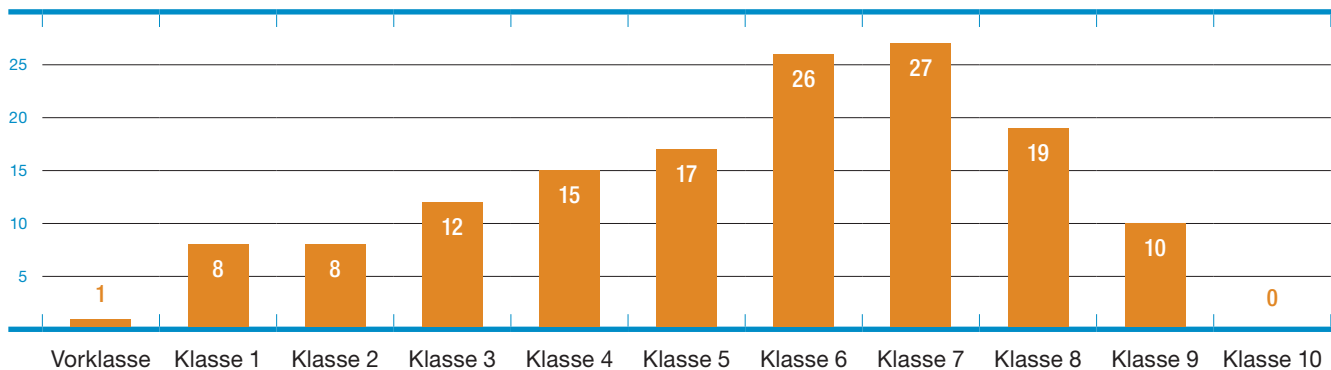
Quelle: HSL D 12.4a, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 17.12.2015

Tabelle C 1.7.2: Schüler/-innen mit festgestelltem Förderbedarf im „Gemeinsamen Unterricht“ im Schuljahr 2013/14

	Schüler/-innen gesamt	davon im GU	in %	Veränderung zu 2011/12 in %
Grundschulen	4.704	44	0,9	+0,4
Hauptschulen	513	18	3,5	+2,2
Förderstufen	612	13	2,1	+1,2
Realschulen	741	3	0,4	+0,3
Gymnasien	3.774	0		
IGS	2.243	65	2,9	+0,9
Gesamtergebnis	12.587	143	1,1	+0,5

Quelle: HSL Sonderauswertung

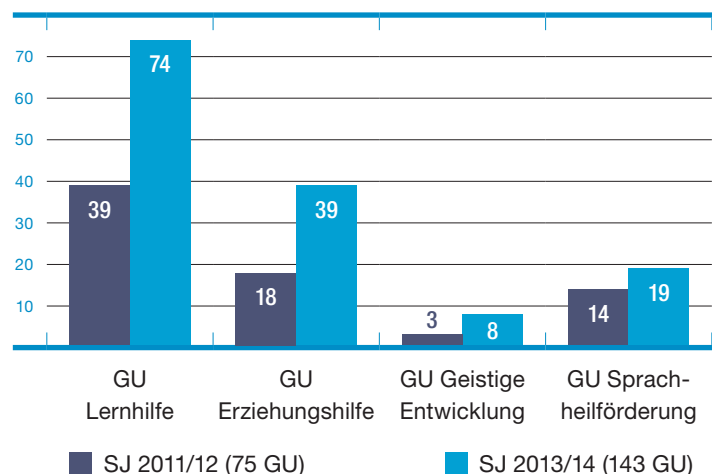
⁴⁸ Die Anzahl der Plätze im GU und der Anteil an der Gesamtschülerschaft schwanken. 2009/10: 48 GU, 0,4 Prozent; 2010/11: 87 GU, 0,7 Prozent; 2011/12: 75 GU, 0,6 Prozent; 2012/13: 155 GU, 1,1 Prozent, vgl. EBO 2013, S. 42.

Abbildung C 1.7.3: 143 Schüler/-innen im „Gemeinsamen Unterricht“ nach Jahrgangsstufen 2013/14

Quelle: HSL Sonderauswertung

Die meisten Schüler/-innen im „Gemeinsamen Unterricht“ befinden sich 2013/14 in der Jahrgangsstufe 7. Im Schuljahr 2011/12 traf dies für die 5. Klasse zu (19 Schüler/-innen). Das legt die Vermutung nahe, dass davon die meisten den eingeschlagenen Weg fortgesetzt haben und heute Klasse 7 besuchen.

Überwiegend nehmen Schüler/-innen im „Gemeinsamen Unterricht“, wie auch im Berichtsjahr 2011/12, an den Förderformen Lernhilfe, Erziehungshilfe und Sprachheilförderung teil. Deutlich wird, dass die gestiegenen Fallzahlen insbesondere den Förderformen Lernhilfe und Erziehungshilfe zuzuordnen sind. Hessenweit hat „GU Lernhilfe“ einen Anteil von 42 Prozent⁴⁹ an den Schüler(inne)n im „Gemeinsamen Unterricht“ insgesamt und „GU Erziehungshilfe“ 29 Prozent (in Offenbach 52 Prozent bzw. 27 Prozent).

Abbildung C 1.7.4: Schüler/-innen im „Gemeinsamen Unterricht“ nach Förderungsformen⁵⁰ – Schuljahr 2011/12 und 2013/14

Quelle: HSL Sonderauswertung

1.8 Mathematikwettbewerb, zentrale Abschlussprüfungen und Schulabschlüsse

Ergebnisse des Mathematikwettbewerbs und der zentralen Abschlussprüfungen

Die achten Jahrgangsstufen aller Schulformen nehmen am landesweiten Mathematikwettbewerb teil. Wie Tabelle C 1.8.1 zeigt, fielen die Ergebnisse im Schuljahr 2013/14 in Offenbach für alle drei Schulformen gegenüber dem Schuljahr 2011/12 besser aus – am deutlichsten in den Realschulen. Für beide Jahre liegen die Ergebnisse unter dem Landesdurchschnitt – am deutlichsten in den Hauptschulen.

In Hessen werden folgende zentrale schriftliche Abschlussprüfungen durchgeführt: Haupt- und Realschulabschlussprüfung (Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache), Abiturprüfung (sämtliche schriftlichen Prüfungsfächer). Tabelle C 1.8.2 zeigt, dass die Notendurchschnitte der Haupt- wie auch der Realschulabschlussprüfungen in Offenbach nur geringfügig unter dem Hessenschnitt liegen.

⁴⁹ Insgesamt sind 6.671 Schüler/-innen in Hessen im „Gemeinsamen Unterricht“, davon 2.803 „Lernhilfe“ und 1.909 „Erziehungshilfe“; vgl. HSL Sonderauswertung.

⁵⁰ Aufgrund einer Fallzahl von <3 sind die folgenden Förderungsformen nicht abgebildet: Körperbehinderung, Hörschädigung, Blindheit, Sehbehinderung, Kranke.

Schulabschlüsse und -abgänge

Am Ende des Schuljahres 2013/14 verlassen 1.206 Schüler/-innen die allgemeinbildenden Schulen in der Stadt Offenbach. Von den Abgehenden insgesamt haben:

- ▶ 37 Prozent das Abitur absolviert (2011/12: 31 Prozent)
- ▶ 31,3 Prozent einen Realschulabschluss (2011/12: 35 Prozent)
- ▶ 23,7 Prozent einen Hauptschulabschluss (2011/12: 24 Prozent)
- ▶ 8 Prozent die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen (2011/12: 10 Prozent).

Der Anteil der Abgehenden insgesamt, die das Abitur absolvieren, steigt. Abgänger/-innen ohne Migrationshintergrund haben zu 46,5 Prozent das Abitur absolviert (der Anteil ist zu 2011/12 um 6 Prozentpunkte gestiegen). Abgänger/-innen mit Migrationshintergrund verfügen zu 28,1 Prozent über das Abitur (seit 2011/12 + 7 Prozentpunkte). Die Differenz der beiden Anteile beträgt wie schon 2011/12 fast 18,4 Prozent.⁵¹

Tabelle C 1.8.1: Ergebnisse des Mathematikwettbewerbs in der 8. Jahrgangsstufe in Offenbach

Mathematikwettbewerb an	Prozentwert des Landesschnitts	
	2013/14	2011/12
Hauptschulen	77,9%	77,8%
Realschulen	90,5%	81,4%
Gymnasien	91,4%	89,9%

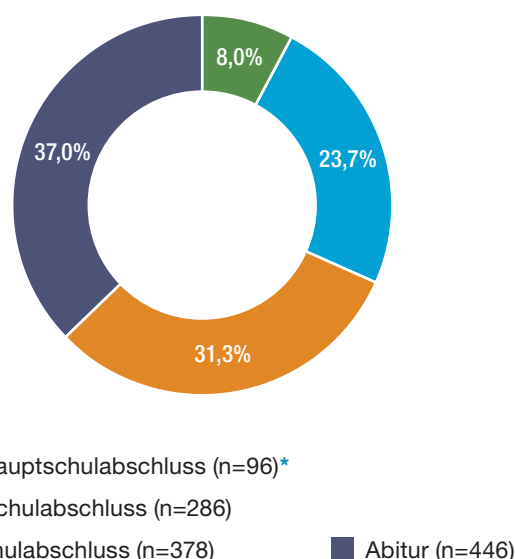
Quelle: Staatliches Schulamt

Tabelle C 1.8.2: Notendurchschnitte der Abschlussprüfungen im Schuljahr 2013/14

	Hessen	Offenbach
Hauptschulabschlussprüfung	2,93	2,97
Realschulabschlussprüfung	3,07	3,16

Quelle: Staatliches Schulamt

Abbildung C 1.8.1: Schulabgänge am Ende des Schuljahres 2013/14 nach Abschluss in Prozent



* Inklusive 33 Schüler/-innen mit schulformspezifischem Förderschulabschluss.

Quelle: HSL D15.1, Sonderauswertung

Die Offenbacher Quotierung

Im ersten EBO (EBO 2004) entwickelte Offenbach eine eigene Berechnung für die Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss. Ziel war es, eine „Risikogruppe“ – in bildungs- wie auch gesellschaftspolitischer Hinsicht – in den Fokus zu nehmen. Die Offenbacher Quotierung setzt all diejenigen, die einen Hauptschulabschluss nicht erreicht haben (Merkmalspopulation) ins Verhältnis zu denjenigen, die unabhängig vom Bildungsgang einen Hauptschulabschluss erreicht oder nicht erreicht haben (Risikopopulation).⁵²

Wie oben dargestellt, verlassen 96 Abgänger/-innen⁵³ im Sommer 2014 die Schule ohne Hauptschulabschluss (inkl. Förderschulabschlüsse). Bezogen auf die Summe der Abgänger/-innen mit und ohne Hauptschulabschluss aus unterschiedlichen Schulformen (insgesamt 382) entspricht dies einer Quote von 25,1 Prozent. Im Vergleich zu 2011/12⁵⁴ ist diese Quote um 4 Prozentpunkte gesunken.

Zur detaillierteren Betrachtung der Risikogruppen kann die Quote nach Geschlecht und Migrationshintergrund diffe-

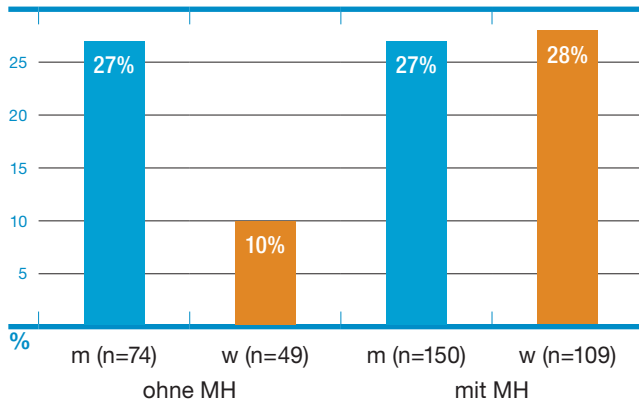
⁵¹ Vgl. vertiefend Abschnitt C 1.9; s. auch Tabellen C 1.8.4 und C 1.8.5 im Anhang.

⁵² Vgl. EBO 2011, S. 59 f. Bildungsberichterstattung steckte noch in den Anfängen, insbesondere auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Weder Indikatoren noch Berechnungsgrundlagen waren definiert. Deshalb wurde diese formalstatistisch korrekte Quotendefinition für die Abgänger ohne Hauptschulabschluss zugrunde gelegt.

⁵³ Es gibt auch Abschlüsse „unterhalb“ des Hauptschulabschlusses: die sog. „förderschulspezifischen Abschlüsse“ (z. B. für den Förderschwerpunkt Lernen oder geistige Entwicklung). Sie werden der Abschlussart „ohne Hauptschulabschluss“ zugezählt (und in ausführlichen Statistiken entsprechend als „darunter“ ausgewiesen).

⁵⁴ Vgl. EBO 2013, S. 46.

Abbildung C 1.8.2: Schüler/-innen ohne Hauptschulabschluss am Ende des Schuljahres 2013/14 nach Migrationshintergrund und Geschlecht („Offenbacher Quotierung“)



Quelle: HSL Sonderauswertung

renziert werden (vgl. Tabelle C 1.8.5 im Anhang). Vergleicht man innerhalb der Gruppe mit Migrationshintergrund, wird sichtbar, dass die Quote der Schülerinnen (28 Prozent) über der Quote der Schüler (27 Prozent) liegt. Dies war im Vorjahr anders, hier lag die Quote der Schüler mit Migrationshintergrund um 5,5 Prozentpunkte höher als die der Schülerinnen. Vergleicht man innerhalb der Gruppe der Schüler, wird sichtbar, dass die Quoten der Schüler mit und ohne Migrations-

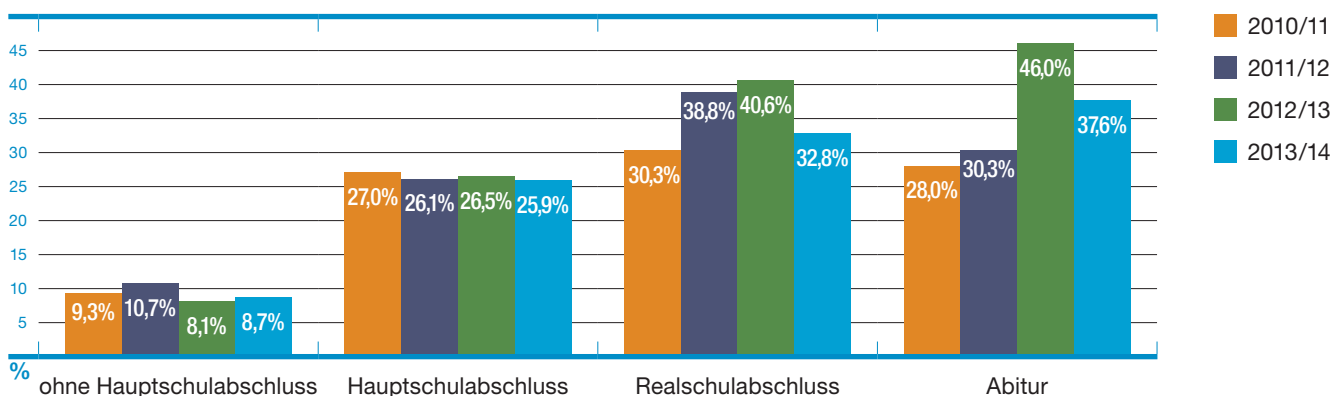
hintergrund gleich hoch sind. Im Vorjahr war die Quote der Schüler mit Migrationshintergrund noch um 7 Prozentpunkte höher. Im Gegensatz dazu ist bei den Schülerinnen eine erhebliche Differenz der Quoten feststellbar: Der Anteil der Schülerinnen ohne Migrationshintergrund liegt um 17,3 Prozentpunkte niedriger. Diese Differenz hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.⁵⁵ Hier wird also eine deutliche Benachteiligung von Schülerinnen mit Migrationshintergrund sichtbar, wie sie zuvor schon bei den Gymnasialübergängen gezeigt wurde.

Jahrgangsspezifische Schulabgangsquoten im Vergleich

Bundes- und Landesbildungsberichterstattung ermitteln Schulabgangsquoten⁵⁶, indem sie die Abschlüsse zu den entsprechenden Altersjahrgängen auf Bundes-, Landes- oder Kommunenebene in Beziehung setzen. Diese Quotenberechnung bildet die Basis für nachfolgende Betrachtungen der Entwicklung der Abschlüsse im Zeitverlauf.⁵⁷

Die ungewöhnlich hohe Abiturquote am Ende des Schuljahres 2012/13 hat eine einfache Erklärung: Es handelt sich dabei um den Doppelabschlussjahrgang von G8 und G9. Der Anteil der Schülerschaft ohne Hauptschulabschluss ist nach einem Rückgang um 2,6 Prozentpunkte zum Schuljahr 2012/13 zum darauffolgenden Schuljahr leicht (um 0,6 Prozentpunkte) ge-

Abbildung C 1.8.3: Entwicklung der Schulabgangsquoten in der Stadt Offenbach im Zeitverlauf am Ende der Schuljahre 2010/11 bis 2013/14



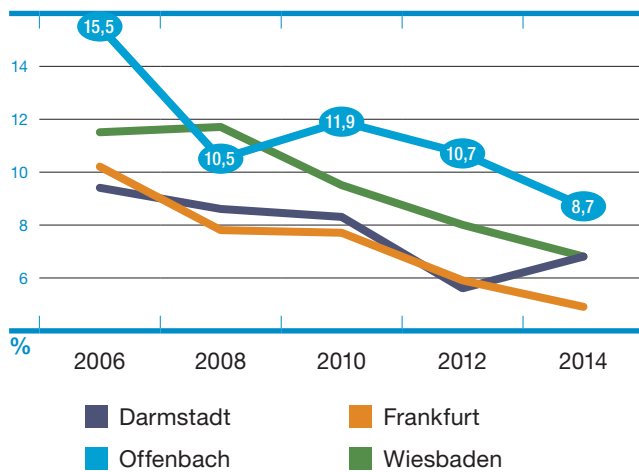
Quelle: EBO 2013, Datenbericht 2014, HSL D 15.1 („ohne Hauptschulabschluss“ jeweils inkl. förderschulartspezifische Abschlüsse)

⁵⁵ Zu den Vorjahreswerten vgl. Datenbericht 2014, S. 18.

⁵⁶ Altersjahrgänge als Prozentuierungsbasis: Die Abschlüsse ohne und mit Hauptschulabschluss beziehen sich auf die durchschnittliche Anzahl der 15- bis unter 17-Jährigen, der Mittlere Abschluss auf die 16- bis unter 18-Jährigen und die Hochschulreife auf die 18- bis unter 21-Jährigen.

⁵⁷ Die Prozentangaben für ein Schuljahr summieren sich nicht auf 100 Prozent, weil die verschiedenen großen Altersjahrgänge die Prozentuierungsbasis bilden. Diese jahrgangsspezifischen Schulabgangsquoten unterscheiden sich nur geringfügig zu den Abschlussquoten zu Anfang dieses Abschnitts (Prozentuierungsbasis dort: Anteil der Abgänger/innen an der Gesamtzahl der Abgänge allgemeinbildender Schulen).

Abbildung C 1.8.4: Entwicklung der Abgangsquote „ohne Hauptschulabschluss“ im Zeitverlauf – kreisfreie Städte in Hessen im Vergleich



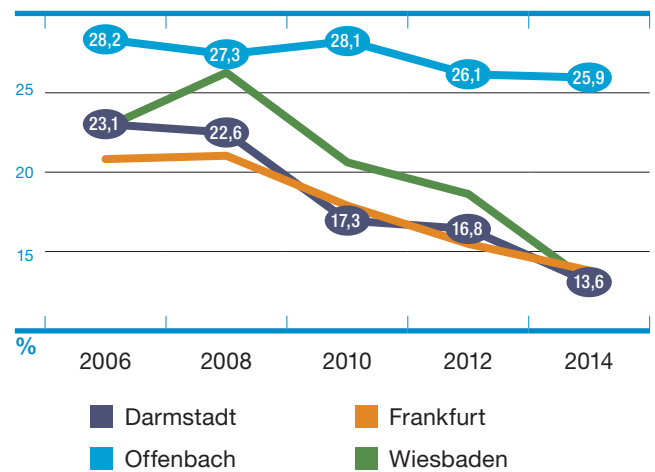
Quelle: HSL D 15.1, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 20. 1. 2016

stiegen und liegt nun bei 8,7 Prozent. Ein Viertel der Offenbacher Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren absolvierten 2013/14 die Schule mit einem Hauptschulabschluss.

Der interkommunale Vergleich zeigt zum einen, dass Offenbach im dargestellten Zeitraum die höchsten Werte (mit Ausnahme im Jahr 2008) bei der altersgruppenspezifischen Quote „ohne Hauptschulabschluss“ zu verzeichnen hat. Insgesamt ist diese Quote in allen kreisfreien Städten gesunken – am stärksten in Offenbach (um 6,8 Prozentpunkte).

Auch bei der altersgruppenspezifischen Abgangsquote mit Hauptschulabschluss verzeichnet Offenbach im dargestellten Zeitraum die höchsten Werte. Der interkommunale Vergleich zeigt darüber hinaus, dass auch diese Quote in allen kreisfreien Städten gesunken ist – am stärksten in Darmstadt (9,5 Prozentpunkte) und am geringsten in Offenbach (2,3 Prozentpunkte).

Abbildung C 1.8.5: Entwicklung der Abgangsquote „mit Hauptschulabschluss“ im Zeitverlauf – kreisfreie Städte in Hessen im Vergleich

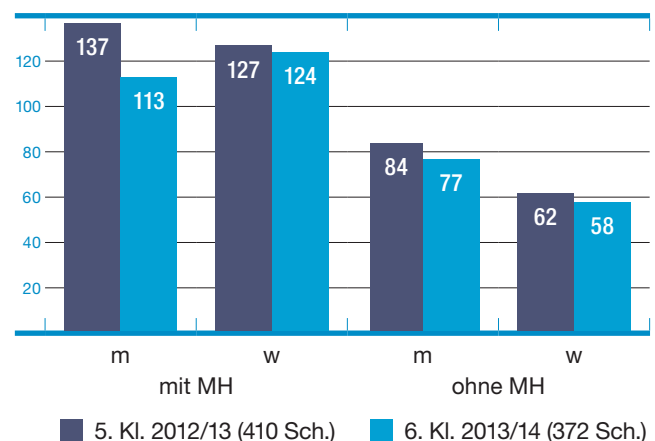


Quelle: HSL D 15.1, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 20. 1. 2016

1.9 Exkurs: Schülerschaft nach Migrationshintergrund und Geschlecht

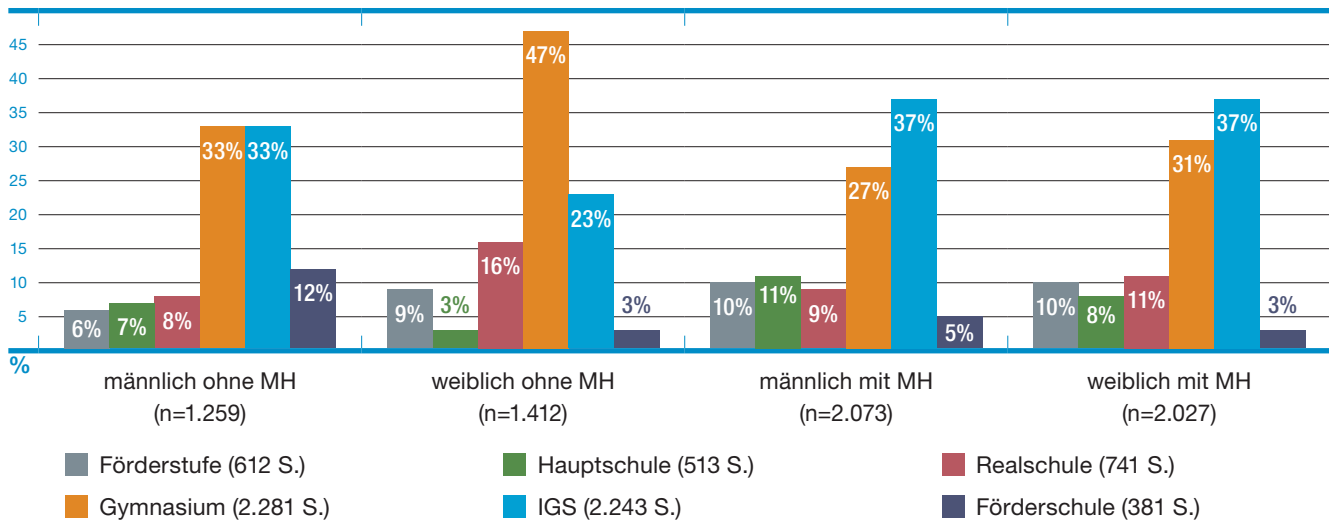
In Abschnitt 1.2 „Index bildungsrelevanter sozialer Belastung“ wurde festgestellt, dass im Vergleich zu den anderen Schüler/-innen der Anteil der Übergänge ans Gymnasium bei den Mädchen mit Migrationshintergrund am niedrigsten ist. Das ist erstaunlich, gelten doch die Schülerinnen mit Migrationshintergrund gegenüber den Jungen mit Migrationshintergrund als erfolgreicher bezüglich ihrer Bildungsbiografie. In diesem

Abbildung C 1.9.1: Schülerschaft an den drei Offenbacher Gymnasien – von der 5. in die 6. Jahrgangsstufe nach Geschlecht und Migrationshintergrund



Quelle: Stadtschulamt

Abbildung C 1.9.2: Schüler/-innen in der Sekundarstufe I mit und ohne Migrationshintergrund (MH) nach Schulform im Schuljahr 2013/14



Quelle: HSL/Amt 81.2 Stichtag 1.11.2013

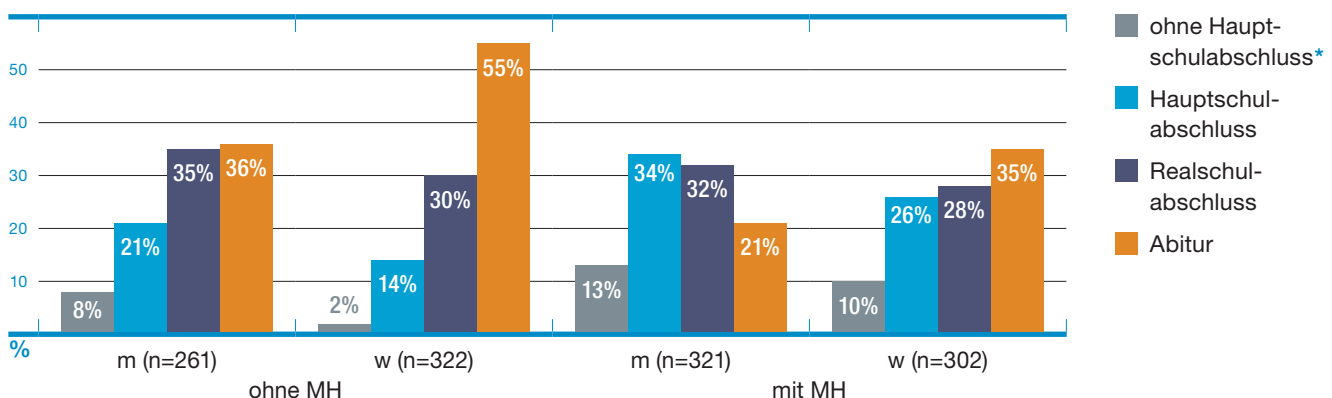
Abschnitt sollen nun Schlaglichter auf verschiedene Phasen der Bildungslaufbahn von Schüler/-innen, differenziert nach Geschlecht und Migrationshintergrund, geworfen werden.

410 Schüler/-innen starten 2012/13 in der 5. Klasse an einem der drei Offenbacher Gymnasien. Davon verbleiben in der 6. Klasse nur 372 Schüler/-innen. Wie Abbildung C 1.9.1 zeigt, verteilen sich die 38 Abgänger/-innen absolut und anteilig sehr unterschiedlich auf die dargestellten Gruppen. Die Jungen mit Migrationshintergrund weisen mit 24 Abgängern (–17,5 Prozent) den mit Abstand höchsten Anteil auf. Die Jungen ohne Migrationshintergrund folgen mit sieben Abgängern (–8,3 Prozent). Die Mädchen ohne Migrationshintergrund wei-

sen 4 (–5,2 Prozent), diejenigen mit Migrationshintergrund mit lediglich 3 (–2,4 Prozent) anteilig weniger als halb so viele Abgängerinnen auf. Dass Mädchen mit Migrationshintergrund absolut und anteilig die wenigsten Abgänger/-innen vom Gymnasium stellen, konterkariert einerseits ihre Benachteiligung bei den Gymnasialübergängen und bei den Abgängen ohne Hauptschulabschluss. Andererseits weist es sie ebenso wie ihr Anteil an den Gymnasiasten in der Sekundarstufe I und ihren Gymnasialabschlüssen gegenüber den Jungen mit Migrationshintergrund als Bildungsgewinnerinnen aus.

Bezogen auf die vier nach Geschlecht und Migrationshintergrund unterschiedenen Gruppen wird deutlich: In der Sekun-

Abbildung C 1.9.3: Schulabschlüsse am Ende des Schuljahres 2013/14 nach Migrationshintergrund und Geschlecht⁵⁸



* Inkl. förderschulartspezifischer Abschlüsse.

Quelle: HSL, Sonderauswertung

⁵⁸ Die Prozentuierungsbasis bildet die Gesamtzahl der jeweiligen Gruppe.

darstufe I besuchen Schülerinnen ohne Migrationshintergrund zu 47 Prozent das Gymnasium; für Schüler ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil um 14 Prozentpunkte niedriger (33 Prozent), für Schüler mit Migrationshintergrund sogar 20 Prozentpunkte darunter (27 Prozent). Auch gegenüber den Schülerinnen mit Migrationshintergrund beträgt die Differenz 16 Prozentpunkte (s. Abbildung C 1.9.2).

Gut die Hälfte der Schulabgänger/-innen (51,7 Prozent) haben einen Migrationshintergrund. Die Schulabgänger sind zu 51,7 Prozent weiblich. Migrationshintergrund und Geschlecht scheinen den Schulerfolg zu beeinflussen (s. Abbildung C 1.9.3):

- Das Abitur hat bei folgenden Abgänger-Gruppen den größten Anteil:
 - Über die Hälfte der jungen Frauen ohne Migrationshintergrund (55 Prozent; seit 2011/12⁵⁹ um 8 Prozentpunkte gestiegen) schließen die Schule mit dem Abitur ab.
 - Dies gilt jeweils auch für über ein Drittel der jungen Män-

ner ohne Migrationshintergrund (36 Prozent; seit 2011/12 um 2 Prozentpunkte gestiegen) und

- Frauen mit Migrationshintergrund (35 Prozent; seit 2011/12 um acht Prozentpunkte gestiegen).
- Obwohl junge Männer mit Migrationshintergrund im Vergleich zu 2011/12 häufiger höhere Abschlüsse erzielen konnten, verlassen sie relativ öfter die Schule ohne Hauptschulabschluss (13 Prozent; seit 2011/12 um drei Prozentpunkte gesunken) bzw. mit Hauptschulabschluss (34 Prozent; seit 2011/12 um zwei Prozentpunkte gesunken). Der Anteil der Abiturienten in dieser Gruppe ist im Vergleich zu 2011/12 um 5 Prozentpunkte gestiegen.

Es kann zusammengefasst werden, dass sich Schulabgängerinnen mit Migrationshintergrund, trotz niedriger Übergangsquote von der Grundschule ans Gymnasium, dort besser etablieren und die gymnasiale Laufbahn häufiger als Jungen mit Migrationshintergrund mit dem Abitur abschließen.

„Abschluss mit Anschluss“

Das Bündnis für Bildung stellte fest, dass Strategien für eine verbesserte Inklusionskraft des Ausbildungsmarktes in der Stadt Offenbach im Bereich der Hauptschulen ansetzen müssen, denn hier gibt es die größten Probleme beim Zugang zur Berufsausbildung. „Abschluss mit Anschluss“ verfolgt diese Strategie mit verschiedenen Partnern im Rahmen der OloV-Steuerungsgruppe („Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule–Beruf“). In den 8. und 9. Klassen an der Bach- und an der Mathildenschule werden nach gemeinsamer Abstimmung verschiedene, zum Teil bereits existierende Bausteine umgesetzt und aufeinander bezogen. Als Projektpartner sind neben den beiden Schulen und dem Staatlichen Schulamt auch das Amt für Arbeitsförderung, das Jugendamt, die Agentur für Arbeit und die Kammern beteiligt. Das Projekt verfolgt zum einen das Ziel, dass möglichst alle Jugendlichen den qualifizierten Hauptschulabschluss erlangen und damit die Zahl der Schulabbrecher in Offenbach deutlich reduziert wird. Zum anderen möchte das Projekt jedem Jugendlichen eine Option am Übergang Schule–Beruf eröffnen, wobei hier das primäre Ziel ist, dass möglichst viele Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten.

Die konkrete Umsetzung sieht vor, dass für jede/n Schüler/-in, der/die das möchte, ein Schülerprofil erstellt wird. Das Schülerprofil entsteht sowohl im Rahmen von Beobach-

tungen und Testungen bei Projekttagen in der Klasse und in Kleingruppen als auch durch Einzeltestungen und Einzelgespräche. Die erhaltenen Eindrücke und Ergebnisse werden ergänzt durch vorhandene Daten (z. B. Noten) und Einschätzungen der mit dem/der Jugendlichen arbeitenden Akteure (Lehrkräfte, Berufseinstiegsbegleiter, Jugendamtsmitarbeiter der Schulsozialarbeit und des Projektes „JUGEND STÄRKEN im Quartier“). Der Schülerprofilbogen gibt Auskunft über wichtige Kompetenzbereiche, Schlüsselqualifikationen und Interessen, die wesentlich sind für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf. Der Schülerprofilbogen mündet in einen Förderplan, der für ca. 40 Schüler/-innen pro Jahrgang und Schule die Option einer kontinuierlich angelegten individuellen Begleitung und Förderung durch die Berufseinstiegsbegleitung, die Einzelfallarbeit des Jugendamtes oder durch das Patenschaftsmodell Offenbach (PMO) beinhaltet. Ergänzend bieten die beteiligten Partner die Teilnahme an weiteren Angeboten an, die allen teilnehmenden Jugendlichen am Projekt „Abschluss mit Anschluss“ offen stehen. Hierbei handelt es sich um Angebote wie Hausaufgabenhilfe, fachliche, kompetenz- und interessenorientierte Angebote in den Bereichen Erlebnispädagogik, Musik, Theater, berufspraktische Erfahrungen etc. sowie Beratungsgespräche der Berufsberatung oder die Unterstützung bei der Suche nach einem Praktikums- und/oder Ausbildungsplatz.

⁵⁹ Vgl. EBO 2013, S. 45 zu Ergebnissen für 2011/12 auch folgend.

2. Ganztagsbetreuung in Schule und Hort

Kommune, Land, Schulen, Fördervereine, freie Träger, Ehrenamtliche – es sind viele Akteure, die sich für Angebote der ganztägigen Betreuung und Bildung für Schulkinder in der Stadt Offenbach engagieren. Von der Frühbetreuung in der Schule über Hausaufgabenhilfe bis hin zur gebundenen Ganztagschule reicht die Vielfalt an Angeboten. Dies erschwert den Überblick. Die Schulen selbst haben hier eine Vielzahl von Management- und Verwaltungsaufgaben zu schultern, nicht zuletzt durch unterschiedliche Kooperationspartner und Finanzierungsquellen.

Die Stadt Offenbach unterstützt die ganztägige Arbeit – zusätzlich zu der Schaffung der baulichen Voraussetzungen für die Ganztagsarbeit – mit Finanzmitteln. Im Jahr 2014 beliefen sich allein die Ausgaben des Stadtschulamts, u. a. für Betreuungsangebote, Hausaufgabenhilfe, Personal für Schulbibliotheken und Mittagstisch, auf rund 790.000 Euro (2012: ca. 660.000 Euro). Auch der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach/das Jugendamt gestalten und finanzieren einen Teil der ganztägigen Arbeit an Schulen (u. a. „Ganztagsklassen“, „Modell Ganztagschule“) und bieten ein umfangreiches Angebot an Hortplätzen. Darüber hinaus sind die Fördervereine der Schulen und freien Träger wichtige Akteure in der ganztägigen Arbeit.

Im Folgenden wird über die Förderung der ganztägigen Arbeit im Rahmen des hessischen Ganztagsprogramms berichtet. Auch die Entwicklung der kommunalen Ganztags-Kooperationsprojekte und die Hortbetreuung werden dargestellt. Hier ist zu berücksichtigen, dass die Erfassung der Nutzer/-innen von ganztägigen Angeboten in der Tabelle C 2.1 eine Annäherung darstellt (Mehrfachnennungen können nicht ausgeschlossen werden). Dies bleibt eine Entwicklungsaufgabe des Bildungsmonitorings.

Ganztägig arbeitende Schulen nach Richtlinie des Hessischen Kultusministeriums

Alle allgemeinbildenden Schulen in städtischer Trägerschaft – mit Ausnahme der Anne-Frank-Schule – sind im Berichtsjahr 2013/14 als ganztägig arbeitende Schulen gemäß der Richtlinie des Hessischen Kultusministeriums anerkannt. Das Kultusministerium stellt diesen Schulen im Berichtsjahr insgesamt 35,7 Stellen zur Verfügung (2011/12: 32 Stellen). Ein Teil dieser Stellenzuweisung (9,75 Stellen) wird in Form von Finanzmitteln an Schulen gegeben.

In Hessen wird die ganztägige Arbeit an Schulen in drei Profilen gefördert: Neben Schulen mit Ganztagsangeboten in Profil 1 (ehemalige „Pädagogische Mittagsbetreuung“) und Profil 2 (ehemalige „Kooperative Ganztagschule mit offener Konzeption“) gibt es die Ganztagschule nach Profil 3 (ehemalige „Kooperative Ganztagschule mit gebundener Konzeption“). Bei allen drei Profilen wird ein Mittagessen verpflichtend angeboten. Der Schulträger gewährleistet die erforderliche räumliche, sächliche und personelle Ausstattung für den Ganztagsbetrieb (beispielsweise Cafeteria, Begegnungs- und Freizeitbereich, Schulbibliothek, Hausaufgabenräume).

Profil 1 kann als Einstieg in die Ganztagsarbeit verstanden werden. Hier muss die Schule mindestens an drei Tagen in der Woche bis 14:30 Uhr für Schüler/-innen Angebote unterbreiten (z. B. Hausaufgabenhilfe, Förder-, Sportangebote). Die Teilnahme ist freiwillig. Das Gros der Offenbacher Schulen wird nach diesem Modell finanziert.

Von den 24 allgemeinbildenden Schulen in der Stadt befinden sich im Berichtsjahr 20 im Profil 1. Im Schuljahr 2013/14 werden 3.413 Schüler/-innen mit dem Profil 1 erreicht (Schuljahr 2011/12: 3.435).

Profil 2 zeichnet sich durch, nach Anmeldung, verpflichtende Angebote an fünf Nachmittagen pro Woche aus. Betreuungsmöglichkeiten bestehen in der Regel von 7:30 Uhr bis 16 oder 17 Uhr. Im Berichtsjahr befinden sich 667 Schüler/-innen an der Schillerschule in Profil 2 (Schuljahr 2011/12: 630).

Die Ganztagschule gemäß Profil 3 gilt als „echte“ Ganztagschule. Sie zeichnet sich durch ein verpflichtendes, ganztägiges Angebot an fünf Tagen aus. Der rhythmisierte Wechsel von Bildungs- und Freizeitangeboten wird durch die Schule im Einzelnen geregelt. Im Schuljahr 2013/14 werden 288 Schüler/-innen (2011/12: 291) im Profil 3 an der Friedrich-Ebert- und an der Fröbelschule beschult.

Anmerkungen zu Tabelle C.2.1

- 1 Stichtag: 31.12. 2013 (Kalenderjahr). Das Ganztagsklassenmodell (Kooperation EKO/Schule) wird an fünf Grundschulen umgesetzt. Das Modell Ganztagschule (Kooperation Jugendamt/Schule) an fünf weiterführenden Schulen.
- 2 Profil 1 ab Schuljahr 2014/15.
- 3 Die vom Land Hessen gewährte Stelle für Profil 1 wird im Ganztagsklassen-Projekt eingesetzt.
- 4 Betreuungsangebot in Kooperation mit der Schlosskirchengemeinde.
- 4a 84 Schüler/-innen im Modell Ganztagschule.
- 5 Mittel aus dem Modell Ganztagschule fließen zum Teil in Angebote im Profil 1 ein. Deshalb werden sie hier nicht separat ausgewiesen.
- 5a 133 Schüler/-innen in Ganztagsklassen.
- 6 Inkl. 99 Schüler/-innen, die in den Jahrgangsstufen 5–7 in einem gebundenen Konzept (stärkere Verzahnung von Vor- und Nachmittag) unterrichtet werden.

Tabelle C 2.1: Schüler/-innen in ganztägigen Angeboten an allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft 2013/14

Schule*	Betreuungs- angebote an Grund-, Förderschulen	ganztätig arbeitende Schulen gemäß HKM-Richtlinie			Kooperation EKO/ Jugendamt und Schule
		Profil 1 (ehem. Pädagogische Mittags- betreuung)	Profil 2 (ehem. Ko- operative Ganztags- schule mit offener Konzeption)	Profil 3 (ehem. Ko- operative Ganztags- schule mit gebunde- ner Konzeption)	Ganztagsklassen ¹ und Modell Ganztagsschule
Grundschulen und Förderschulen					
Anne-Frank-Schule ²	80				
Beethovenschule		90			97
Eichendorffschule ³		Stelle im GTK-Projekt			91
Erich-Kästner-Schule	50	53			
Friedrich-Ebert-Schule	96			189	
Fröbelschule				99	
Goetheschule	61	220			156
Grundschule Buchhügel		25			95
Humboldtschule	138	101			
Lauterbornschule	35	50			
Ludwig-Dern-Schule		28			
Schule Bieber		90			
Uhlandschule	170	36			
Waldschule Tempelsee	90	150			
Wilhelmschule		132			
Teilsummen	720	975		288	439
gesamt	2.422				
Grund-, Haupt-und Realschulen mit Förderstufe					
Ernst-Reuter-Schule ⁴	149	145			84 ^{4a}
Mathildenschule ⁵	120	102			133 ^{5a}
Teilsummen	269	247			217
gesamt	733				
Weiterführende Schulen					
Albert-Schweitzer-Schule		307			
Bachschule		76			88
Edith-Stein-Schule		511			68
Geschwister-Scholl-Schule		220			320
Leibnizschule ⁶		400			
Rudolf-Koch-Schule		677			
Schillerschule			667		
Teilsummen		2.191	667		476
gesamt	3.334				

* Mehrfachnennungen von Schüler/-innen können nicht ausgeschlossen werden. Es handelt sich um Annäherungen.

Quelle: Schulen, Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach

2.1 Ganztägige Arbeit an Grund- und Förderschulen und Hortbetreuung

Betreuungsangebote an Grund- und Förderschulen

In der Stadt Offenbach gibt es 14 Grundschulen (12 Grundschulen, zwei Grund-, Haupt- und Realschulen) sowie drei Förderschulen. Die Schulen haben in Eigenregie, größtenteils mit Unterstützung von Fördervereinen und freien Trägern, Betreuungsangebote geschaffen. Grundlage ist eine abgestimmte Unterrichtsorganisation („verlässliche Schulzeiten“). Die Betreuungszeiten variieren von Schule zu Schule, es gibt Betreuungsangebote am Morgen (z. B. von 7:30 bis 8:30 Uhr) und von 12:30 bis 14:00 Uhr. Auch die Angebote variieren: von der Hausaufgabenhilfe, sonstigen Förderangeboten bis hin zu Sportaktivitäten. Ab 12:30 Uhr können Kinder im Grundschulalter auch in Horteinrichtungen betreut werden, sofern sie keine der bestehenden Ganztagsklassen (s. u.) besuchen. Die Betreuungsangebote an Grund- und Förderschulen werden 2013/14 von 989 Schüler/-innen genutzt (2011/12: 1.111).

Unterstützung ganztägiger Arbeit durch das Land

12 von 14 Grundschulen und 2 von 3 Förderschulen werden im Berichtsjahr nach Profil 1 gefördert und erreichen damit 1.222 Schüler/-innen⁶⁰ (2011/12: 1.468). Im Profil 3 werden darüber hinaus an der Friedrich-Ebert- und Fröbelschule 288 Schüler/-innen erreicht (2011/12: 291).

Ganztagsklassen: Kooperationsprojekt EKO/Grundschulen

Mit der Einrichtung einer Ganztagsklasse wurde erstmals im Schuljahr 2006/07 ein alternativer kommunaler Einstieg zum Ganztagsschulprogramm des Landes Hessen gefunden. In den Ganztagsklassen wird der Schultag von 7:45 bis 17:00 Uhr von Lehrkräften und Erzieher/-innen gemeinsam organisiert. Inhaltliche Schwerpunkte der Gestaltung des Schultages sind u. a.:

- ▶ der Wechsel zwischen Unterricht, Entspannung und Freizeit,
- ▶ der Wegfall von Hausaufgaben,

- ▶ die individuelle Förderung einzelner Kinder und die Kleingruppenarbeit,
- ▶ die Anleitung zu selbstständigem Arbeiten.

Darüber hinaus bieten die pädagogischen Fachkräfte in den Schulferien ein Ferienprogramm für die Kinder der Ganztagsklassen an. Ganztagsklassen gibt es im Berichtsjahr an fünf Grundschulen. In den Ganztagsklassen befinden sich 572 Schüler/-innen (31. 12. 2011: 460).

Ausblick: Die Stadt Offenbach hat sich 2015 für den „Pakt für den Nachmittag“ des Landes Hessen beworben und wurde ausgewählt. Mit dem Pakt soll eine stärkere Verzahnung der Ganztagsbetreuungsangebote an den Schulen erreicht werden. Das Ganztagsklassenprojekt wird das Modell für den „Pakt für den Nachmittag“ in der Stadt Offenbach, der zum Schuljahr 2016/17 in der Stadt startet.

Angebot und Nachfrage nach Hortplätzen

Ab 12:30 Uhr können Grundschulkinder auch in Horteinrichtungen betreut werden, sofern sie keine der bestehenden Ganztagsklassen besuchen. Für den Hortbereich in Offenbach gibt es mit dem Grundsatzbeschluss des Magistrats der Stadt Offenbach ab 2013 eine neue Bedarfsdefinition: Für 35 Prozent der Kinder im Grundschulalter soll ein Hortplatz zur Verfügung stehen.

Die Zahl der Hortplätze in Kindertageseinrichtungen ist, wie Tabelle C 2.1.1 zeigt, zum Dezember 2014 gegenüber 2013 um 73 Plätze gestiegen. Weil dieser Zuwachs leicht unter dem Bevölkerungszuwachs im Grundschulalter und daraus folgend unter der entsprechend gestiegenen Nachfrage (+94 Plätze) liegt, resultiert daraus für die Hortbetreuung ein geringfügiges Absinken des Deckungsgrades um 0,1 Prozentpunkt auf 78,5 Prozent. Die regionalen Deckungsgrade variieren erheblich und entwickeln sich, wie vorstehende Tabelle zeigt, im Beobachtungszeitraum nicht einheitlich. In der Region Süden sind gegenüber dem Vorjahr 85 neue Hortplätze geschaffen worden und entsprechend ist der Deckungsgrad dort um 22,4 Prozentpunkte auf 109 Prozent hochgeschossen. In allen übrigen Regionen sind sinkende Deckungsgrade zu verzeichnen. Im Nordosten ist diese Entwicklung besonders gravierend: Ein Rückgang um 12 Hortplätze in Verbindung mit der gewachsenen Nachfrage lässt den dortigen Deckungsgrad auf 31,9 Prozent sinken.

⁶⁰ Für die Ernst-Reuter- und Mathildenschule werden die Profil-1-Schüler/-innen hier dem Grundschulbereich zugeordnet und sind deshalb in den 1.222 Schüler/-innen beinhaltet.

Tabelle C 2.1.1: Angebot und Nachfrage (gleich 35 Prozent der Grundschulkinder) von Hortplätzen in den Jahren 2013 und 2014

Stadtregion	Nachfrage Dez. 2013	Hortplätze Dez. 2013	Deckung 2013	Nachfrage Dez. 2014	Hortplätze Dez. 2014	Deckung 2014
Innenstadt Nord	584	577	98,8%	606	577	95,2%
Innenstadt Süd	337	299	88,7%	364	299	82,1%
Süden	335	290	86,6%	344	375	109,0%
Südosten	249	100	40,2%	267	100	37,5%
Nordosten	217	87	40,1%	235	75	31,9%
gesamt	1.722	1.353	78,6%	1.816	1.426	78,5%

Quelle: Eigenbetrieb der Kindertagesstätten Offenbach

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage im Hortbereich ist eng (und komplementär) mit der Entwicklung der schulischen Ganztagsbetreuung verbunden. Die schulische Ganztagsbetreuung, die im Fokus der Kinder- und Jugendarbeit und ebenso der Kindertagesbetreuung liegt, wird durch entsprechende Kooperationsprojekte zwischen Jugendamt und Schule sowie zwischen EKO und Schule vorangetrieben.

Mehr als die Hälfte, nämlich 725 der 1.426 Hortplätze im Dezember 2014, sind Betreuungsplätze im Rahmen der oben beschriebenen schulischen Ganztagsklassen. Im Dezember 2013 und den Jahren zuvor überwogen noch die Hortplätze in den Kindertagesstätten.

2.2 Ganztägige Arbeit an weiterführenden Schulen

In Offenbach gibt es neun weiterführende Schulen in der Sekundarstufe I:

- ▶ zwei Grund-, Haupt- und Realschulen mit Förderstufe (Ernst-Reuter-Schule⁶¹, Mathildenschule),
- ▶ eine Haupt- und Realschule mit Förderstufe (Bachschule),
- ▶ drei Integrierte Gesamtschulen (Edith-Stein-, Geschwister-Scholl-, Schillerschule),
- ▶ drei Gymnasien (Albert-Schweitzer-, Rudolf-Koch-, Leibnizschule).

Ganztägige arbeitende Schulen/Unterstützung durch das Land

Acht dieser Schulen sind als Schulen mit Profil 1 vom Land Hessen anerkannt und erreichen 2.191 Schüler/-innen⁶² (2011/12: 1.967). Im Profil 2 macht die Schillerschule ein Angebot für 667 Schüler/-innen.

Kooperationsprojekt mit dem Jugendamt: Modell Ganztagsschule

Nachdem das Projekt „Kooperatives und schülerzentriertes Ganztagsprojekt Offenbach (KUS)“ im Schuljahr 2012/13 ausgelaufen ist, ist als Ganztags-Kooperationsprojekt zwischen Jugendamt und weiterführenden Schulen noch das „Modell Ganztagsschule“ zu nennen. Das Jugendamt kooperiert seit 2002 im Rahmen dieses Projekts mit fünf weiterführenden Schulen⁶³ und stellt diesen finanzielle Mittel für die Ganztagsarbeit zur Verfügung. Ziel ist, in Absprache zwischen den Projektpartnern die schulische Nachmittagsbetreuung und die Ganztagsschule weiterzuentwickeln.

Wie in den Vorjahren erhielt jede der fünf Schulen im Haushaltsjahr 2014 32.500 Euro, insgesamt standen also 162.500 Euro zur Verfügung. Mit dem Modell Ganztagsschule wurden im Berichtsjahr rund 560 Schüler/-innen erreicht (2011/12: 539).

⁶¹ Die Ernst-Reuter-Schule wandelt sich in eine Integrierte Gesamtschule: ab dem Schuljahr 2016/17 werden erstmals die neuen fünften Klassen als IGS-Schüler/-innen unterrichtet.

⁶² Diese Zahl beinhaltet nicht die Profil-1-Schüler/-innen der Ernst-Reuter- und Mathildenschule.

⁶³ Bachschule, Geschwister-Scholl-Schule, Edith-Stein-Schule, Ernst-Reuter-Schule und Mathildenschule.



3. Schulsozialarbeit – Jugendhilfe an Schulen

3.1 Finanzierung und Verteilung

Im Haushaltsjahr 2014 hat das Jugendamt insgesamt 14,5 Stellen für pädagogische Fachkräfte in der Zusammenarbeit mit Offenbacher Schulen eingesetzt.

- Insgesamt sechs Stellen des Jugendamtes sind seit Schaffung der Fachstelle Jugendhilfe/Schule im Jahr 2010 dem Bereich „Schulsozialarbeit/Jugendhilfe an Schule“ zugeordnet. Darunter befinden sich vier Stellen, die vom Land bezuschusst werden und von denen je zwei Stellen an der Mathildenschule und an der Eichendorffschule eingesetzt werden. 2014 hat die Stadt Offenbach hierfür einen Landeszuschuss in Höhe 52.650 Euro erhalten. Davon stehen insgesamt 14.470 Euro Sachmittel für die Umsetzung der Arbeit zur Verfügung. Das Programm zur Förderung der Schulsozialarbeit und damit auch die finanziellen Mittel

werden vom Kultusministerium des Landes Hessen zum Schuljahresende 2014/15 beendet.

- Die Stadtverordnetenversammlung hat im Jahr 2012 beschlossen, Bundesmittel⁶⁴ zur Schaffung von fünf Stellen Schulsozialarbeit zu verwenden. 50.000 Euro Sachmittel stehen für die Umsetzung der Arbeit zur Verfügung
- „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“, ein vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördertes Modellprogramm, ist Ende 2013 ausgelaufen. Das Jugendamt hat sich erfolgreich für das Nachfolgeprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ beworben und wird für den Zeitraum von Anfang 2015 bis Ende 2018 mit 960.000 Euro gefördert (inkl. der Kofinanzierung von 640.000 Euro beträgt das Projektvolumen 1,6 Millionen Euro). In der Zwischenphase – dem Haushaltsjahr 2014 – konnten dreieinhalb Stellen zwischenfinanziert werden.

⁶⁴ Erhöhte Zuweisungen des Bundes für Kosten der Unterkunft (KdU).

3.2 Inhaltliche Schwerpunkte

Schulsozialarbeit an der Eichendorffschule (zwei Stellen)

Die Schulsozialarbeit an der Eichendorffschule zeichnet sich durch einen Klassenbezug und eine enge Kooperation mit der Klassenlehrkraft bei den Angeboten für die ersten und zweiten Klassen aus. In Klassenstufe 1 wird dies durch ein wöchentliches Angebot im Klassenverband (Gemeinschaftsstunde) gewährleistet, in Klasse 2 über Projektstage im Klassenverband. Für alle vier Jahrgänge, verstärkt aber für die Schüler/-innen der dritten und vierten Klassen, gibt es freiwillige AG-Angebote am Nachmittag. Im Schuljahr 2013/14 nehmen 527 Kinder an diesen Angeboten teil, 2014/15 461 (davon 95,5 bzw. 96 Prozent mit Migrationshintergrund; vgl. Tabelle C 3.2.1 im Anhang). Außerdem werden umfangreiche Angebote für Eltern (Elterncafé, Beratung etc.) durchgeführt.

„Jugendhilfe an Schule“

Mit Schuljahresende 2012/13 ist das Projekt „Kooperatives und schülerzentriertes Ganztagsprojekt Offenbach (KUS)“ beendet worden. Seit Beginn des Schuljahres 2013/14 setzt die Fachstelle Jugendhilfe/Schule des Jugendamtes mit einem inhaltlich neu justierten Gesamtkonzept – dem Konzept „Jugendhilfe an Schule“ – die Kooperation mit den Offenbacher Sekundarstufe-Schulen fort. Neben Vorerfahrungen im Rahmen von KUS sind vor allem Erfahrungen mit der einzelfallorientierten Arbeit mit Schulverweigerern im Rahmen von „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ in die Konzeption von „Jugendhilfe an Schule“ eingeflossen. An den Haupt- und Realschulen mit Förderstufe sind jeweils 2,75 Stellen für Fachkräfte der Jugendhilfe eingeplant (Bachschule, Ernst-Reuter-Schule, Mathildenschule). Auch die Integrierten Gesamtschulen werden flächendeckend mit Schulsozialarbeit ausgestattet. Dafür steht pro IGS eine dreiviertel Stelle zur Verfügung (Schillerschule, Edith-Stein- und Geschwister-Scholl-Schule).

Die Hauptzielgruppe von „Jugendhilfe an Schule“ sind Jugendliche mit prekären Schulbiografien, die drohen, in der Schule zu scheitern und/oder den Zugang zum Bildungssystem und zur Teilnahme an Lernprozessen zu verlieren. In enger Zusammenarbeit mit den Schulen möchten die Jugendhilfe-Mitarbeiter/-innen diese Jugendlichen gezielt fördern und unterstützen, um ihnen Optionen auf eine erfolgreiche Bildungsbiografie und damit auf gesellschaftliche wie auch berufliche Teilhabe zu ermöglichen. Fehlzeiten, aber auch passive Formen der Schulverweigerung sowie Schulabbrü-

che sollen reduziert werden – die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, soll sinken, die Zahl der Jugendlichen, die erfolgreich in Ausbildung und Beruf münden, soll steigen. Der Schwerpunkt von „Jugendhilfe an Schule“ ist intensive Einzelfall- und Beziehungsarbeit mit ausgewählten gefährdeten Schüler/-innen über alle Jahrgänge der Sekundarstufe hinweg. Flankiert wird diese Arbeit durch die Einbindung der Jugendlichen in interessen- und motivationsfördernde Kleingruppen-Angebote, die Selbstwirksamkeit und Erfolgserlebnisse erfahrbar machen. An den drei Haupt- und Realschulen mit Förderstufe finden neben der intensiven Einzelfallarbeit auch regelmäßig Angebote mit den gesamten Klassen statt (Sozialtraining, Ausflüge, Projektstage), um in Absprache mit den Lehrkräften frühzeitig auf einzelfallorientierten Förder- und Unterstützungsbedarf reagieren zu können.

In den drei Haupt- und Realschulen mit Förderstufe sind 2013/14 insgesamt 432 Schüler/-innen beteiligt. Angebote im Klassenverband erreichen 263 Schüler/-innen. Sie zeigen außerdem die Anzahl der Schüler/-innen auf, die im Rahmen einer intensiven Einzelfallarbeit gefördert werden (2013/14: 169). Um fast 27 Prozent steigt die Zahl der Beteiligten insgesamt im darauffolgenden Schuljahr (von 432 auf 548 Schüler/-innen; vgl. Tabellen C 3.2.2 und C 3.2.3 im Anhang).

An den drei Integrierten Gesamtschulen rekrutieren sich die Teilnehmer/-innen an den Kleingruppen-Angeboten aus den Schüler/-innen, die im Rahmen der intensiven Einzelfallarbeit gefördert werden (2013/14: 64 Schüler/-innen und 2014/15: 65 Schüler/-innen; vgl. Tabellen C 3.2.4 und C 3.2.5 im Anhang).

Scout – ein Projekt im Rahmen von „Jugendhilfe an Schule“

Das Projekt Scout ist ein schulisches Auszeit-Projekt, das in enger Abstimmung zwischen dem Jugendamt, den Mitarbeiter/-innen des Konzeptes „Jugendhilfe an Schule“, dem Staatlichen Schulamt und den drei Haupt- und Realschulen mit Förderstufe (Bachschule, Ernst-Reuter-Schule, Mathildenschule) durchgeführt wird. Die Schulbiografie der teilnehmenden Jugendlichen zeichnet sich durch enorme Misserfolge, massive Lernrückstände, sehr hohe Fehlzeiten, Konflikte und teilweise mehrere vorangegangene Schulwechsel aus. In der Konsequenz erscheint eine erfolgreiche Arbeit im Rahmen des vorangehend skizzierten Konzeptes „Jugendhilfe an Schule“ – also eine Unterstützungsstruktur flankierend zum Schulbesuch – für die Zielgruppe dieses Projektes nicht erfolgversprechend.

Zwei Projektmitarbeiter/-innen der Fachstelle Jugendhilfe/Schule des Jugendamtes arbeiten im Kinder-, Jugend- und Kulturzentrum (KJK) Sandgasse mit den Jugendlichen zusammen, die ein Schuljahr lang im Projekt „Scout“ ihre Schulpflicht erfüllen. Sozialpädagogische Einzel- und Gruppenarbeit stehen ebenso auf der Agenda wie lerntherapeutische Ansätze und die Vermittlung von Lernstoff. In unterschiedlichen Angeboten aus den Bereichen Musik, Medienarbeit, Sport, Erlebnispädagogik, Verantwortungsübernahme (z. B. bei Veranstaltungen der Einrichtung) lernen die Jugendlichen, an Aufgaben „dranzubleiben“, erleben Lernerfolge, setzen sich mit sich selbst und ihrer Zukunft auseinander. Das Projekt verfolgt das Ziel, den Jugendlichen die Rückkehr an ihre Schule mit der Perspektive zu ermöglichen, dass sie ihre Schullaufbahn erfolgreich fortsetzen und den Schulabschluss erlangen (2013/14: neun Schüler/-innen und 2014/15: acht Schüler/-innen; vgl. Tabellen C 3.2.6 im Anhang).

JUGEND STÄRKEN im Quartier

Das Jugendamt der Stadt Offenbach hat sich erfolgreich für eine Förderung im Zeitraum von Anfang 2015 bis Ende 2018 durch das Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ beworben.

Mit 1,6 Millionen Euro hat das Vorhaben des Jugendamtes Offenbach das höchstmögliche Projektvolumen. Darüber hinaus gehört der Offenbacher Antrag zu jenen besonders prämierten, die einen Bundeszuschuss in Höhe von zehn Prozent ihrer Gesamtausgaben – also 160.000 Euro – erhalten, weil die Förderung der Zielgruppe „junge neuzugewanderte Menschen“ als besonders stringent und förderfähig eingestuft worden ist. Dadurch reduziert sich die festgelegte Kofinanzierung von 800.000 auf 640.000 Euro.

Das Vorhaben umfasst drei Projekte mit folgenden inhaltlichen Ausrichtungen:

- ▶ Projekt 1: Intensive Schulschwänzer aufzusuchen, die durch Schulsozialarbeit an Schule nicht mehr erreicht werden und sie sukzessive wieder in die Schule zu reintegrieren.
- ▶ Projekt 2: Abschlussgefährdete Jugendliche zum Hauptschulabschluss und in Übergang und Beruf zu begleiten.
- ▶ Projekt 3: Neuzugewanderte Jugendliche, insbesondere aus Bulgarien, Rumänien und Polen, bei der Integration in Schule und Gesellschaft zu unterstützen.

Die einzelfallbezogene sozialpädagogische Förderung (Case-management) in diesen Projekten wird ergänzt durch quartiersbezogene Mikroprojekte, die handlungsorientierte Lernfelder für die Jugendlichen ermöglichen, in denen diese sich jenseits von Schule entwickeln können. Und die gleichsam zur Aufwertung der explizit beantragten Quartiere (Fördergebiete) und zur Aktivierung der jungen Menschen in ihrem Wohnumfeld beitragen.

Die Umsetzung der operativen Arbeit hat größtenteils zum Schuljahr 2015/16 begonnen. Lediglich Projekt 2 „Abschluss mit Anschluss“⁶⁵ ist bereits im Laufe des Schuljahres 2014/15 umgesetzt worden. Die Mitarbeiter/-innen aus „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ übernehmen dabei die Aufgabe, für alle Schüler/-innen des achten Jahrgangs ein Schülerprofil zu erstellen. Dafür werden Projekttage im Klassenverband sowie Einzelgespräche und Einzeltestungen durchgeführt. Darüber hinaus begleiten sie je 10 bis 12 Schüler/-innen in den 8. sowie den 9. Klassen durch eine einzelfallbezogene sozialpädagogische Förderung.⁶⁶

3.3 Außerschulische Jugendarbeit an bzw. in Kooperation mit Schulen

Hier handelt es sich um angebotszentrierte Kooperationsprojekte, bei denen Mitarbeiter/-innen der Jugendeinrichtungen (z. B. Medienetage, Jugendkulturbüro oder Jugendzentren) im Rahmen eines bestimmten Angebotes an den Schulen tätig sind bzw. diese Tätigkeiten mit Schulklassen durchführen.

Berücksichtigt sind außerdem Angebote an bzw. in Kooperation mit Schulen aus Projekten, die zumindest anteilig über Drittmittel oder Spenden finanziert werden, die vom Jugendamt akquiriert sind (z. B. Patenschaftsmodell Offenbach, Kultur macht stark, offRockMobil).

Im Jahr 2014 sind an 14 Schulen insgesamt 57 Angebote durchgeführt worden (2012: 51 Angebote an 15 Schulen).

In Bezug auf die Angebotsstunden des Jugendamtes, Sachgebiet Kinder- und Jugendarbeit an oder in Kooperation mit den Schulen lässt sich von 2012 bis 2014 ein leichter Rückgang um 1,8 Wochenstunden feststellen. Das ist erstaunlich vor dem Hintergrund, dass der Umfang des Personaleinsatzes im Bereich der Hauptamtlichen um 56 Prozent (–2.171 Std.) abgenommen hat. Dieser personelle Einschnitt erklärt

⁶⁵ Das Projekt wird in Kapitel C 1.9 näher beschrieben.

⁶⁶ Die teilnehmenden Schüler/-innen an der Bach- und der Mathildenschule im Schuljahr 2014/15 sind in der Tabelle C 3.2.3 im Anhang bereits berücksichtigt.

Tabelle C 3.3.1: Anzahl der Angebote der städtischen Jugendeinrichtungen an bzw. in Kooperation mit Schulen

Schule	Zahl der Angebote		
	2011	2012	2014
Bachschule	2	2	4
Edith-Stein-Schule		1	4
Eichendorffschule		2	
Erich-Kästner-Schule		1	
Ernst-Reuter-Schule	8	8	2
Friedrich-Ebert-Schule	5	4	5
Fröbelschule	2	2	1
Geschw.-Scholl-Schule	4	3	5
Gewerbl.-Techn. Schulen	1		
Lauterbornschule			1
Leibnizschule	2	4	2
Ludwig-Dern-Schule	1	1	2
Mathildenschule	6	10	8
Rudolf-Koch-Schule	1	8	7
Schillerschule	2	2	6
Theodor-Heuss-Schule	2	2	3
Wilhelmsschule	3	1	7
Angebote gesamt	39	51	57
Anzahl der Schulen	13	15	14

Quelle: Jugendamt, Sachgebiet Kinder- und Jugendarbeit

Tabelle C 3.3.2: Schüler/-innen in den Kooperationsprojekten

	2011	2012	2014
weiblich	477	737	882
männlich	505	770	696
Summe	982	1.507	1.578

Quelle: Jugendamt, Sachgebiet Kinder- und Jugendarbeit

sich durch das Auslaufen des Programms „JUGEND STÄRKEN in der Region“ zum Jahresende 2013. Gestiegen ist hingegen der Stundenumfang der Honorarkräfte um 11 Prozent (+ 227 Stunden) und neu hinzugekommen sind 2014 die 805 im Praktikum oder Ehrenamt geleisteten Stunden.

Gewaltprävention

Das Jugendamt der Stadt Offenbach, Sachgebiet Kinder- und Jugendarbeit, bietet den Schulen zudem eine breite Palette von Angeboten und Maßnahmen zwecks Auf- und Ausbau der Präventionsarbeit an. Kooperationspartner sind der Förderverein Sicheres Offenbach e. V. und die Geschäftsstelle Kommunale Prävention:

- Durch das „Offenbacher Rahmenkonzept und Methodenkoffer zur Gewaltprävention an Schulen“ werden durch zielgerichtete Angebote die Schüler/-innen sowie Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter/-innen erreicht (2014: an 11 Schulen 1.724 Personen).
- Zusätzlich werden durch die Module zu „Medienrisiken und Medienkompetenz“ und zu „häuslicher Gewalt“ 2014 ca. 280 Personen erreicht.

Tabelle C 3.3.3: Angebote und Personaleinsatz nach Stunden

	2011	2012	2014 ⁶⁷
Stunden Hauptamtliche	3.276 (2,28 Stellen)	3.846 (2,67 Stellen)	1.675 (1,07 Stellen)
Stunden Honorarkräfte	1.511	2.107	2.334
Stunden im Praktikum/Ehrenamt (PMO)			805
Angebotsstunden wöchentlich	83,4	84,6	82,8

Quelle: Jugendamt, Sachgebiet Kinder- und Jugendarbeit

⁶⁷ Die Zahlen des Berichtsjahres 2014 lassen sich nicht mehr direkt mit den Zahlen der Vorjahre vergleichen, da einige Angebote anderen Bereichen zugeordnet wurden und deshalb in den Tabellen nicht berücksichtigt sind.

- Der Fachtag des Jugendamtes zu „Gewalt & Gewaltprävention“ 2014 richtete sich gezielt an eine kleine Zielgruppe, die bereits an entsprechenden Vorqualifizierungen teilgenommen hat (ca. 25 Personen).

Im Kontext dieser präventiven Arbeit kooperiert das Jugendamt u. a. mit dem Staatlichen Schulamt, dem Netzwerk gegen Gewalt, dem Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ sowie mit zahlreichen Hochschulen und Forschungsstätten.

4. Außerschulische Bildungs- und Förderangebote in städtischen Jugendeinrichtungen

Die Bildungs- und Förderangebote der städtischen Jugendeinrichtungen werden hier in zwei Themenbereichen dargestellt, als schulorientierte und als lebensweltorientierte Angebote. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass viele der Jugendamts-Angebote in den Bereichen Kultur und Medien seit 2011 in noch engerer Kooperation mit den Schulen stattfinden, dadurch erreichen sie noch mehr Kinder und Jugendliche und leisten einen eigenen Beitrag zur Bildungsarbeit in Offenbach. Eine Darstellung dieser Angebote findet sich im vorangehenden Abschnitt (vgl. C.3.3 und dazu auch die Tabellen C.3.3.1, C.3.3.2 und C.3.3.3).

4.1 Schulorientierte Angebote

Hier werden sämtliche Bildungsangebote dargestellt, die sich an Schüler/-innen richten. Die Angebote werden teilweise in Absprache oder aufgrund von Kooperationsvereinbarungen mit den Schulen durchgeführt und teilweise auch ohne deren Kenntnis. Hierzu zählen beispielsweise Lern- und Hausaufgabenhilfen, Beratungsangebote im Übergangsbereich Schule/Ausbildung/Beruf und entsprechende Elternarbeitsangebote in den Jugendeinrichtungen des Jugendamtes.

Tabelle C 4.1.2: Lebensweltbezogene Angebote

Jahr	Zahl der Angebote	Zahl der Teilnehmer/-innen	Angebotsumfang in Wochenstunden
2010	212	14.345 (davon 6.500 wegen der Neuwahlen des Kinder- und Jugendparlaments)	ca. 440
2011	222	7.542	523
2012	209	15.488 (davon ca. 8.000 wegen der Neuwahlen des Kinder- und Jugendparlaments)	411
2014	210	5.231 (ohne Kinder- und Jugendparlament-Wahl)	331

Quelle: Jugendamt, Sachgebiet Kinder- und Jugendarbeit

Tabelle C 4.1.1: Schulorientierte Angebote der städtischen Jugendeinrichtungen⁶⁸

Jahr	Zahl der Angebote	Zahl der Teilnehmer/-innen	Angebot in Wochenstunden
2010	11	381	51
2011	39	820	76,2
2012	55	1.299	76,1
2014	29	567	50,4

Quelle: Jugendamt, Sachgebiet Kinder- und Jugendarbeit

Besonders stark ist der Zuwachs der Angebote der städtischen Jugendarbeit in Schulen, in denen sich die jungen Menschen mit Musik, Theater, Tanz, Medien oder Sport beschäftigen. Immer mehr Mitarbeiter/-innen sind außer im Jugendzentrum auch direkt in den Schulen oder mit Schulklassen aktiv und bieten beispielsweise Musik-, Theater-, Tanz- und Videoprojekte, Holz- und Fahrradwerkstätten oder Sportangebote und Fitnessstrainings an.

4.2 Lebensweltbezogene Angebote

Hierzu zählen Bildungsangebote und Seminare, u. a. aus den Bereichen Musik, internationaler und interkultureller Austausch. Auch kontinuierlich stattfindende pädagogische Gruppenangebote sind diesem Bereich zugeordnet. Dazu zählen geschlechtsspezifische Angebote, Sport-, Musik- und Medienangebote sowie Partizipationsangebote. Außerdem gehören Eltern/Kind-Bildungsangebote zu diesem Bereich, die sich zum Beispiel mit dem Ziel der Unterstützung der Erziehungskompetenzen bzw. der sozialen und kulturellen Integration an Väter und Mütter richten.

⁶⁸ Die Zahlen des Berichtsjahres 2014 lassen sich nicht mit den Zahlen der Vorjahre vergleichen, da einige bislang hierunter rubrizierte Angebote anderen Bereichen zugeordnet sind. Gleiches gilt auch für die Darstellung der lebensweltbezogenen Angebote (vgl. Tab. C 4.1.2).

5. Schüler/-innen an beruflichen Schulen

Die Stadt Offenbach unternimmt mit zahlreichen Partnern vor Ort beträchtliche Anstrengungen, die Schüler/-innen auf den Übergang von der Schule in den Beruf vorzubereiten. Eine frühe und umfassende Berufsorientierung soll den Weg in die Ausbildung und den Beruf ebnen.⁶⁹

Das Kapitel beleuchtet diesen Bildungsübergang aus verschiedenen Perspektiven. Dabei stehen die beruflichen Schulen, ihre Schülerzahlen, Neuzugänge, Bildungswege und -angebote im Mittelpunkt. Doch zunächst werden die mit dem Übergang verbundenen Ziele aus der Perspektive der Schulabgehenden vorgestellt.

5.1 Ergebnisse der Schulabgangsbefragung 2014

Das Amt für Arbeitsförderung der Stadt Offenbach führt jährlich eine Schulabgangsbefragung durch. Zielsetzung der Erhebung ist es, einen Überblick über die beruflichen Perspektiven von Offenbacher Schüler/-innen zu erhalten.

Neben persönlichen bzw. sozialstatistischen Daten werden die subjektiven Erfahrungen, Wünsche und Vorhaben der Schüler/-innen im zweiten Halbjahr der Klassen 9 und 10 an Haupt-, Real- und Gesamtschulen online erfragt. Von den insgesamt 1.065 befragten Schüler/-innen haben 880 an der Befragung teilgenommen, was einer Rücklaufquote von 83 Prozent (2012: 75 Prozent) entspricht. Die Befragungsteilnehmer/-innen sind zu 46 Prozent weiblich und haben zu 63 Prozent einen Migrationshintergrund.

Vorbereitung auf die Zeit nach der Schule

- ▶ 63 Prozent der Jugendlichen fühlen sich auf die Zeit nach Beendigung der Schulzeit gut vorbereitet (seit 2012 um 9 Prozentpunkte gestiegen), 6 Prozent gaben an, sich schlecht oder gar nicht vorbereitet zu fühlen.
- ▶ 9 Prozent der Befragten wissen drei bis vier Monate vor Ende des laufenden Schuljahres noch nicht, welchen weiteren Weg sie einschlagen werden. Dieser Anteil ist seit 2012 um 5 Prozentpunkte gesunken.
- ▶ Auf die Frage nach ihrer Priorität zum Anschluss an die Schule geben 64 Prozent an, einen höheren Schulabschluss anzustreben.

Bewerbungsverhalten und Mobilität

- ▶ Nur 133 der befragten Schüler/-innen streben eine Ausbildung an. Dies entspricht 15 Prozent aller Befragten und ist damit auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebungen.
- ▶ 101 Schüler/-innen konnten zum Zeitpunkt der Befragung noch keinen Ausbildungsplatz vorweisen, davon hatten sich 48 noch gar nicht und 14 nur für einen Ausbildungsplatz beworben. 16 haben bis zu drei Bewerbungen, neun bis zu zehn Bewerbungen und 13 mehr als zehn Bewerbungen verschickt.
- ▶ Ein gutes Drittel der Bewerber/-innen erhält nur Absagen.
- ▶ Von den 48 Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz erhalten haben, können sich knapp 60 Prozent vorstellen, in Frankfurt zu arbeiten und 16 Prozent in ganz Deutschland. Die Bereitschaft zur Mobilität ist bei den Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz etwas geringer (54 Prozent bzw. 8 Prozent).

Unterstützung bei der Berufswahl

- ▶ Von den 133 Jugendlichen, die eine Ausbildung anstreben, haben 70 Prozent ein Gespräch mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit geführt oder einen Termin vereinbart. Das gilt nur für 35 Prozent der Befragten, die noch nicht wissen, was sie nach der Schule machen.
- ▶ Die wichtigste Rolle zur Unterstützung bei der Berufswahl spielt die Familie, insbesondere die Mütter (58 Prozent). Die Berufsberatung der Agentur für Arbeit empfinden nur 13 Prozent nützlich als Orientierung für ihre Zukunftsplanung.
- ▶ Fast die Hälfte der Befragten bewerten Berufspraktika als wertvolle Erfahrung und ein Viertel sieht in Ausbildungsmessen ein gutes Unterstützungsangebot.

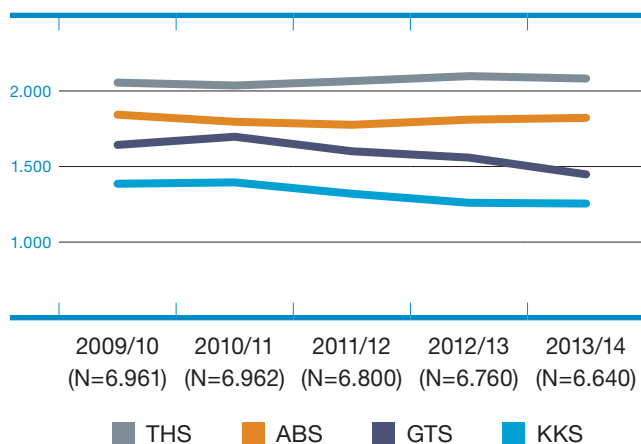
5.2 Schülerschaft an beruflichen Schulen

Das Kernangebot der beruflichen Schulen umfasst die drei Bereiche des beruflichen Ausbildungssystems: Duale Ausbildung, Schulberufssystem, Angebote im Übergang Schule-Beruf. Berufliche Schulen vermitteln allgemeine und berufliche Bildung in berufsqualifizierenden und studienqualifizierenden Bildungsgängen.

⁶⁹ Vgl. hierzu auch C 1.9; Projektskizze „Abschluss mit Anschluss“ (S. 51).

Offenbach ist Standort von vier beruflichen Schulen, die eine Vielzahl von Schulformen unter einem Dach vereinen und durch ihre Ausrichtung auf spezielle Berufsfelder zahlreiche Berufsperspektiven eröffnen: August-Bebel-Schule (ABS)⁷⁰, Gewerblich-technische Schulen (GTS), Käthe-Kollwitz-Schule (KKS), Theodor-Heuss-Schule (THS). Außerdem gibt es einen Berufsfachschulzweig an der privaten Marienschule.⁷¹

Abbildung C 5.2.1: Schüler/-innen an beruflichen Schulen in der Stadt Offenbach in den Schuljahren 2009/10 bis 2013/14



Quelle: EBO 2011, EBO 2013 und Datenberichte 2012, 2014

Seit dem Schuljahr 2009/10 hat die Zahl der Schüler/-innen insgesamt an beruflichen Schulen in Offenbach um 5 Prozent (321 Schüler/-innen) abgenommen. Einen überproportionalen Rückgang haben die Käthe-Kollwitz-Schule (9 Prozent) und die Gewerblich-technischen-Schulen (12 Prozent) in diesem Zeitraum zu verzeichnen. Der Berufsschulzweig an der Marienschule zählt konstant weniger als 35 Schüler/-innen. Nur die Theodor-Heuss-Schule zeigt in diesem Zeitraum einen Zuwachs um 1 Prozent an.

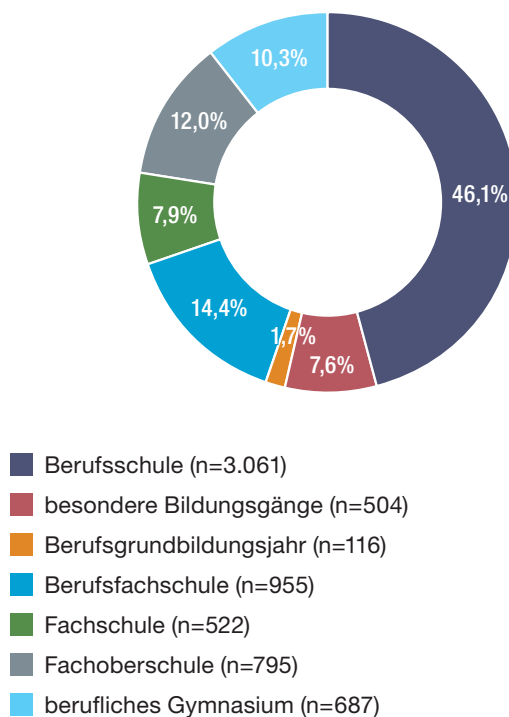
Im Schuljahr 2013/14 besuchten 6.640 Schüler/-innen (2011/12: 6.800) die beruflichen Schulen im Stadtgebiet.⁷² 46 Prozent der Schülerschaft sind dem Berufsschulzweig zuzuordnen (s. Abbildung C 5.2.2). Die Anteile der weiteren Schulzweige bzw. Bildungsgänge liegen weit darunter; so

folgt mit 14,4 Prozent die Berufsfachschule und mit 12 Prozent die Fachoberschule. Im Vergleich zum Schuljahr 2011/12 haben sich diese Anteile nur geringfügig verändert.⁷³

Schüler/-innen nach Migrationshintergrund

Von den insgesamt 6.640 Schüler/-innen haben 38 Prozent einen Migrationshintergrund. An den beruflichen Schulen kehrt sich demnach das Verhältnis der Anteile von Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen um.⁷⁴ Die Abbildung C 5.2.3 stellt das Verhältnis für die einzelnen Zweige der beruflichen Schulen dar. Daraus ist ersichtlich, dass Schüler/-innen mit Migrationshintergrund überproportional häufig „Besondere Bildungsgänge“, die Berufsfachschule und die Fachoberschule besuchen. An Berufsschulen, Fachschulen und beruflichen Gymnasien sind sie unterrepräsentiert.

Abbildung C 5.2.2: Schüler/-innen der beruflichen Schulen in der Stadt Offenbach 2013/14 nach Schulzweigen



Quelle: Stadtschulamt

⁷⁰ Die August-Bebel-Schule befindet sich zwar auf dem Gebiet der Stadt Offenbach, aber die Trägerschaft obliegt dem Kreis. Aus diesem Grund besuchen nur wenige Schüler/-innen mit Wohnort Offenbach diese Schule (2011/12 nur 16 Prozent).

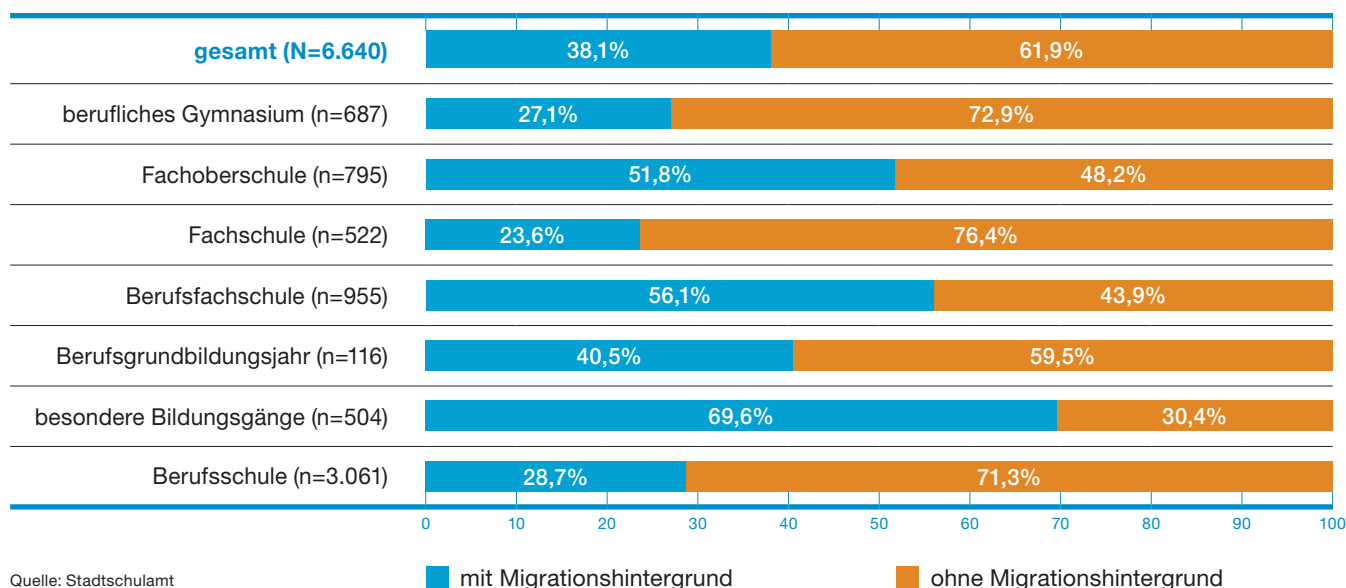
⁷¹ Die Tabelle C 5.2.1 im Anhang gibt eine Übersicht über die Verteilung der Schüler/-innen auf Schulen und Schulzweige in Offenbach.

⁷² Die Verteilung nach Schulen und Bildungsgängen findet sich im Anhang: Tabelle C 5.2.1.

⁷³ Die Ausnahme bildet die Kategorie „Berufsschule“, die im EBO 2013 einen Anteil von 58 Prozent ausweist, da hierunter auch die Kategorien „Besondere Bildungsgänge“ und „Berufsgrundbildungsjahr“ gefasst sind. Diese drei Kategorien werden im vorliegenden EBO gesondert ausgewiesen. Die entsprechenden drei Werte für 2013/14 ergeben in der Summe 55,5 Prozent. Vgl. EBO 2013, S. 63.

⁷⁴ Dies ist vor allem darin begründet, dass die entsprechende Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts erst die Geburtsjahrgänge nach 2000 betrifft, und diese Jahrgänge sind noch nicht in den Beruflichen Schulen angekommen. Unter Schüler/-innen mit Migrationshintergrund sind überwiegend Nichtdeutsche gefasst.

Abbildung C 5.2.3: Schüler/-innen der beruflichen Schulen in Offenbach 2013/14 nach Schulzweigen und Migrationshintergrund

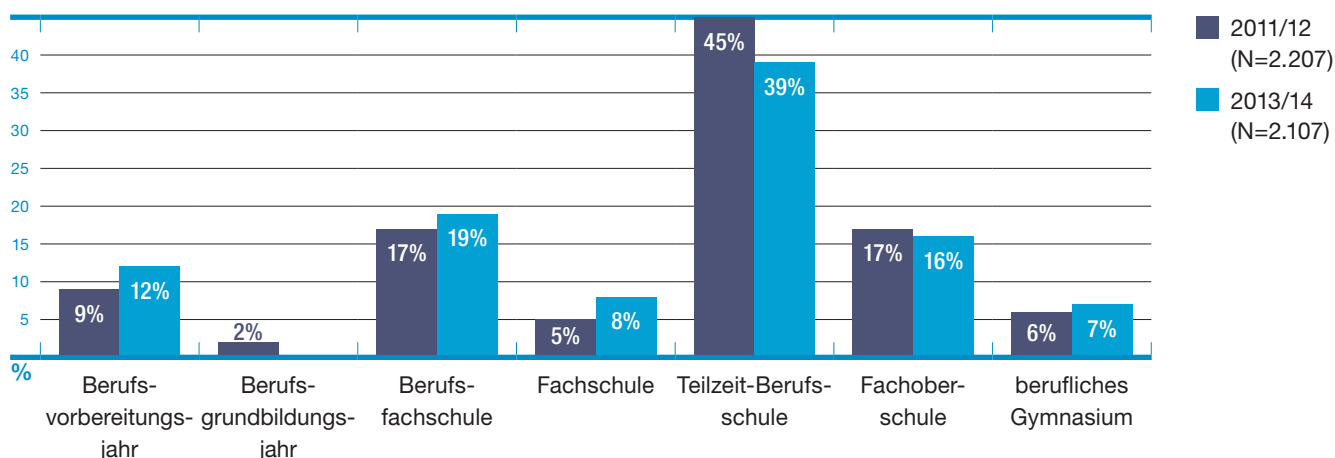


Bezogen auf die jeweilige Gruppe lässt sich Folgendes feststellen (vgl. Tabelle C 5.2.1 im Anhang): Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund absolvieren öfter als Schüler/-innen mit Migrationshintergrund eine duale Ausbildung. 53 Prozent der 4.108 beruflichen Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund in Offenbach sind der „Berufsschule“ zuzuordnen; das trifft nur auf 35 Prozent der 2.532 Schüler/-innen mit Migrationshintergrund zu.

5.3 Neuzugänge an beruflichen Schulen

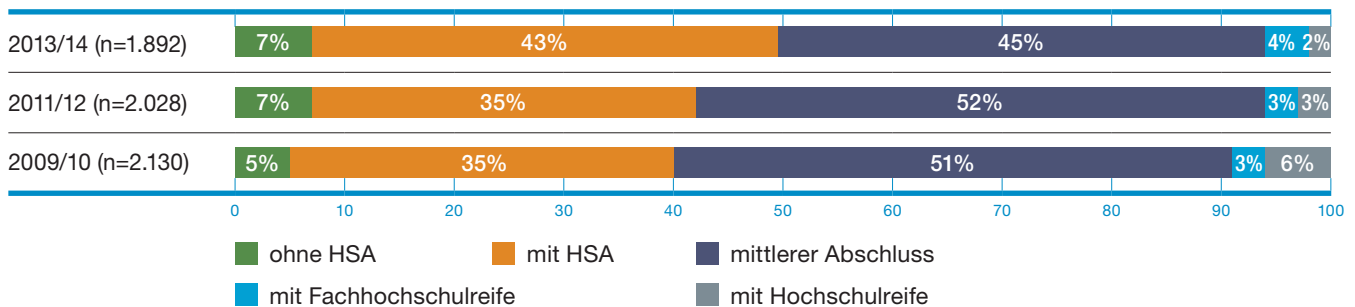
Zum Schuljahr 2013/14 verzeichnen die drei beruflichen Schulen in städtischer Trägerschaft ⁷⁵ 2.107 neue Schüler/-innen ⁷⁶ (2011/12: 2.207). Fast die Hälfte der Neuzugänge sind weiblich (49,4 Prozent). Die neuen Schüler/-innen sind zu 39 Prozent nichtdeutsch.

Abbildung C 5.3.1: Neuzugänge an beruflichen Schulen in Offenbach nach Schulzweigen 2011/12 und 2013/14



⁷⁵ Die Ausführungen dieses Abschnitts gründen auf standardisierten Berechnungen des Hessischen Statistischen Landesamtes, für die die Verwaltungszuschnitte ausschlaggebend sind. Deshalb findet die Schülerschaft der August-Bebel-Schule in Trägerschaft des Kreises Offenbach im Folgenden keine Berücksichtigung.

⁷⁶ Vgl. auch folgend Tabelle C 5.3.1 im Anhang.

Abbildung C 5.3.2: Schulische Abschlüsse der Neuzugänge an beruflichen Schulen in Offenbach 2009/10 bis 2013/14⁷⁷

Quelle: HSL E12.1, EBO 2011 und 2013

Die Neuzugänge sind – wie Abbildung C 5.3.1 zeigt – zu 39 Prozent an Teilzeit-Berufsschulen angemeldet (–6 Prozentpunkte zu 2011/12). Zu 19 Prozent besuchen sie Berufsfachschulen (+2 Prozentpunkte zu 2011/12) und zu 16 Prozent Fachoberschulen (–1 Prozentpunkt zu 2011/12).

Abbildung C 5.3.2 zeigt, dass seit 2009/10 die Anteile der Neuzugänge, die über einen Hauptschulabschluss verfügen, um 8 Prozentpunkte gestiegen sind; entsprechend ist der Anteil derer, die über einen Realschulabschluss verfügen, um 6 Prozentpunkte gesunken. Auch der Anteil der Neuzugänge mit Hochschulreife ist um 4 Prozentpunkte gesunken. Im Vergleich zu den Neuzugängen an beruflichen Schulen in Hessen verfügen – wie schon im Schuljahr 2011/12 – die Neuzugänge an beruflichen Schulen der Stadt Offenbach über niedrigere Schulabschlüsse.⁷⁸

5.4 Schüler/-innen nach den Bereichen des beruflichen Ausbildungssystems

Das berufliche Ausbildungssystem gliedert sich in drei Bereiche: die duale Berufsausbildung, Bildungsgänge an Berufsfachschulen und die Angebote Übergang Schule–Beruf.⁷⁹

- Das duale Berufsausbildungssystem bildet den größten Sektor und verknüpft die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule.
- Die Bildungsgänge an Berufsfachschulen stellen den zweiten Bereich und führen ebenso zum anerkannten Berufsabschluss. Hierunter fallen insbesondere zahlreiche vollzeitschulische Ausbildungen im Gesundheits- und Pflegebereich.

Tabelle C 5.4.1: Verteilung der Schüler/-innen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems in der Stadt Offenbach 2013/14 nach Geschlecht und Nationalität⁸⁰

	gesamt	in %	weiblich	in %	nichtdeutsch	in %
duale Ausbildung*	2.110	59%	953	52%	523	44%
Schulberufssystem**	570	16%	463	25%	164	14%
Übergang Schule–Beruf***	870	25%	401	22%	505	42%
gesamt	3.550	100%	1.817	100%	1.192	100%

* Berufsschüler/-innen sowie Schüler/-innen im Berufsgrundbildungsjahr (kooperative Form).

** Schüler/-innen an Berufsfachschulen (in vollschulischen Ausbildungsgängen) sowie an der Fachschule für Sozialwesen der Käthe-Kollwitz-Schule.

*** Schüler/-innen in Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung (BBV), EIBE und in berufsvorbereitenden Bildungsgängen an Berufsfachschulen.

Quelle: HSL E 7.2, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 21. 1. 2015

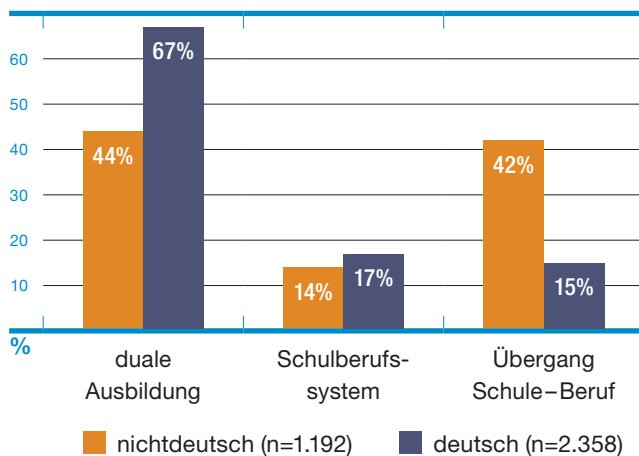
⁷⁷ Hierin fließen nur die Schüler/-innen ein, deren Herkunftsschulabschluss bekannt ist. Das führt zu einer geringeren Grundgesamtheit.

⁷⁸ Vgl. Tabelle C 5.3.2 im Anhang.

⁷⁹ In den Ausführungen dieses Kapitels sind die Schüler/-innen der August-Bebel-Schule nicht beinhaltet.

⁸⁰ Enthält nicht den Bereich „Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung“ (Berufliches Gymnasium und Fachoberschule) sowie nicht den Bereich „in beruflicher Fortbildung“ (Fachschule Technik der Gewerblich-technischen Schulen).

Abbildung C 5.4.1: Verteilung der Schüler/-innen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems 2013/14 nach Nationalität

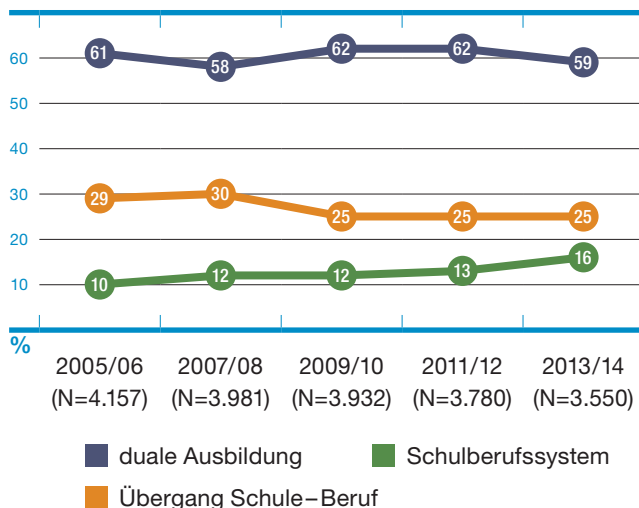


Quelle: HSL D 12.4b, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 17.12.2015

- ▶ Als dritter Bereich sind die Angebote Übergang Schule-Beruf zu nennen. Hierunter fallen vielfältige Angebote und Maßnahmen, die nicht zu einem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern Wege in eine qualifizierende Ausbildung ebnen.

Der Großteil der Jugendlichen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems (59 Prozent) befindet sich in einer dualen Ausbildung. Jede/r vierte Schüler/-in nimmt an Angeboten am Übergang Schule-Beruf teil.

Abbildung C 5.4.2: Entwicklung der Schülerschaft nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems in der Stadt Offenbach – seit 2005/06

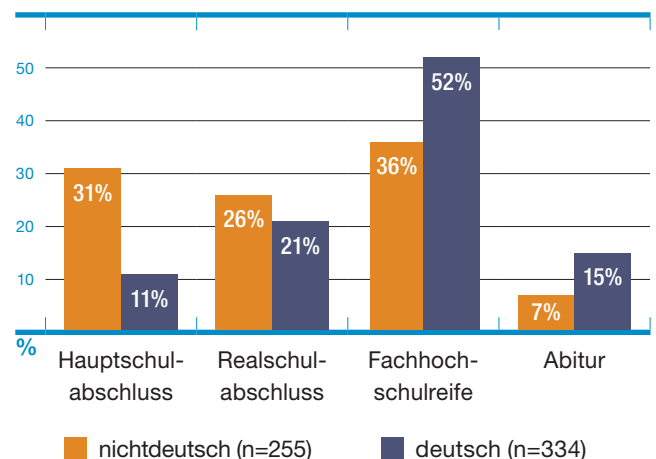


Quelle: HSL E 7.2, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 11.1.2016

Zwei Drittel der deutschen Schüler/-innen an beruflichen Schulen der Stadt Offenbach gehen einer dualen Ausbildung nach. Die Bereiche duale Ausbildung und Übergang Schule-Beruf machen unter den nichtdeutschen Schülern und Schülerinnen fast gleich große Anteile aus (44 bzw. 42 Prozent; siehe Abbildung C 5.4.1).

Seit 2005/06 ist die Zahl der Schüler/-innen insgesamt um 15 Prozent gesunken. Abbildung C 5.4.2 zeigt die Entwicklung der Bereiche: Die Schülerschaft im Übergang Schule-Beruf hat um 4 Prozentpunkte abgenommen (von 1.224 auf 870 Schüler/-innen), in der dualen Ausbildung um 2 Prozentpunkte. Das Schulberufssystem hat einen Zuwachs von 6 Prozentpunkten (von 415 auf 570 Schüler/-innen) zu verzeichnen.

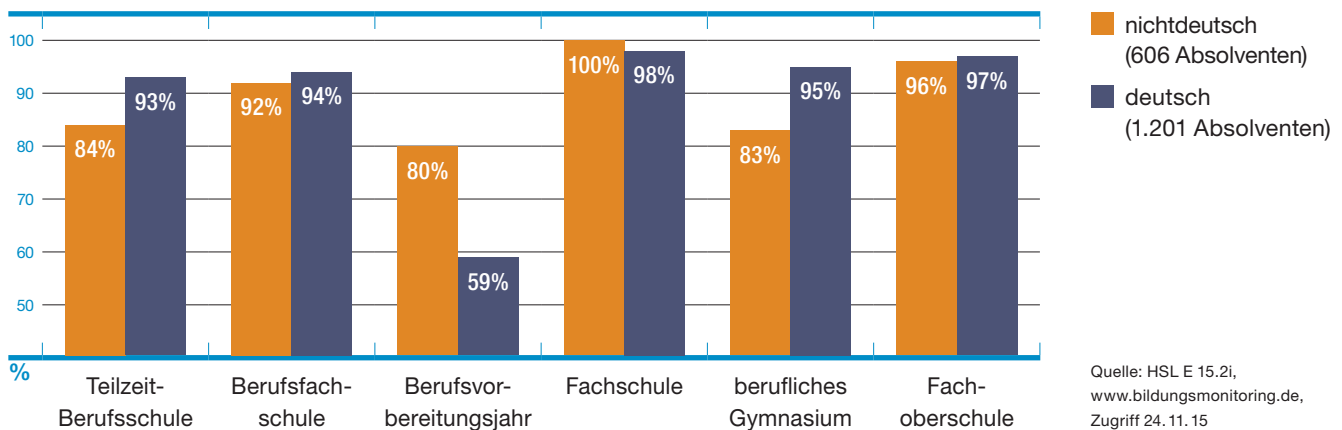
Abbildung C 5.4.3: Schulentlassene beruflicher Schulen der Stadt Offenbach mit zusätzlich erworbenem allgemeinbildendem Abschluss am Ende des Schuljahres 2013/14 nach Nationalität



Quelle: HSL D 12.4b, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff 17.12.2015

In Offenbach machen nichtdeutsche Abgänger/-innen an beruflichen Schulen relativ häufiger den Haupt- und den Realschulabschluss; über die Hälfte der deutschen Abgänger/-innen absolvieren am Ende des Schuljahres 2013/14 an beruflichen Schulen in Offenbach die Fachhochschulreife (siehe Abbildung C 5.4.3).

Mit Ausnahme des Berufsvorbereitungsjahrs und der Fachschule verlassen die deutschen Abgänger/-innen die beruflichen Schulen häufiger mit dem angestrebten Abschluss. Am größten sind die Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Absolvent(inn)en im Berufsvorbereitungsjahr und am beruflichen Gymnasium (siehe Abbildung C 5.4.4).

Abbildung C 5.4.4: Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge 2013 nach Nationalität

5.5 Exkurs: Daten der integrierten Ausbildungsberichterstattung

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) des Hessischen Statistischen Landesamtes ermöglicht eine Erfassung der Jugendlichen nach Verlassen der Sekundarstufe I, d. h., sie nimmt die Einmündungen in das Ausbildungssystem (z. B. duale Ausbildung) und in das weiterführende Schulsystem (gymnasiale Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen und Angebote der Beruflichen Schule) in den Fokus. Auch Maßnahmen zur Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit werden in der iABE erfasst. Diese Datenquelle wird erstmalig für Auswertungen im Erziehungs- und Bildungsbericht Offenbach genutzt.

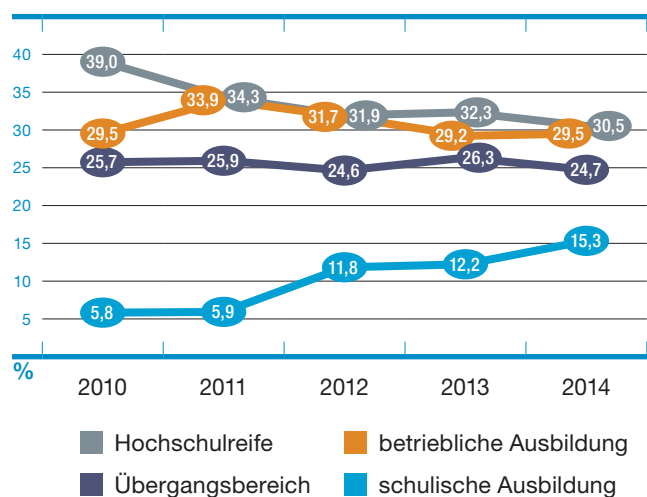
Nach der Systematik der iABE werden Bildungsgänge nach ihren Bildungszielen entsprechenden Zielbereichen zugeordnet. Im Kernbereich der iABE stehen dabei drei Zielbereiche (I Berufsabschluss, II Hochschulreife, III Übergangsbereich)⁸¹. Die iABE liefert regionale Auswertungen (auf der Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten) sowie Auswertungen, die zwischen dem Schul- und dem Wohnort der Jugendlichen unterscheiden.⁸²

In diesem Exkurs stehen die Schüler/-innen mit Wohnort Offenbach im Fokus (Wohnortprinzip). Es steht also ein Teil der Offenbacher Bevölkerung und nicht der Schulstandort Offenbach im Mittelpunkt der Betrachtung.⁸³ Darüber hinaus wird

für zwei Teilbereiche der iABE ein interkommunaler Vergleich durchgeführt.

Anfänger/-innen nach Zielbereichen der iABE

Die folgende Abbildung stellt die Entwicklung der Zielbereiche (ZB) im Zeitverlauf dar: ZB I: Berufsabschluss (betriebliche Ausbildung und schulische Ausbildung), ZB II: Hochschulreife und ZB III: Übergangsbereich.

Abbildung C 5.5.1: Anfänger/-innen mit Wohnort Offenbach nach den Zielbereichen I–III in Prozent, 2010–2014⁸⁴

Quelle: iABE, Statistische Berichte, Bestände und Anfänger/-innen nach Verwaltungsbezirk der Schule und des Wohnorts, 2010–2014

⁸¹ Der Zielbereich IV „Hochschulabschluss“ wird nur nachrichtlich ausgewiesen, vgl. Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen, Ergebnisbericht 2014, S. 7 f. Da für diesen Zielbereich keine Auswertungen für Schul- und Wohnort möglich sind, wird er im EBO nicht weiter verfolgt. Die Zielbereiche I–III unterteilen sich weiter in Teilbereiche, wie z. B. betriebliche Ausbildung, schulische Ausbildung, allgemeine Hochschulreife. Jedes Bildungsangebot (z. B. duale Ausbildung, Berufsfachschule mit Berufsabschluss) wird als „Einzelkonto“ dem jeweiligen Teilbereich zugeordnet.

⁸² Vgl. methodischer Leitfaden der iABE (<http://www.statistik-hessen.de>).

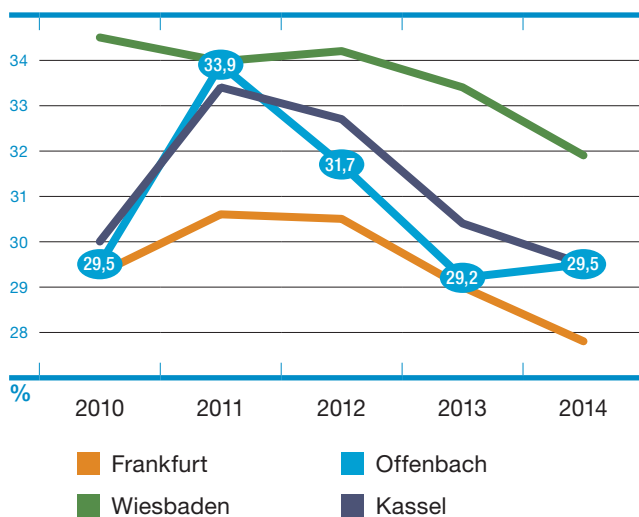
⁸³ Die Auswertung nach Wohnort liefert die iABE seit 2010 (Schuljahr 2010/11).

⁸⁴ Die Darstellung für den Zielbereich „Berufsabschluss“ erfolgt im Folgenden detaillierter und zwar nach den Teilbereichen „betriebliche Ausbildung“ und „schulische Ausbildung“.

Die Entwicklung der Quoten der Anfänger/-innen in den verschiedenen Bereichen nach Wohnort Offenbach stellt sich im Zeitverlauf wie folgt dar:

- Der größte Teil (30,5 Prozent; siehe Abbildung C 5.5.1) mündet 2014 nach der Sekundarstufe I in den Zielbereich „Hochschulreife“⁸⁵ ein. Dieser Bereich hat bei den Anfänger/-innen mit Wohnsitz Offenbach seit 2010 aber den größten Rückgang erfahren (–8,5 Prozentpunkte).
- Die Quote der Anfänger/-innen für den Zielbereich „Berufsabschluss“ hat sich wie folgt entwickelt (siehe Abbildung C 5.5.2): 29,5 Prozent münden nach der Sekundarstufe I in

Abbildung C 5.5.2: Anteile der Anfänger/-innen im Zielbereich I: Berufsabschluss (nur betriebliche Ausbildung) in kreisfreien Städten, 2010–2014 (Wohnortprinzip)

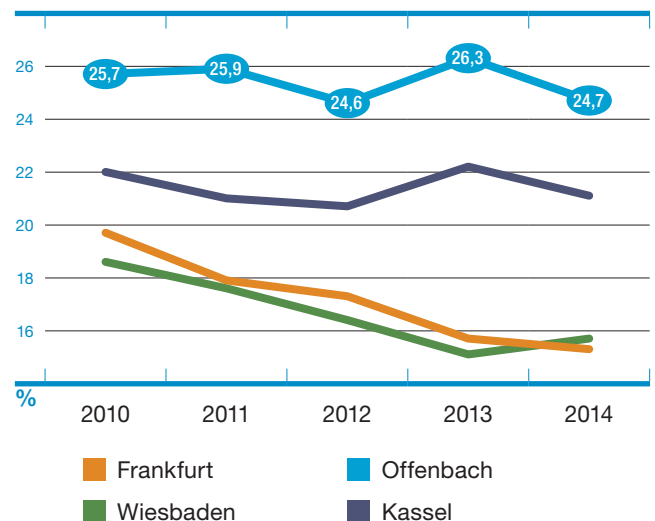


Quelle: iABE, Statistische Berichte, Bestände und Anfänger/-innen nach Verwaltungsbezirk der Schule und des Wohnorts, 2010–2014

den Teilbereich „betriebliche Ausbildung“ (duales System) ein. Dieser Wert ist nach einem Anstieg im Jahr 2011 gesunken und bleibt für den Gesamtzeitraum konstant. Der Anteil der Anfänger/-innen im Teilbereich „schulische Ausbildung“⁸⁶ hat sich in dem Zeitraum aber nahezu verdreifacht und liegt 2014 bei 15,3 Prozent.

- Jede/r vierte Anfänger/-in wechselte 2014 nach der Sekundarstufe I in den Übergangsbereich⁸⁷. Die Anfänger-Quo-

Abbildung C 5.5.3: Anteile der Anfänger/-innen im Zielbereich III: Übergangsbereich in kreisfreien Städten, 2010–2014 (Wohnortprinzip)



Quelle: iABE, Statistische Berichte, Bestände und Anfänger/-innen nach Verwaltungsbezirk der Schule und des Wohnorts, 2010–2014

ten sind damit im Zeitverlauf für diesen Bereich, analog zur betrieblichen Ausbildung, nahezu konstant (–1 Prozentpunkt seit 2010).

Interkommunaler Vergleich: Anfänger/-innen in den Zielbereichen I und III

Wie der interkommunale Vergleich zeigt (siehe Abbildung C 5.5.2), ist der Anteil der Anfänger/-innen im Teilbereich „betriebliche Ausbildung“ (Wohnortprinzip) in Wiesbaden am höchsten (2014: 31,9 Prozent). Die Städte Offenbach und Kassel liegen 2,4 Prozentpunkte unter dieser Quote (2014: 29,5 Prozent). Die Stadt Frankfurt verzeichnet nach dem Wohnortprinzip den niedrigsten Anteil (2014: 27,8 Prozent).

Im interkommunalen Vergleich auffallend ist der hohe Anteil der Anfänger/-innen im „Übergangsbereich“ in der Stadt Offenbach (2014 +9,4 Prozentpunkte) im Vergleich zu Frankfurt. In der Stadt Kassel liegt der Anteil im Jahr 2014 bei 21,1 Prozent. Die Quoten sind in Kassel und Offenbach nahezu konstant (–1 bzw. –0,9 Prozentpunkte). Für Wiesbaden und Frankfurt sind die Anteile im Zeitverlauf rückläufig (–4,4 Frankfurt und –2,9 Prozentpunkte in Wiesbaden).

⁸⁵ Zielbereich Hochschulreife umfasst gymnasiale Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen, Berufliches Gymnasium und Fachoberschule Form A zur Erlangung eines höheren Schulabschlusses.

⁸⁶ Teilbereich „schulische Ausbildung“ umfasst Berufsfachschule mit Berufsabschluss, zweijährige höhere Berufsfachschulen (Assistenten), zweijährige höhere Berufsfachschulen für Sozialassistenten, Schulen des Gesundheitswesens, Fachschulen für Sozialwesen.

⁸⁷ Zielbereich „Übergangsbereich“ umfasst u. a.: zweijährige Berufsfachschulen, einjährige höhere Berufsfachschulen, Berufsgrundbildungsjahr (vollschulisch, kooperative Form), Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (Vollzeit/Teilzeit), Maßnahmen der Arbeitsverwaltung (berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierung).

D Hochschule und hochschulnahe Bildung

Offenbach ist der Standort für die Hochschule für Gestaltung (HfG) und es existieren hochschulnahe Ausbildungen an der Hessischen Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie (VWA) und Hessischen Berufsakademie gGmbH (BA).

1. Studierende am Studienort Offenbach

Die Hochschule für Gestaltung (HfG) entstand 1970 aus der vormaligen Kunstgewerbeschule. Das Ausbildungsprofil der HfG umfasst mittlerweile die künstlerische und wissenschaftliche Lehre und Forschung in den Bereichen der Visuellen Kommunikation und der Produktgestaltung. Berücksichtigt werden die elektronischen Medien und neue Technologien. Eine Besonderheit ist, dass die HfG über das Promotionsrecht verfügt. Im Jahr 2013 gab es 129 Beschäftigte (2012: 120) an der HfG.

Im Wintersemester 2013/14 waren 683 Studierende in Studiengängen der HfG eingeschrieben (2011/12: 630 Studierende). Davon waren 375 (55 Prozent) Frauen. 132 Nichtdeutsche (19 Prozent) studierten an der HfG.

Die Herkunft der Studierenden an der HfG verteilte sich folgendermaßen:

- ▶ 12,3 Prozent aus Offenbach,
- ▶ 47,7 Prozent aus anderen Kommunen in Hessen,
- ▶ 24,3 Prozent aus anderen Bundesländern,
- ▶ 15,7 Prozent aus dem Ausland.

2. Studierende mit Wohnort Offenbach

Im Wintersemester 2013/14 wohnten in Offenbach 5.530 Studierende (Wintersemester 2011/12: 3.619). 84 (1,5 Prozent) studierten an der HfG. Der überwiegende Teil, 72,2 Prozent, studierte an anderen Hochschulen in Hessen. 26,3 Prozent der Studierenden mit Wohnort Offenbach waren an Hochschulen in anderen Bundesländern eingeschrieben.

3. Hochschulnahe Bildung

Hessische Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie (VWA)

Die Hessische Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie (VWA) nahm 2007 den Betrieb am Studienort Offenbach auf. Im Rahmen eines gestuften Studienmodells erweitern Berufstätige auch ohne Abitur Schritt für Schritt ihr Wissen – falls gewünscht bis zum staatlich anerkannten Bachelor-Hochschulabschluss. Die Studierenden starten zunächst mit einem viersemestrigen Ökonomie-Studium in einer von derzeit elf Fachrichtungen. In zwei weiteren Semestern können sie das Wirtschaftsdiplom zum/zur Betriebswirt/-in (VWA) bzw. Informatik-Betriebswirt/-in (VWA) erwerben. In Kooperation mit der Open Business School an der Hochschule für „Ökonomie und Management“ (FOM) besteht für VWA-Absolvent(inn)en darüber hinaus die Möglichkeit, in kurzer Zeit den Bachelor-Abschluss zu erreichen, da die an der VWA erbrachten Leistungen umfangreich angerechnet werden können. Vorlesungen und Prüfungen für den FOM Hochschulstandort Frankfurt am Main werden dabei auch in Offenbach durchgeführt.

Zum Wintersemester 2014/2015 haben in Offenbach 33 Berufstätige (18 männlich, 15 weiblich) das Studium aufgenommen. Sie verteilen sich auf verschiedene Ökonomie-Studiengänge mit folgenden Vertiefungsrichtungen: General Management, Gesundheits- und Sozialmanagement, Immobilienmanagement, IT-Systemmanagement, Logistikmanagement, Personalmanagement.

Weitere Studiengänge können an der VWA berufsbegleitend studiert werden:

- ▶ Einkaufs- und Beschaffungsmanagement,
- ▶ Finanzen und Controlling,
- ▶ Marketing-Kommunikation,
- ▶ Marketing und Vertrieb,
- ▶ Projektmanagement.

Im gesamten Studienjahr 2014 haben in Offenbach insgesamt 53 Berufstätige das Studium erfolgreich absolviert.

Hessische Berufsakademie gGmbH (BA)

Die Hessische Berufsakademie gGmbH (BA) ist eine gemeinnützige Einrichtung, die von der „BildungsCentrum der Wirtschaft“-Stiftung getragen wird. Das BA-Studienzentrum Offenbach nahm 2011 seinen Studienbetrieb für die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge Maschinenbau und Mechatronik auf. Damit wurden die wirtschaftswissenschaftlichen Studienangebote der Hessischen BA ergänzt, die seit über 25 Jahren am benachbarten Studienort Frankfurt am Main angeboten werden.

Folgende Studiengänge können derzeit ausbildungsbegleitend an der Hessischen Berufsakademie studiert werden:

- ▶ Business Administration (Bachelor of Arts),
- ▶ Business Administration
(Bachelor of Arts) – Schwerpunkt Handel,
- ▶ Business Administration
(Bachelor of Arts) – Schwerpunkt Logistik,
- ▶ E-Business und Informationsmanagement
(Bachelor of Arts).

Die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge der Hessischen Berufsakademie werden seit 2014 im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung über die FOM Hochschule im neuen Hochschulbereich Ingenieurwesen angeboten.



E Weiterbildung

Angesichts der Strukturdaten der Stadt Offenbach, die hohe Anteile von Geringqualifizierten und SGB-II-Bezieher/-innen aufweisen, kommt der Weiterbildung eine wichtige Aufgabe zu. Bedeutende Themenbereiche sind die Grundqualifikation, das Nachholen von Schulabschlüssen, der Erwerb und die Verbesserung der Kenntnisse der deutschen Sprache, aber auch die berufliche Bildung und die Gesundheitsbildung.

1. Bildungsangebote und Teilnahmestruktur der Volkshochschule

Die Volkshochschule Offenbach (vhs Offenbach) ist die öffentliche Weiterbildungseinrichtung der Stadt Offenbach. Sie erfüllt ihre Aufgaben gemäß des Gesetzes zur Förderung der Weiterbildung in Hessen. „Ihr Bildungsangebot umfasst Inhalte, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeit zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung sowie der Weiterbildung im Zusammenhang mit der Ausübung eines Ehrenamtes und schließt die Vorbereitung auf den Erwerb von Schulabschlüssen sowie Gesundheitsbildung, Eltern-, Familien-, Frauen- und Männerbildung unter Berücksichtigung des Gender Mainstreaming Prinzips ein.“⁸⁸

Darüber hinaus finden in der Volkshochschule auch trägerübergreifende Beratungsdienstleistungen statt, und zwar im Bildungsbüro, in der kommunalen Weiterbildungsberatungs-

stelle (webb), im Selbstlernzentrum und im Rahmen von Hessencampus (HC). Die Volkshochschule ist in der kommunalen Bildungslandschaft gut vernetzt. Dafür steht auch die seit 2014 in der Volkshochschule angesiedelte Fachstelle für Bildungskordinierung und Beratung. Die Fachstelle hat neben der Bildungsberichterstattung die Aufgabe, Transparenz und Abstimmung zwischen den Bildungsakteuren und Bildungsbereichen in der Kommune sicherzustellen.

Die Angebote der Volkshochschule finden in der Form von Kursen, Einzelveranstaltungen und Exkursionen statt. Die Programmschwerpunkte wurden im Hinblick auf die spezifische Bevölkerungsstruktur und die kommunalen Bedarfe von Offenbach entwickelt. Dies wird sichtbar an ihrem Angebots- und Teilnehmendenprofil und dem Stellenwert von „Deutsch als Zweitsprache“.

1.1 Das pädagogische Angebot der Volkshochschule

Die Volkshochschule Offenbach beschäftigt im Jahr 2014 im zentralen Bereich ihrer pädagogischen Dienstleistungen fünf hauptamtliche pädagogische und zwei lehrende Mitarbeiter/-innen auf 6,6 Stellen.

Die Volkshochschule hat 2014 insgesamt 14.402 Teilnehmende erreicht, die Mehrzahl (11.456) sind Teilnehmende an Kursen, die also mehrmals stattfinden und mindestens drei Unterrichtsstunden haben. Die Zahl der Teilnehmenden ist seit 2012 zwar um 5 Prozent gesunken, diese Abnahme betrifft

Tabelle E 1.1.1: Veranstaltungsübersicht 2012–2014 (ohne Ausstellungen)

	Kurse (inkl. Auftrags- maßnahmen)	Belegungen	Einzelver- anstaltungen	Besucher	Studienreisen und -fahrten	TN	TN gesamt
2012	1.034	11.019	239	3.846	23	250	15.115
2013	1.016	11.061	170	2.868	22	245	14.174
2014	1.031	11.456	201	2.774	20	172	14.402

Quelle: DVV Statistik 2012, 2013, 2014

⁸⁸ HWBG (Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens im Lande Hessen vom 26. 11. 2011), Abs. (1) § 2.

Tabelle E 1.1.2: Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen an der vhs Offenbach 2014 (inkl. Auftragsmaßnahmen) nach Programmbereichen

Programmbereich/Fachgebiet	Kurse		Unterrichtsstunden		Belegungen	
Politik – Gesellschaft – Umwelt	61	6%	522	1%	521	4,5%
Kultur – Gestalten	72	7%	1.278	3%	592	5,2%
Gesundheit	229	22%	3.796	10%	2.476	21,6%
Fremdsprachen	217	21%	6.310	17%	1.862	16,3%
Deutsch als Fremdsprache	277	27%	20.312	54%	4.678	40,8%
Arbeit – Beruf	159	15%	2.731	7%	1.055	9,2%
Grundbildung – Schulabschlüsse	16	2%	2.570	7%	272	2,4%
davon: Alphabetisierung	6	1%	180	0%	68	0,6%
Gesamtsumme	1.031	100%	37.519	100%	11.456	100%

Quelle: DVV Statistik 2014

Einzelveranstaltungen und Studienreisen/-fahrten. Gestiegen sind hingegen die Belegungen der Kurse um 4 Prozent bei gleichzeitiger leichter Abnahme der Kurszahl (–3 Kurse). Diese Entwicklung liegt an der starken Verschiebung innerhalb der Kurse hin zum Bereich Deutsch (s. u.).

Die vhs Offenbach hat im Berichtsjahr insgesamt 1.031 Kurse mit 37.519 Unterrichtsstunden durchgeführt. Im Vergleich zu 2012 ist eine Zunahme der Unterrichtsstunden um 7 Prozent zu verzeichnen.⁸⁹

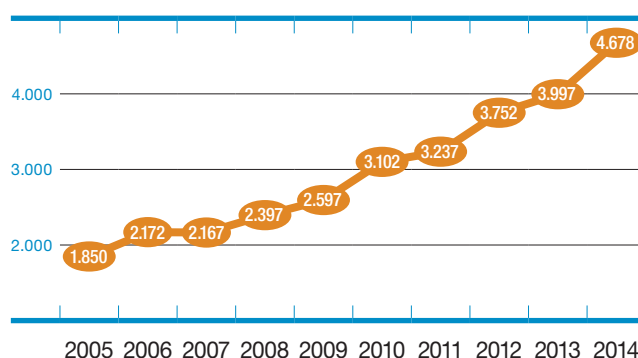
Den größten Anteil an den Angeboten wie auch den größten Zuwachs seit 2012 verzeichnet „Deutsch als Fremdsprache“ mit 40,8 Prozent der Belegungen (2012: 34,1 Prozent). Zuwächse hat auch der Fachbereich Gesundheit, er zeichnet für 21,6 Prozent aller vhs-Belegungen verantwortlich (2012: 19,5 Prozent). Eine Abnahme im Vergleich zu 2012 weisen die Belegungsanteile für die Programmbereiche „Fremdsprachen“ (2012: 20,7 Prozent), „Arbeit – Beruf“ (2012: 12,6 Prozent) und „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ (2012: 6,1 Prozent) nach. Bei den Belegungen hat der Bereich „Kultur – Gestalten“ seine Position behauptet. Im Programmbereich Grundbildung – Schulabschlüsse ist jede vierte Belegung dem Bereich Alphabetisierung zuzuordnen. Im Berichtsjahr erwerben 22 Teilnehmende den Hauptschulabschluss und 17 den Realschulabschluss.

Exkurs: Deutsch als Fremdsprache

Wie oben dargestellt, verzeichnet Deutsch als Fremdsprache einen stetigen Zuwachs – eine Folge wachsender Zuwanderung, vorwiegend aus europäischen Staaten (Bulgarien, Rumänien, Polen, Griechenland etc.). Zum Leistungsspektrum des Teilbereichs zählen Beratung, Kurse (z. B. Integrationskurse, „Mama lernt Deutsch“) und Zertifikate (z. B. Einbürgerungstest, Nachweise von Deutschkenntnissen).

Bezogen auf die gesamte Volkshochschule wird 2014 mehr als die Hälfte aller Unterrichtsstunden in Deutschkursen unter-

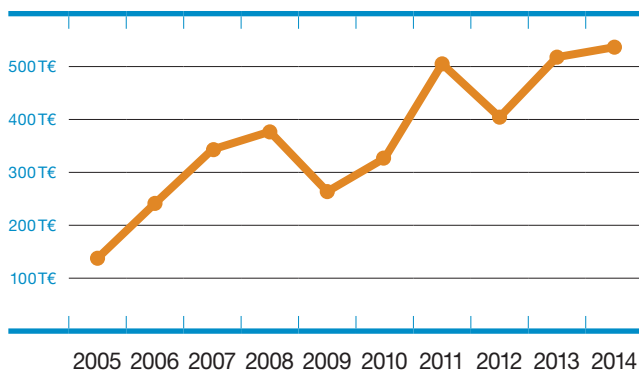
Abbildung E 1.1.1: Belegungen im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ der vhs Offenbach, 2005–2014



Quelle: vhs Offenbach

⁸⁹ Zum Berichtsjahr 2012 vgl. EBO 2013, S. 70 ff.

Abbildung E 1.1.2: Bundesmittel im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ der vhs Offenbach, 2005–2014



Quelle: vhs Offenbach

richtet. Im Zeitverlauf von zehn Jahren⁹⁰ zeigt sich die Bedeutungszunahme dieses Teilbereichs eindrucksvoll, hier einmal aufgezeigt an den Belegungen (s. Abbildung E 1.1.1). Damit einhergehend stiegen auch die vereinnahmten Mittel durch mit den Teilnahmen verbundene Zuschüsse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF, s. Abbildung E 1.1.2).

Von 2005 bis 2014 sind

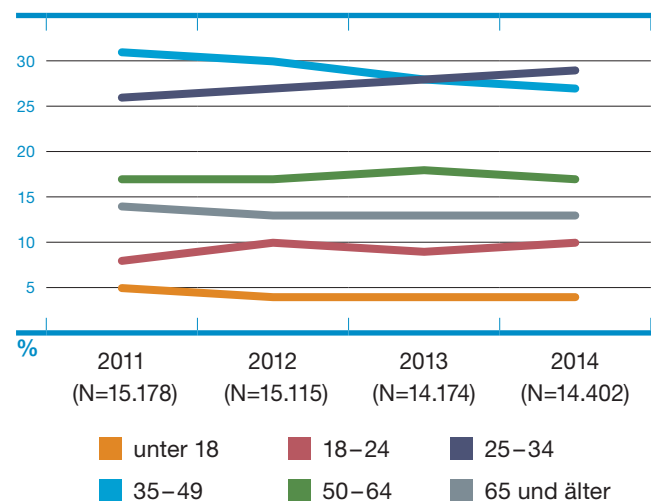
- ▶ die Zahl der Belegungen um 153 Prozent und
- ▶ die Höhe der Zuschüsse vom BAMF um 290 Prozent gestiegen.

452 Teilnehmende haben sich 2014 zum Deutschtest für Zuwanderer/-innen angemeldet (2012: 441) und 203 Teilnehmende für den Test „Leben in Deutschland“.

1.2 Teilnehmer und Teilnehmerinnen der vhs Offenbach

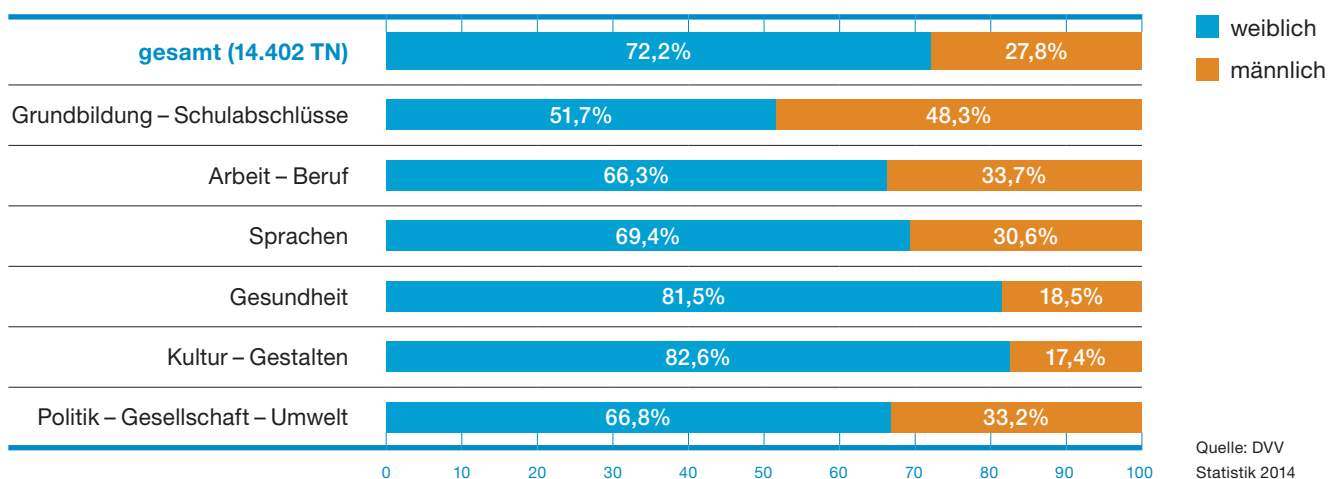
2014 verzeichnet die vhs 14.402 Teilnehmende. Der Frauenanteil liegt, unverändert zum Berichtsjahr 2012, bei 72 Prozent. Die geschlechtsspezifischen Anteile variieren nach Programmbereichen: Den höchsten Frauenanteil weist der Bereich „Kultur – Gestalten“ (82,6 Prozent) auf, gefolgt vom Gesundheitsbereich (81,5 Prozent). Der Programmbereich „Grundbildung – Schulabschlüsse“ hat den niedrigsten Frauenanteil (51,7 Prozent).

Abbildung E 1.2.2: Altersgliederung der Teilnehmenden von 2011 bis 2014



Quelle: DVV Statistik 2014

Abbildung E 1.2.1: Teilnehmende in Programmbereichen der vhs Offenbach 2014 nach Geschlecht



Quelle: DVV Statistik 2014

⁹⁰ 2005 wurden erstmals diese vom BAMF geförderten Kursformate angeboten.

Die Volkshochschule Offenbach hat einen relativ hohen Anteil an Teilnehmenden in den Altersgruppen der unter 35-Jährigen: Sie umfassen in der Summe 43 Prozent aller Teilnehmenden im Jahr 2014 (2012: 41 Prozent). Bundesweit liegt der Anteil bei 29 Prozent⁹¹ und damit weit unter dem Offenbacher Wert.

1.3 Beratungsangebote in der vhs Offenbach

Verschiedene Beratungsangebote sind unter dem Dach der vhs Offenbach vereint.

Das *OF Bildungsbüro*, die zentrale Anlaufstelle für alle Bildungsfragen von Bürger/-innen in der Stadt Offenbach, gibt es seit 2010. Das Aufzeigen und die Weitergabe von Informationen zu Bildungsmöglichkeiten ist ein zentrales Handlungsfeld des OF Bildungsbüros. Dazu recherchiert es Informationen und bereitet sie nutzerfreundlich auf (z. B. Ferienangebote in Offenbach). Das Bildungsbüro unterstützt darüber hinaus Ratsuchende bei ihrem individuellen Bildungsanliegen. Dies kann zur Vermittlung eines passenden Bildungsangebots führen oder, falls das Anliegen nicht direkt geklärt werden kann, zum Verweis an eine weitergehende Beratungsstelle. Die Beratung ist kostenfrei, neutral und vertraulich. Im Jahr 2014 verzeichnete das Bildungsbüro 1.375 Beratungsfälle, das sind durchschnittlich 115 pro Monat. Rund ein Viertel der Beratungsfälle wurden zu Einrichtungen außerhalb der vhs vermittelt.

Die kommunale *Weiterbildungsberatungsstelle webb* existiert seit 1995 und wurde im Jahr 2014 letztmalig über das Programm der Qualifizierungsoffensive Hessen mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung gefördert. Zielgruppe dieses Förderprogramms waren Beschäftigte aus kleinen und mittleren Unternehmen – unabhängig von Vorkenntnissen und Qualifikationen. webb bietet auch weiterhin kostenlose, trägerneutrale und vertrauliche Beratung und Informationen zu Fragen rund um die berufliche Weiterbildung und deren Finanzierung an. 2014 hat webb 245 Einzelberatungen durchgeführt sowie fünf Informationsveranstaltungen zu aktuellen Weiterbildungsthemen und vier Workshops, die von 35 Teilnehmenden besucht wurden.

In dem Kooperationsverbund *Hessencampus Offenbach (HC)* arbeiten berufliche Schulen, vhs Offenbach, Staatliches Schulamt und Stadtschulamt zusammen. Ziel ist, das „Lebenslange Lernen“ in Offenbach zu fördern. HC wendet sich an Jugendliche und Heranwachsende am Übergang zwischen Berufsausbildung und Berufseinstieg und mit der HC-Bildungsberatung an Erwachsene.

Das Beratungsangebot für Erwachsene im Haus der Volkshochschule umfasst

- ▶ allgemeine Bildungsberatung und Kompetenzfeststellung
- ▶ Weiterbildungs- und Qualifizierungsberatung
- ▶ Beratung zur Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen
- ▶ Beratung zur Finanzierung von Weiterbildung
- ▶ Informationen und Unterstützung beim beruflichen (Wieder-)Einstieg
- ▶ Entwicklung von beruflichen Perspektiven
- ▶ Nachholen von Bildungs- und Berufsabschlüssen

2014 wurden 127 Beratungen von HC im Haus der vhs durchgeführt.

Zudem finanziert HC Kurse für Schüler/-innen zur Verbesserung der Lese- und Schreibkompetenzen. Schüler(inne)n, die zweisprachig aufgewachsen sind, bietet HC die Möglichkeit, die Sprachkompetenz in der Herkunftssprache prüfen und dokumentieren zu lassen. Mit der Teilnahmebescheinigung werden die schriftlichen und die mündlichen Fähigkeiten entsprechend dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER) sichtbar gemacht und können die Bewerbungsunterlagen ergänzen. 2014 nahmen 58 Schüler/-innen dieses Angebot an.

Das *Selbstlernzentrum* in der vhs stellt allen Lerninteressierten an 25 PC-Arbeitsplätzen Lernsoftware zum selbstgesteuerten Lernen zur Verfügung. 2014 haben sich dort 910 Lerninteressierte beraten lassen (2012: 939) – in 342 Einzel- und 51 Gruppenberatungen. Die meisten Beratenden – nämlich 819 – haben daraufhin eine Nutzervereinbarung⁹² mit dem Selbstlernzentrum abgeschlossen (2012: 830). Die Vereinbarung ist Zugangsvoraussetzung und regelt die Nutzung des Selbstlernzentrums für je einen Monat.

⁹¹ Quelle: DIE – Arbeitsbereich Statistik: Volkshochschul-Statistik 2014. Bundesrepublik. 1. 12. 2015, S. 10.

⁹² Eine Nutzervereinbarung wird für einen Monat abgeschlossen, wobei die Lernenden mehrmals pro Woche das Selbstlernzentrum besuchen können. Nutzervereinbarungen werden auch von Personen abgeschlossen, die einen Schulabschluss nachholen.

2. Bildungsangebote der Stadtbibliothek

Die Stadtbibliothek versteht sich als Kultur- und Bildungseinrichtung, aber auch als Ort der Information und Kommunikation für alle Bürger/-innen. Sie übernimmt die Medienversorgung sowohl für die Stadt als auch zum Teil für den Kreis Offenbach. Sie gliedert sich in verschiedene Abteilungen (Erwachsenen-, Kinder-, Jugend- sowie Musikbibliothek, Bücherbus und Schulbibliothekarische Arbeitsstelle). Außerdem bietet sie zahlreiche Veranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an, die fester Bestandteil des kulturellen Lebens in der Stadt Offenbach sind.

2.1 Medienbestand und Ausleihe

Der Medienbestand des Gesamtsystems beläuft sich 2014 auf insgesamt 130.859 Medien und ist damit seit 2012 um 5 Prozent gestiegen, d. h., pro Einwohner ist im Schnitt knapp ein Medium vorhanden. Auch die Zahl der neuen Medien übersteigt die im Vergleichsjahr um 11 Prozent. Mit dem Medienbestand wurde im Jahr 2014 eine Gesamtausleihe von 438.909 Medien erzielt, was einer Abnahme um 7 Prozent gegenüber dem Jahr 2012 entspricht.

Als zusätzliches Angebot bietet die Stadtbibliothek E-Book-Reader zur Ausleihe an. Die Stadtbibliothek bietet als Teilnehmer im hessenweiten Verbund der Onleihe Hessen selbst E-Medien zur Ausleihe an. Wie in einer virtuellen Zweigstelle können hier Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Hörbücher entliehen werden.

Tabelle E 2.1.1: Medienbestand und Ausleihe 2014

Medienbestand und Ausleihe	2012	2014	Entwicklung
Gesamtbestand Medien	124.848	130.859	+4,8%
Gesamtausleihe	471.945	438.909	-7,0%
Neue Medien	10.910	12.135	+11,2%

Quelle: Stadtbibliothek

2.2 Bibliotheksnutzung

Insgesamt haben 268.917 Personen die Bibliothek einschließlich Bücherbus besucht. 9.167 aktive Entleiher/-innen (mindestens eine Ausleihe im Jahr) nutzten im Berichtsjahr die Bibliothek (-5 Prozent im Vergleich zu 2012). Die aktiven Entleiher/-innen sind zu 63 Prozent weiblich. Die stärkste Gruppe stellen die Kinder bis zwölf Jahre, sie haben einen Anteil von 28 Prozent an den aktiven Entleiher/-innen insgesamt. Allerdings nimmt ihre Zahl seit 2011 ab.⁹³ Der Rückgang im Zeitraum von 2012 bis 2014 in dieser Altersgruppe beträgt 17,3 Prozent.

Tabelle E 2.2.1: Bibliotheksnutzung 2014

Bibliotheksnutzung	2012	2014	Entwicklung
Besucher *	286.439	268.917	-6,1%
aktive Entleiher **	9.644	9.167	-4,9%
<i>davon weiblich</i>	63%	62,5%	
<i>davon männlich</i>	37%	37,5%	
davon Kinder bis 12 Jahre	3.083	2.551	-17,3%

* Bibliothek inkl. Bücherbus.

** Nutzung der Ausleihe mind. einmal pro Jahr.

Quelle: Stadtbibliothek

2.3 Leseförderung

Die Stadtbibliothek hat im Jahr 2014 insgesamt 97 Veranstaltungen angeboten und verzeichnete insgesamt 1.906 Teilnehmende.

Im Rahmen ihrer Leseförderung bietet die Kinderbibliothek in der Stadtbibliothek Angebote für Vorschul- und Grundschulkinder an. Neben Eltern und Grundschullehrkräften nutzen punktuell auch Erzieher/-innen aus Offenbacher Kindertageseinrichtungen das Medien- und Veranstaltungsangebot der Stadtbibliothek.

Die Zahl der Führungen für Kitas und Schulen ist gesunken, seit 2012 um 24,7 Prozent. Entsprechend hat auch die Zahl der Teilnehmenden an diesem Angebot abgenommen. Obwohl im Berichtsjahr im Vergleich zu 2012 im Rahmen des

⁹³ Vgl. EBO 2013, S. 73 f.

Bilderbuchkinos eine Veranstaltung mehr angeboten wurde, ist die Zahl der daran teilnehmenden Kinder um 60 Prozent gesunken.

Tabelle E2.3.1: Leseförderung 2014

Leseförderung	2012	2014	Entwicklung
Führungen für Kitas und Schulen	77	58	-24,7%
Teilnehmende	1.518	1.155	-23,9%
Bilderbuchkino-Veranstaltungen	10	11	+10,0%
Teilnehmende	447	179	-60,0%

Quelle: Stadtbibliothek

2.4 Ausblick

Seit 2013 sind die Bibliotheken der Offenbacher Studienseminare in den Bestand der Stadtbibliothek integriert. Die Bestände (2.700 Medien) sind größtenteils frei zugänglich, nicht nur Lehrkräften im Vorbereitungsdienst, sondern allen Bibliotheksnutzern. 218 neue Leser/-innen konnten seitdem hinzugewonnen werden (bis Ende 2015 Ausleihe von 8.200 Medien).

Seit 2015 gibt es den Bibliotheksverbund Grundschulen Offenbach. Die schulbibliothekarische Arbeitsstelle der Stadtbibliothek unterstützt Offenbacher Grundschulen bei der Neueinrichtung und der Reorganisation von Schulbibliotheken. Durch die Kooperation mit der Stadtbibliothek wird der professionelle Standard der Schulbibliotheken gesichert und sie können von den fachlichen Kompetenzen und den zentralen Serviceleistungen der Stadtbibliothek profitieren. Bisher sind zwei Schulbibliotheken an den Verbund angeschlossen, weitere sind in Planung.

3. Teilnahme an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung findet in der Volkshochschule und bei marktnahen Trägern im Bereich der Arbeitsförderung statt. Der Umfang der Geförderten und die Eingliederung in Erwerbsarbeit wird hier anhand der Weiterbildungen in den Rechtskreisen SGB III und SGB II erläutert.⁹⁴

Die „Förderungen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss“ oder „Umschulungen“ dauern in der Regel mindestens zwei Jahre, während die „sonstige Förderung der beruflichen Weiterbildung“ Maßnahmen umfasst, bei denen Fertigkeiten und Kompetenzen in erlernten Berufen vermittelt werden. Diese dauern in der Regel wenige Wochen (im Durchschnitt 90 Tage).⁹⁵

Die Eintritte in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss haben sich im Rechtskreis des SGB III seit dem Berichtsjahr 2012 mehr als verdoppelt. Ihr Anteil an den gesamten Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (mit Abschluss sowie mit sonstiger Förderung der beruflichen Weiterbildung) beträgt im Zeitverlauf aber nur ca. 10 bis 20 Prozent. Bei den Eintritten in die kürzeren Maßnahmen zur sonstigen Förderung der beruflichen Weiterbildung wird im Berichtsjahr, nach einem Anstieg im Jahr 2013, das Förderniveau des Jahres 2012 unterschritten.

Die Eintritte in die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss haben in dem Rechtskreis des

Tabelle E3.1: Eintritte in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB III (2012–2014)

Jahr	Förderung der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss	sonstige Förderung der beruflichen Weiterbildung
2012	34	268
2013	51	352
2014	75	258

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁹⁴ Dieser Abschnitt basiert auf der Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Sie erfasst Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung (§ 3 SGB III Abs. 4) und Leistungen zur Eingliederung (§ 16 SGB II) des Bundes. Gezählt werden Förderfälle bzw. Teilnahmen, nicht Personen. Folglich wird eine Person, die in einem Zeitraum oder an einem Zeitpunkt mehrere Förderleistungen erhält, mehrfach gezählt. Die regionale Zuordnung der Teilnahme erfolgt nach dem Wohnortprinzip des Teilnehmenden.

⁹⁵ Vgl. EBO 2013, S. 75.

Tabelle E3.2: Eintritte in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB II (2012–2014)

Jahr	Förderung der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss	sonstige Förderung der beruflichen Weiterbildung
2012	53	269
2013	46	303
2014	41	112

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

SGB II seit 2012 abgenommen. Auch bei den Eintritten in Maßnahmen zur sonstigen Förderung der beruflichen Weiterbildung ist ein Rückgang zu verzeichnen – von 2012 bis 2014 um 60 Prozent.

Eingliederungsquote nach der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in den Rechtskreisen SGB III und SGB II

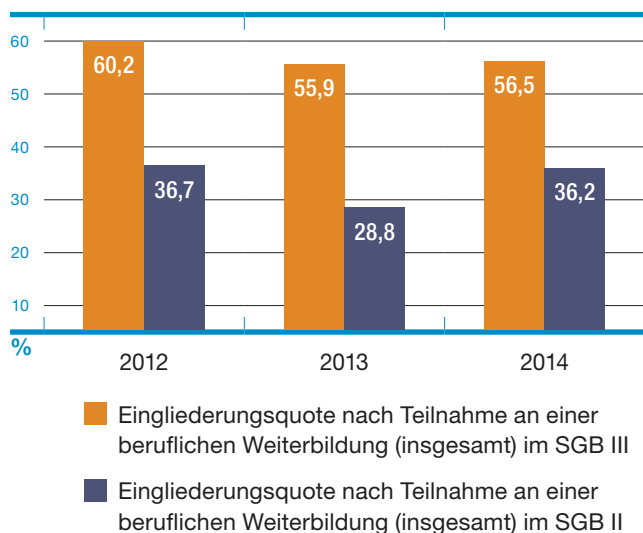
Um Hinweise auf den Erfolg und die Wirkung des Förderinstruments der beruflichen Weiterbildung zu erhalten, wird auf die von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Eingliederungsquote zurückgegriffen. Sie gibt an, wie viele Maßnahmenteilnehmer/-innen sechs Monate nach Austritt aus der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.⁹⁶

Die Eingliederungsquoten (Förderung der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss und der sonstigen Förderung der

beruflichen Weiterbildung) werden nicht getrennt dargestellt, sondern pro Rechtskreis „insgesamt“ zusammengefasst.⁹⁷

Die Eingliederungsquote im Rechtskreis SGB III liegt im Berichtsjahr bei 56,5 Prozent und ist seit 2012 um 3,7 Prozentpunkte gefallen. Im Rechtskreis SGB II hat die Quote nach einem Absinken im Jahr 2013 annähernd den Stand von 2012 erreicht. Sie liegt 2014 knapp 20 Prozentpunkte unter der SGB III-Eingliederungsquote.⁹⁸

Abbildung E3.1: Eingliederungsquoten in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sechs Monate nach Austritt aus Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (Rechtskreise SGB III und SGB II)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Oktober 2015

⁹⁶ Der Erziehungs- und Bildungsbericht beschränkt sich auf die Darstellung der Eingliederungsquote. Eine weitere Quote, die die Bundesagentur für Arbeit in diesem Zusammenhang ermittelt, ist die Verbleibsquote. Sie gibt an, wie viele Teilnehmer/-innen sechs Monate nach Austritt aus der Maßnahme nicht arbeitslos sind, z. B. sozialversicherungspflichtig beschäftigt, in Schule, Ausbildung, in einer weiteren Fördermaßnahme.

⁹⁷ Die Eingliederungsquoten für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss liegen in der Regel über den Eingliederungsquoten der sonstigen beruflichen Weiterbildung. Für eine getrennte Darstellung vgl. Tabellen E3.3 und E3.4 im Anhang.

⁹⁸ Beim Vergleich der Rechtskreise ist zu beachten, dass die Teilnehmer an Fördermaßnahmen im Rechtskreis SGB II im Durchschnitt mit größeren Eingliederungsproblemen behaftet sind als die Teilnehmer aus dem Rechtskreis SGB III. Es ist deshalb zu erwarten, dass die Eingliederungsquote (und auch die Verbleibsquote) für das SGB II niedriger ausfallen wird als im SGB III.

Anhang

Tabelle A2: Offenbach am Main im Überblick 2014 (im Vergleich zu 2013 und 2012)

	2014	2013	2012
Bevölkerung¹	128.974	126.934	124.261
darunter: Frauen	63.925 (49,6% der Bevölkerung)	62.959 (49,6% der Bevölkerung)	62.006 (49,9% der Bevölkerung)
Anzahl der Nationalitäten	156	154	155
Migrationshintergrund²	75.271 (58,4% der Bevölkerung)	72.531 (57,1% der Bevölkerung)	69.214 (55,7% der Bevölkerung)
davon: Nichtdeutsche	45.340	43.196	40.848
davon: Deutsche	29.931	29.335	28.366
Durchschnittsalter der Bevölkerung	40,5	40,5	40,5
Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsplatz³	45.249	43.520	43.819
Arbeitslosenquote Offenbach	12,1%	12,1%	11,7%
Personen mit SGB III-Leistungen (Arbeitslosengeld I)	1.679	1.744	1.718
Personen mit Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II-Quote)⁴	19.682 (18,3%)	19.321 (18,3%)	18.683 (18,1%)
Arbeitslosenquote der 15-bis unter 25-jährigen⁵	7,4%	8,2%	8,2%
Einnahmen aus Gewerbesteuer⁶	58,8 Mio. €	65,6 Mio. €	57,4 Mio. €
Schlüsselzuweisung⁶	85,4 Mio. €	93,3 Mio. €	82,4 Mio. €
vorläufiges Jahresergebnis⁷	-1,4 Mio. €	-33,2 Mio. €	-47,3 Mio. €

¹ Die Daten stammen – insofern nicht anders angegeben – von der kommunalen Statistikstelle der Stadt Offenbach mit dem Stichtag 31.12. Datenquelle: Melderegister.

² Der Migrationshintergrund wurde mit Hilfe des Programms MigraPro bestimmt. Dabei werden aus Merkmalen, die im Einwohnermelderegister vorhanden sind, z. B. Herkunft bei Zuzug, Geburtsort/-land oder Vorhandensein einer weiteren Staatsangehörigkeit, der persönliche und der familiäre Migrationshintergrund des Einzelnen abgeleitet.

³ Stichtag 30.6. Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

⁴ Die SGB II-Quote beschreibt den Anteil der Personen im SGB II-Bezug an den Unter-65-jährigen der Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz.

⁵ Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Stand: 27. Januar 2015). Der Jahresdurchschnitt berechnet sich auf der Basis des arithmetischen Mittels der statistischen Zähltag (Beschäftigungsdaten werden zum Monatsende abgerufen; der Datenabzug der Erwerbslosen erfolgt zu unterschiedlichen Zeitpunkten). Der durchschnittliche Bestand an Erwerbslosen in der Altersgruppe (für 2014: 532 Erwerbslose im Alter von 15 bis unter 25 Jahren) wird bezogen auf den rechnerisch ermittelten Jahresdurchschnitt aller zivilen Erwerbspersonen der Altersgruppe (für 2014: 7.148) und umfasst die Rechtskreise SGB III und SGB II.

⁶ Datenquelle: Kämmerei.

⁷ Für 2012: Rechnungsergebnis. Datenquelle: Kämmerei.

Tabelle C 1.1: Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2013/14

		kein Migrationshintergrund			Migrationshintergrund	
		Gesamt	m	w	m	w
Schüler/-innen	absolut	13.220	2.430	2.713	4.071	4.006
	in %	100%	18,4%	20,5%	30,8%	30,3%
Primarstufe (Jahrgangsstufe 1 bis 4)						
Grundschule*	absolut	4.704	754	733	1.624	1.593
	in %	100%	16,0%	15,6%	34,5%	33,9%
Förderschule	absolut	205	71	23	80	42
	in %	100%	32,9%	10,6%	37,0%	19,4%
Primarstufe (inkl. Eingangsstufe und Förderschule)	absolut	4.920	825	756	1.704	1.635
	in %	100%	16,8%	15,4%	34,6%	33,2%
Sekundarstufe I						
Förderstufe	absolut	612	80	121	209	202
	in %	100%	13,1%	19,8%	34,2%	33,0%
Hauptschule	absolut	513	87	39	232	155
	in %	100%	17,0%	7,6%	45,2%	30,2%
Realschule	absolut	741	102	222	195	222
	in %	100%	13,8%	30,0%	26,3%	30,0%
Gymnasium	absolut	2.281	417	662	565	637
	in %	100%	18,3%	29,0%	24,8%	27,9%
Integrierte Gesamtschule	absolut	2.243	418	324	759	742
	in %	100%	18,6%	14,4%	33,8%	33,1%
Förderschule	absolut	381	155	44	113	69
	in %	100%	40,7%	11,5%	29,7%	18,1%
gesamt mit Förderschule	absolut	6.771	1.259	1.412	2.073	2.027
	in %	100%	18,6%	20,9%	30,6%	29,9%
gesamt ohne Förderschule	absolut	6.390	1.104	1.368	1.960	1.958
	in %	100%	17,3%	21,4%	30,7%	30,6%
Sekundarstufe II						
Gymnasium	absolut	1.493	321	541	290	341
	in %	100%	21,5%	36,2%	19,4%	22,8%
Förderschule	absolut	47	29	6	8	4
	in %	100%	61,7%	12,8%	17,0%	8,5%

* inkl. Eingangsstufe

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Offenbach

Tabelle C 1.1.2: Anzahl geleisteter Gastschulbeiträge* im Jahr 2014

	Einnahmen/ Einpendler	Ausgaben/ Auspendler	Saldo
Grundschule	19	30	-11
Förderstufe/ Haupt-Realschule	37	144	-107
IGS/KGS	51	39	12
Gymnasium	187	235	-48
Förderschule	13	29	-16
gesamt	307	477	-170

* Gastschulbeiträge regelt § 165 des Hessischen Schulgesetzes vom 18. Dezember 2012 (GVBl. S. 645). Das Stadtschulamt Offenbach zahlt für Schüler/-innen, die in Offenbach wohnen und außerhalb ihres Wohnortes eine öffentliche, allgemeinbildende Schule besuchen, Gastschulbeiträge an die entsprechenden Schulträger. Für Schüler/-innen, die in Offenbach beschult werden, aber nicht hier wohnen, werden entsprechend Gastschulbeiträge vereinnahmt.

Quelle: Stadtschulamt

Tabelle C 1.1.3: Anzahl geleisteter Ersatzschulbeiträge* im Jahr 2014

	davon an Offenbacher Ersatzschulen		
	gesamt	absolut	in %
Grundschule	118	85	72%
Förderstufe/ Haupt-Realschule	23	9	39%
IGS/KGS	430	430	100%
Gymnasium	60	—	—
Förderschule	16	—	—
gesamt	647	524	81%

* Ersatzschulen bieten Unterrichtsangebote wie öffentliche Schulen (z. B. private Grundschulen, private Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft) und ersetzen damit öffentliche Bildungsangebote durch private. Für in Offenbach lebende Schüler/-innen, die Ersatzschulen besuchen, zahlt das Stadtschulamt Ersatzschulbeiträge an die Schulträger.

Quelle: Stadtschulamt

Tabelle C 1.6.1: Beschulung von Seiteneinsteigern/-innen (Stichtag 1. 12. 2014)

	Intensivklassen		Intensivkurse
	Klassen	Schüler/-innen	Schüler/-innen
Grundschulen			
Anne-Frank-Schule	1	16	13
Grundschule Buchhügel	1	15	10
Beethoven-schule			20
Eichendorff-schule			31
Friedrich-Ebert-Schule			7
Goetheschule			35
Humboldt-schule			24
Mathilden-schule			39
Schule Bieber			17
Uhlandschule			14
Lauterborn-schule			16
Wilhelmschule			13
Summe Grundschule	2	31	239
Sekundarstufe I			
Albert-Schweitzer-Schule	1	13	
Bachschule	4	62	50
Edith-Stein-Schule	2	28	
Ernst-Reuter-Schule	2	20	21
Geschwister-Scholl-Schule	2	32	13
Mathilden-schule	1	18	21
Ludwig-Dern-Schule (FS)	1	7	9
Schillerschule	2	30	10
Summe SEK I	15	210	124
gesamt	17	241	363

Quelle: Stadtschulamt

Tabelle C 1.8.3: Schulabgänge und -abschlüsse am Ende des Schuljahrs 2013/14 nach Migrationshintergrund

	gesamt		mit Migrationshintergrund		ohne Migrationshintergrund	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
ohne Hauptschulabschluss*	96	8,0%	71	11,4%	25	4,3%
Hauptschulabschluss	286	23,7%	188	30,2%	98	16,8%
Realschulabschluss	378	31,3%	189	30,3%	189	32,4%
Abitur	446	37,0%	175	28,1%	271	46,5%
gesamt	1.206	100,0%	623	100,0%	583	100,0%

* Inkl. förderschulartspezifische Abschlüsse

Quelle: HSL D15.1, Sonderauswertung

Tabelle C 1.8.4: Schulabgänge und -abschlüsse am Ende des Schuljahrs 2013/14 nach Migrationshintergrund und Geschlecht

	mit Migrationshintergrund		ohne Migrationshintergrund		gesamt
	m	w	m	w	
ohne Hauptschulabschluss*	41	30	20	5	96
Hauptschulabschluss	109	79	54	44	286
Realschulabschluss	103	86	92	97	378
Abitur	68	107	95	176	446
gesamt	321	302	261	322	1.206

* Inkl. förderschulartspezifische Abschlüsse

Quelle: HSL D15.1, Sonderauswertung

Tabelle C 1.8.5: Schüler/-innen ohne Hauptschulabschluss nach Geschlecht und Migrationshintergrund (MH) am Ende des Schuljahres 2013/14 („Offenbacher Quotierung“)

Geschlecht	MH	ohne HSA*	mit HSA	Summe	in %
männlich	kein MH	20	54	74	27,0%
	MH	41	109	150	27,3%
	insgesamt	61	163	224	27,2%
weiblich	kein MH	5	44	49	10,2%
	MH	30	79	109	27,5%
	insgesamt	35	123	158	22,2%
insgesamt	kein MH	25	98	123	20,3%
	MH	71	188	259	27,4%
	insgesamt	96	286	382	25,1%

* Inkl. förderschulartspezifische Abschlüsse

Quelle: HSL D15.1, Sonderauswertung

Tabelle C 3.2.1: Teilnehmende an Angeboten der Schulsozialarbeit an der Eichendorffschule

	Angebote	weiblich mit MH	weiblich ohne MH	männlich mit MH	männlich ohne MH	gesamt
2013/14	16	237	11	266	13	527
2014/15	15	232	10	210	9	461

Quelle: Jugendamt, Fachstelle Jugendhilfe und Schule

Tabelle C 3.2.2: Teilnehmende* an Angeboten von „Jugendhilfe an Schule“ im Schuljahr 2013/14 (Haupt- und Realschulen mit Förderstufe)

		weiblich mit MH	weiblich ohne MH	männlich mit MH	männlich ohne MH	gesamt
Bachschule	Klassenverband	19	0	41	3	63
	intensive Einzelfallarbeit	13	3	54	4	74
Ernst-Reuter-Schule	Klassenverband	24	12	27	15	78
	intensive Einzelfallarbeit	14	9	14	9	46
Mathilden-schule	Klassenverband	60	3	57	2	122
	intensive Einzelfallarbeit	19	2	23	5	49
gesamt		149	29	216	38	432

* Die Zahl der Teilnehmer/-innen an den Kleingruppen-Angeboten wird nicht separat aufgeführt, da sich diese Gruppe aus den Schüler/-innen rekrutiert, die im Rahmen der intensiven Einzelfallarbeit gefördert worden ist.

Quelle: Jugendamt, Fachstelle Jugendhilfe und Schule

Tabelle C 3.2.3: Teilnehmende* an Angeboten von „Jugendhilfe an Schule“ im Schuljahr 2014/15 (Haupt- und Realschulen mit Förderstufe)

		weiblich mit MH	weiblich ohne MH	männlich mit MH	männlich ohne MH	gesamt
Bachschule	Klassenverband	32	3	72	3	110
	intensive Einzelfallarbeit	17	2	62	3	84
Ernst-Reuter-Schule	Klassenverband	17	14	24	20	75
	intensive Einzelfallarbeit	18	9	16	7	50
Mathilden-schule	Klassenverband	71	7	72	4	154
	intensive Einzelfallarbeit	27	4	41	3	75
gesamt		182	39	287	40	548

* Die Zahl der Teilnehmer/-innen an den Kleingruppen-Angeboten wird nicht separat aufgeführt, da sich diese Gruppe aus den Schüler/-innen rekrutiert, die im Rahmen der intensiven Einzelfallarbeit gefördert worden ist.

Quelle: Jugendamt, Fachstelle Jugendhilfe und Schule

Tabelle C 3.2.4: Teilnehmende an Angeboten von „Jugendhilfe an Schule“ im Schuljahr 2013/14 (IGS)

	weiblich mit MH	weiblich ohne MH	männlich mit MH	männlich ohne MH	gesamt
Edith-Stein-Schule	17	8	5	3	33
Geschwister-Scholl-Schule	5	0	8	1	14
Schillerschule	10	2	4	1	17
gesamt	32	10	17	5	64

Quelle: Jugendamt, Fachstelle Jugendhilfe und Schule

Tabelle C 3.2.5: Teilnehmende an Angeboten von „Jugendhilfe an Schule“ im Schuljahr 2014/15 (IGS)

	weiblich mit MH	weiblich ohne MH	männlich mit MH	männlich ohne MH	gesamt
Edith-Stein-Schule	18	8	3	3	32
Geschwister-Scholl-Schule	7	2	9	2	20
Schillerschule	7	2	3	1	13
gesamt	32	12	15	6	65

Quelle: Jugendamt, Fachstelle Jugendhilfe und Schule

Tabelle C 3.2.6: Teilnehmende am Scout-Projekt in den Schuljahren 2013/14 und 2014/15

	weiblich mit MH	weiblich ohne MH	männlich mit MH	männlich ohne MH	gesamt
Schuljahr 2013/14	2	0	7	0	9
Schuljahr 2014/15	2	0	5	1	8

Quelle: Jugendamt, Fachstelle Jugendhilfe und Schule

Tabelle C 5.2.1: Erläuterung der Spalte „Schulform bzw. Bildungsgang“

- ▶ **Berufsschule** wird im Rahmen einer dualen Ausbildung (in Teilzeit oder Blockform) besucht.
- ▶ **Besondere Bildungsgänge = Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BBV)** dauern in der Regel ein Jahr. Zielsetzung ist das Erreichen eines einfachen oder qualifizierenden Hauptschulabschlusses bzw. einer beruflichen Qualifizierung in einem gewählten Berufsbereich.
- ▶ **Berufsgrundbildungsjahr** (kooperative Form) ist in vollzeitschulischer Form organisiert und soll eine berufsfeldbezogene Grundbildung vermitteln. Es dauert ein Schuljahr (hoher Anteil an praktischer, handwerklicher Ausbildung).
- ▶ **Berufsfachschulen** bieten in verschiedenen Fachrichtungen und Schwerpunkten eine berufliche Grundbildung oder eine vollschulische Berufsausbildung (sog. „Assistentenberufe“). Ebenso kann ein höher qualifizierender Schulabschluss erlangt werden (mittlerer Abschluss oder Fachhochschulreife). Zudem kann in festgelegten Ausbildungsberufen ein Berufsabschluss erworben werden.
- ▶ **Fachschulen** dienen der beruflichen Weiterbildung und schließen an eine berufliche Erstausbildung und Berufserfahrungen an. Sie führen in Voll- oder Teilzeit zu einem staatlich anerkannten Abschluss.
- ▶ **Fachoberschule** führt zur Fachhochschulreife.
- ▶ **Berufliches Gymnasium** führt zur allgemeinen Hochschulreife (Abitur).

Tabelle C 5.2.1: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen der Stadt Offenbach im Schuljahr 2013/14

Schulform bzw. Bildungsgang	ABS*	GTS	KKS	MS	THS	gesamt	mit MH	in %
Berufsschule	965	933	154	29	980	3.061	877	28,7%
besondere Bildungsgänge	83	74	253		94	504	351	69,6%
Berufsgrundbildungsjahr	73				43	116	47	40,5%
Berufsfachschule	218	51	382		304	955	536	56,1%
Fachschule	54	215	253			522	123	23,6%
Fachoberschule	135		214		446	795	412	51,8%
berufliches Gymnasium	295	176			216	687	186	27,1%
gesamt	1.823	1.449	1.256	29	2.083	6.640	2.532	38,1%

* Die August-Bebel-Schule befindet sich zwar auf dem Gebiet der Stadt Offenbach, aber die Trägerschaft obliegt dem Kreis. Aus diesem Grund besuchen nur wenige Schüler/innen mit Wohnort Offenbach diese Schule (2011/12 nur 16%).

Quelle: Stadtschulamt

Tabelle C 5.3.1: Neuzugänge an Beruflichen Schulen in Offenbach 2013/14

	gesamt		weiblich		nichtdeutsch	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Berufsvorbereitungsjahr	244	12%	97	9%	182	22%
Berufsgrundbildungsjahr	0	0%	0	0%	0	0%
Berufsfachschule	397	19%	257	25%	188	23%
Fachschule	159	8%	77	7%	32	4%
Teilzeit-Berufsschule	828	39%	355	34%	251	31%
Fachoberschule	329	16%	194	19%	128	16%
berufliches Gymnasium	150	7%	60	6%	40	5%
gesamt	2.107	100%	1.040	100%	821	100%

Quelle: HSL E12.1i, www.bildungsmonitoring.de, Zugriff: 21. 1. 2015

Tabelle C 5.3.2: Neuzugänge an Beruflichen Schulen 2013/14 nach Schulabschluss – Offenbach und Hessen

	Offenbach		Hessen	
	absolut	in %	absolut	in %
ohne HSA	135	7%	2.467	3%
mit HSA	813	43%	25.362	35%
mittlerer Abschluss	844	45%	34.660	48%
mit Fachhochschulreife	68	4%	5.516	8%
mit Hochschulreife	32	2%	4.086	6%
gesamt	1.892	100%	72.091	100%

Quelle: HSL E12.1i,
www.bildungsmonitoring.de,
Zugriff: 21. 1. 2015

Tabelle E 3.3: Eingliederungsquoten (EQ) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung für den Rechtskreis SGB III

Jahr	Maßnahmenart	Austritte insgesamt	sv-pflichtig beschäftigt*	EQ
2012	berufliche Weiterbildung insgesamt	206	124	60,2
	berufliche Weiterbildung mit Abschluss	42	24	57,1
	sonstige berufliche Weiterbildung	164	100	61,0
2013	berufliche Weiterbildung insgesamt	388	217	55,9
	berufliche Weiterbildung mit Abschluss	32	21	65,6
	sonstige berufliche Weiterbildung	356	196	55,1
2014	berufliche Weiterbildung insgesamt	329	186	56,5
	berufliche Weiterbildung mit Abschluss	31	21	67,7
	sonstige berufliche Weiterbildung	298	165	55,4

* 6 Monate nach Austritt aus der Maßnahme.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Oktober 2015

Tabelle E 3.4: Eingliederungsquoten (EQ) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung für den Rechtskreis SGB II

Jahr	Maßnahmenart	Austritte insgesamt	sv-pflichtig beschäftigt*	EQ
2012	berufliche Weiterbildung insgesamt	177	65	36,7
	berufliche Weiterbildung mit Abschluss	39	20	51,3
	sonstige berufliche Weiterbildung	138	45	32,6
2013	berufliche Weiterbildung insgesamt	466	134	28,8
	berufliche Weiterbildung mit Abschluss	44	k. A.	—
	sonstige berufliche Weiterbildung	422	120	28,4
2014	berufliche Weiterbildung insgesamt	152	55	36,2
	berufliche Weiterbildung mit Abschluss	52	23	44,2
	sonstige berufliche Weiterbildung	100	32	32,0

* 6 Monate nach Austritt aus der Maßnahme.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Oktober 2015



